

# Kommune

# 21

Digitalisierung, E-Government, Informationstechnik

Gesundheitswesen

## Diagnose: Digitale Dysfunktion

### E-Government

**• Sachsen:**

Open-Data-Portal funktioniert wie Google für offene Verwaltungsdaten

### Informationstechnik

**• ITDZ Berlin:**

Standardisierter IT-Arbeitsplatz als Desktop as a Service für die Berliner Behörden

### Praxis

**• München:**

Eine App soll dazu beitragen, Konflikte niederschwellig beizulegen



### Spezial

**• Breitband:**

Wie Kommunen Glasfasernetze rechtssicher planen und umsetzen können



»Also, ich sehe genau,  
wo's langgeht!«

Und was sehen Sie? Kommunen, die mit  
uns digitalisieren, kommen sicher ans Ziel.

Serviceorientiert, nachhaltig, digital. Machen Sie Ihre Kommune fit  
für die Herausforderungen von morgen – und zu einem attraktiven  
Standort für Menschen und Unternehmen! Egal ob es um moderne  
E-Government-Dienste, innovative Smart-City-Lösungen oder sichere  
Cloudangebote geht: Wir denken immer einen Schritt voraus.  
Gemeinsam für eine bessere Zukunft.



*Möglichkeiten  
überall*

**AKDB**

Liebe Leserinnen und Leser,

das deutsche Gesundheitswesen krankt. Die Diagnose lautet: digitale Dysfunktion. Die Symptome traten während der Coronapandemie besonders schmerzhaft auf: Viele Gesundheitsämter meldeten dem Robert Koch-Institut die Fallzahlen per Fernkopie, vulgo Fax. Bildgebende Verfahren sind in der Medizin sinnvoll. Dass die kommunalen Ämter im 21. Jahrhundert mit einer solchen Technik kommunizieren, sorgte für ungläubiges Staunen.



In unserem Titelthema lesen Sie, dass man den Gesundheitsämtern nicht einfach den Schwarzen Peter zuspielen kann. Im Kommune21-Interview erklärt Michael Ziemons, Gesundheitsdezernent der Städteregion Aachen, dass auch digitale Fachanwendungen der Ämter nichts nützen, wenn Arztpraxen und Labore nicht in der Lage sind, digital zu kommunizieren (Seite 18). Bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens geht es allerdings um mehr als medienbruchfreie digitale Meldekettens. Auch elektronische Patientenakten, digitale Dokumente wie Impfpass oder Zahnbonusheft, Gesundheits-Apps sowie E-Rezepte sowie Verfahren für Telemedizin sind hierzulande kaum verbreitet.

Das eigentliche Ziel ist ein datenbasiertes Gesundheitsökosystem. Davon ist Deutschland weit entfernt. In einer aktuellen E-Health-Studie des Fraunhofer-Instituts ISI heißt es: „Nach vielversprechenden Anfängen fiel Deutschland seit der Jahrtausendwende bei der Digitalisierung seines Gesundheitssystems immer weiter zurück und zählte laut internationaler Studien zuletzt eher zu den Schlusslichtern im europäischen Vergleich.“

Ihr

Alexander Schaeff



## CC ECM

**Modernisieren Sie jetzt  
die Verwaltungsarbeit !**

- **Vollständige E-Akte**
- **Dokumenterfassung**
- **Prozessoptimierung  
und Workflow**
- **Signatur und Freigabe**
- **Schnittstellen und  
Integration**
- **Revisions sichere  
Archivierung**



## E-Government

- Interview:** Oberbürgermeisterin Eva Weber berichtet von Augsburgs digitaler Transformation.. 10
- Sachsen:** Open-Data-Portal unterstützt Kommunen ..... 12

## Titel

- Gesundheitswesen:**  
Extremer Rückstand bei der Digitalisierung..... 14
- Interview:** Über die Ausstattung der Gesundheitsämter spricht Michael Ziemons, Gesundheitsdezernent der Städteregion Aachen..... 18
- Kontaktnachverfolgung:** Open-Source-Lösung als Datenautobahn ins Gesundheitsamt..... 20
- Kreis Soest:** Digitaler Workflow statt mühevoller Handarbeit .... 22
- Digitaler Impfnachweis:** Mängel in puncto Sicherheit und Zuverlässigkeit..... 24

## Informationstechnik

- Standardisierung:** BerlinPC optimiert den Datenaustausch zwischen Behörden ..... 26
- Interview:** Michael Dusch, Geschäftsführer von m3 management consulting, über Urban Gamification in der Smart City ..... 28
- E-Partizipation:** Mit der Digitalen Projektfabrik den Überblick behalten ..... 30
- Schul-IT:** Hilfreiche Inventarisierungssoftware ..... 32
- Payment:** pmPayment als Basisdienst in Niedersachsen ..... 34

- VOIS|GEKA:** Kassensystem zur Erfassung aller anfallenden Gebühren..... 36
- Verwaltungsdigitalisierung:** Bezahlkomponente ist entscheidend ..... 38
- Kita-Lösungen:** App erleichtert die Kommunikation..... 40

## Praxis

- München:** Konflikt-Management-System für das IT-Referat ..... 42
- Radolfzell:** Baurechtsbehörde arbeitet volldigitalisiert ..... 44
- Praxis-News:** Bonn, Itzehoe, Gerabronn ..... 45

## Spezial

- Breitband:** Rechtliche Rahmenbedingungen für den Ausbau .... 46
- Interview:** Landrat Christoph Schauder und Manfred Maschek, Geschäftsführer von BBV Deutschland, sprechen über den Glasfaseranschluss des Main-Tauber-Kreises..... 48

**Glasfaser:** Das Unternehmen Deutsche Glasfaser treibt den Ausbau in ländlichen und suburbanen Regionen voran ..... 50

**Interview:** Wie Kommunen beim Breitbandausbau schneller vorankommen können, erklärt Dirk Fieml, CEO der tktVivax Group ..... 52

**FTTH-Lösung:** devolo präsentiert auf der ANGA COM eine neue Version der Giga Bridge ..... 54

**ANGA COM:** Messe findet Mitte Mai in Köln statt ..... 56

**Fiberdays22:** Leitmesse zum Glasfaserausbau..... 57

## Rubriken:

- Editorial ..... 3
- News ..... 6
- IT-Guide ..... 58
- Vorschau, Impressum ..... 66



## Vernetztes Gesundheitsamt

Ohne Faxgerät geht es nicht – so war es um die digitale Vernetzung des Gesundheitswesens zu Beginn der Corona-Pandemie bestellt. Seither hat sich einiges getan, doch technologisches Patchwork, umständliche Prozesse und Sicherheitsbedenken erschweren die Digitalisierung weiterhin.

ab Seite 14



**Einfach digital.  
Alles möglich!**

**Besuchen Sie uns zur eXPO22!  
Jetzt anmelden unter: [www.ekom21.de/expo](http://www.ekom21.de/expo)**

**Mit der Digitalisierung volle Flexibilität erfahren.** Wir unterstützen Sie umfassend und bieten Rundum-Sorglos-Pakete für digitales Arbeiten. In jedem Fall sicher: Alle Lösungen laufen über unser eigenes, BSI- sowie ISO-zertifiziertes Rechenzentrum und gewährleisten Ihnen jederzeit zuverlässigen Zugriff. Willkommen zur neuen digitalen Arbeitswelt der ekom21 für alle!

Weitere Informationen unter: [www.ekom21.de](http://www.ekom21.de)



[twitter.com/k21news](https://twitter.com/k21news)

## **Kreis Freudenstadt: Bürger-GIS eröffnet**

Geodaten aus dem Kreis Freudenstadt können Interessierte jetzt kostenfrei nutzen. Das Landratsamt stellt die Fachdaten über ein Bürger-GIS zur Verfügung.

- [www.landkreis-freudenstadt.de](http://www.landkreis-freudenstadt.de)

## **Duisburg: Chatbot für Betriebe**

Mit dem Chatbot WiDu haben die Wirtschaftsbetriebe Duisburg einen weiteren Informationskanal eröffnet. Er kann aktuell bei 200 Anliegen weiterhelfen.

- [www.wb-duisburg.de](http://www.wb-duisburg.de)

## **Heiligenhaus: Portal für Beteiligung**

Heiligenhaus hat ein Online-Beteiligungportal gestartet. Bürger können hier Ideen und Anregungen geben oder auf den interaktiven Haushalt zugreifen.

- [www.heiligenhaus.de](http://www.heiligenhaus.de)

## **Kreis Viersen: Innovative Technologie**

Mit dem i-Kfz-Portal des Kreises Viersen wurde in Nordrhein-Westfalen von AKDB und KRZN erstmals eine Online-Plattform auf Kubernetes-Containern entwickelt.

- [www.kreis-viersen.de](http://www.kreis-viersen.de)

Schleswig-Holstein

## **Kooperation für OZG**

Das Land Schleswig-Holstein, der IT-Verbund Schleswig-Holstein (ITV.SH) und der IT-Dienstleister Dataport haben in einem gemeinsamen Projekt die Voraussetzungen für einen schnellen Roll-out der vom Onlinezugangsgesetz (OZG) geforderten Online-Dienste geschaffen. Im Rahmen des nun abgeschlossenen Pilotprojekts ist es nach Angaben von Dataport gelungen, in 17 Kommunen standardisierte Basisdienste sowie Online-Services einzuführen. Die Erfahrungen aus dem Projekt seien zu einem Vorgehensmodell zusammengefasst worden, anhand dessen bis Jahresende alle weiteren Kommunen im Land mit Basis- sowie Online-Diensten ausgestattet werden. Zudem wurden die organisatorischen und rechtlichen Maßnahmen zur Nutzung standardisierter Online-Dienste entwickelt. Die Kommunen in Schleswig-Holstein sollen so schnell eine moderne digitale Verwaltung einführen können.

[www.schleswig-holstein.de](http://www.schleswig-holstein.de)

Infotag E-Government

## **NOLIS zeigt Best Practices**

Am 18. Mai 2022 findet in Leipzig der Infotag E-Government statt, den VBM Internet-Consulting mit Unterstützung regionaler Kommunen und dem Unternehmen NOLIS ausgerichtet. Wie NOLIS mitteilt, wird bei der Veranstaltung gezeigt, wie Kommunen unterschiedlicher Größenordnung die NOLIS-Software für OZG-konforme Online-Bürgerservices nutzen. Ob Stand alone mit NOLIS | Rathausdirekt oder in Kombination mit dem für kommunale Bedürfnisse optimierten Stadtportalen auf Basis von NOLIS | CMS – wichtig seien einfache Bedienung, hohe Flexibilität, die Vermeidung doppelter Datenpflege sowie letztlich eine wirtschaftliche Umsetzung. Rathausdirekt kombiniere gesetzliche Erfordernisse und zukunftsorientierten Service.

[www.nolis.de/Infotag2022](http://www.nolis.de/Infotag2022)

Materna

## **Ressort für Public Sector**

Mit neuen Vorstandsressorts will das Unternehmen Materna wichtige Weichenstellungen vornehmen, um zielgerichteter agieren zu können. Unter anderem im neuen Ressort Public Sector & Security soll der Erfolgspfad beim Geschäft mit der öffentlichen Hand fortgeführt werden. Geleitet wird es von Michael Hagedorn, der zuvor den Geschäftsbereich Public Sector verantwortete. Beratungs-, IT- und Digitalisierungsprojekte bei öffentlichen Auftraggebern tragen nach Angaben von Materna mit gut 880 Beschäftigten zu einem Drittel zum Gruppenumsatz bei. Mit einem eigenen Vorstandsressort wolle Materna dieser wichtigen Kundengruppe auf den Ebenen Bund, Land und Kommunen noch besser gerecht werden, erläutert Hagedorn.

[www.materna.de](http://www.materna.de)

Bundesrechnungshof

## **BMI beschönigt OZG-Stand**

Das Bundesinnenministerium (BMI) gibt in seinen Berichten zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) ein positiv verzerrtes Bild ab. Der Programmfortschritt sei weit von den gesteckten Zielen entfernt. Diesen Vorwurf hat jetzt der Bundesrechnungshof erhoben. Die Behörde hat ab dem Jahr 2020 die Umsetzung des OZG im Digitalisierungsprogramm Bund geprüft und festgestellt, dass das Berichtswesen des BMI zum Programmfortschritt durch Unschärfen gekennzeichnet sei. Das BMI habe OZG-Leistungen als „online verfügbar“ bezeichnet, die erst den Reifegrad 2 erreicht hätten und damit noch nicht OZG-konform umgesetzt waren. Des

Weiteren bestimmte diejenige Verwaltungsleistung mit dem höchsten Reifegrad den Reifegrad der gesamten Leistung. So schrieb das BMI einer OZG-Leistung den Reifegrad 3 und somit OZG-Konformität zu, sobald nur eine der darin gebündelten Verwaltungsleistungen diesen Reifegrad erreicht hatte. Das BMI beschönige somit in seinen Berichten den Digitalisierungsfortschritt. So seien nach Darstellung des BMI bereits knapp 74 Prozent der OZG-Leistungen mindestens online verfügbar. Tatsächlich seien aber lediglich 20,4 Prozent der Verwaltungsleistungen im Digitalisierungsprogramm Bund mindestens online verfügbar, wobei nur 3,8 Prozent tatsächlich OZG-konform umgesetzt seien.

[www.bundesrechnungshof.de](http://www.bundesrechnungshof.de)

Kaiserslautern

## Bürgerideen MitWirkung

Welche Wünsche die Bürger an die „herzlich digitale Stadt“ haben, will Kaiserslautern mithilfe einer Online-Plattform erfahren. Kaiserslautern MitWirkung nennt sich das neue Portal, das die rheinland-pfälzische Kommune für den Dialog anbietet. Interessierte können hier nicht nur Vorschläge einbringen, sondern auch über Ideen abstimmen, kündigt die Stadtverwaltung an. Erste Befragungen sind bereits angelaufen. Ein besonderer Schwerpunkt der Plattform soll auf den acht vom Bund geförderten Smart-City-Projekten liegen.

<https://klmitwirkung.de>

digital.hamburg

## Gebündelte Informationen

Eine neue Website informiert jetzt gebündelt über Digitalisierungsprojekte und -prozesse in der Freien und Hansestadt Hamburg. Wie das Amt für IT und Digitalisierung (ITD) mitteilt, soll die Plattform sowohl Bürgern als auch Fachbehörden einen Überblick über die Aktivitäten ermöglichen. Das Spektrum wird in sieben Digitalen Räumen abgebildet: Urbanes Leben, Mobilität und Energie, Wirtschaft und Arbeitswelten, Sicherheit und Rechtswesen, Wissen und Bildung, Kultur, Sport und Freizeit sowie Gesundheit und Soziales. Die Digitalen Räume orientieren sich an der Digitalstrategie Hamburgs und bilden laut ITD alle Lebensbereiche der Stadt ab. Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) steht laut ITD in diesem Jahr im Fokus. Erstellt und betreut werde die Website vom ITD gemeinsam mit den Hamburger Fachbehörden und städtischen Unternehmen.

<https://digital.hamburg.de>

[www.kommune21.de](http://www.kommune21.de)

ekom21

## Geschäftsführung erweitert

Die Führungsspitze des hessischen IT-Dienstleisters ekom21 wird um einen Geschäftsführer reicher: Björn Brede hat seine neue Position zum 1. April 2022 angetreten. Laut ekom21 haben sich die Geschäftsführer Bertram Huke und Ulrich Künkel frühzeitig um Nachfolgeregelungen gekümmert und bereits im Oktober 2021 Matthias Drexelius in das Management ge-

holt. Nun folgt der 44-jährige Brede. Der Diplom-Verwaltungswirt (FH) war zunächst bei der Stadt Kassel tätig – zuletzt beim Amt für Kämmerei und Steuern. Dort habe er eine IT-Affinität entwickelt, die ihm bis heute zu eigen sei. 2010 wurde Brede zum Bürgermeister der Stadt Frankenau gewählt und war stellvertretender Vorsitzender des Hauptausschusses beim Hessischen Städte- und Gemeindebund.

[www.ekom21.de](http://www.ekom21.de)

Anzeige

axians

Infoma

# EGAL WO EGAL WANN EGAL WIE

## MOBIL UND FLEXIBEL IM FINANZWESEN

Digitales mobiles Arbeiten, intuitive Bedienung, individuell gestaltete Arbeitsplätze und coole Standards! Unsere Modern Clients sind das neue Gesicht von Infoma newssystem – und Ihr Ticket für einen Arbeitsplatz 2.0. Arbeiten Sie egal an welchem Ort, egal zu welcher Zeit, egal mit welchem Gerät.



Alle Highlights auf einen Blick:  
Film ab!



[www.axians-infoma.de](http://www.axians-infoma.de)

VINCI  
ENERGIES

## eXPO wieder als Präsenzveranstaltung

Smart.Digital.Kommunal. – so lautet das Motto der Hausmesse des hessischen IT-Dienstleisters ekom21. Die eXPO 2022 findet am 1. Juni erstmals nach der Corona-Pandemie wieder als Präsenzveranstaltung im Congress Park Hanau statt.

Als am 5. Juni 2019 die siebte Hausmesse von ekom21 mit mehr als 700 Besucherinnen und Besuchern zu Ende ging, konnte noch niemand ahnen, dass dies eine Auszeit von zwei Jahren bedeuten sollte. Die Corona-Pandemie mit all ihren Beschränkungen hat die Durchführung der eXPO 2020 und 2021 unmöglich gemacht. Aber nun – nach zweijähriger Corona-Pause – ist es wieder soweit: ekom21 richtet am 1. Juni 2022 im Congress Park Hanau seine Hausmesse wieder als Präsenzveranstaltung aus.

Das IT-Forum steht dabei in diesem Jahr unter dem Motto „Smart. Digital. Kommunal.“ ekom21 und zahlreiche Partner geben Antworten auf die aktuellen und drängenden Fragen zur digitalen Zukunft der Kommunalverwaltungen. Ein besonderer Fokus wird dabei auf den Bereich Smart City und Smart Region gerichtet. Die Besucher erwarten

hochkarätige Redner, topaktuelle Hard-, Software und Dienstleistungen, zahlreiche Partnerunternehmen, informative Workshops zu brisanten Fragen sowie ein Blick in die Zukunft im Future Mobility Lab. Jörg Bombach, bekannt aus zahlreichen Hörfunk- und Fernsehsendungen des Hessischen Rundfunks, zählt schon seit Jahren zum festen eXPO-Team und moderiert auch diese Veranstaltung.

Die diesjährige Keynote hält Frank Eilers. Der Moderator des Podcasts Arbeitsphilosophen und Experte für die Themen Zukunft, Arbeit und Digitalisierung entstammt der Generation der Digital Natives – also der Altersgruppe, die mit dem Internet aufgewachsen ist. Auf der eXPO 2022 nimmt er das Publikum auf eine Reise in die Arbeitswelt der Zukunft mit und verdeutlicht, wie sich Digitalisierung und Automatisierung im Leben jedes Einzelnen

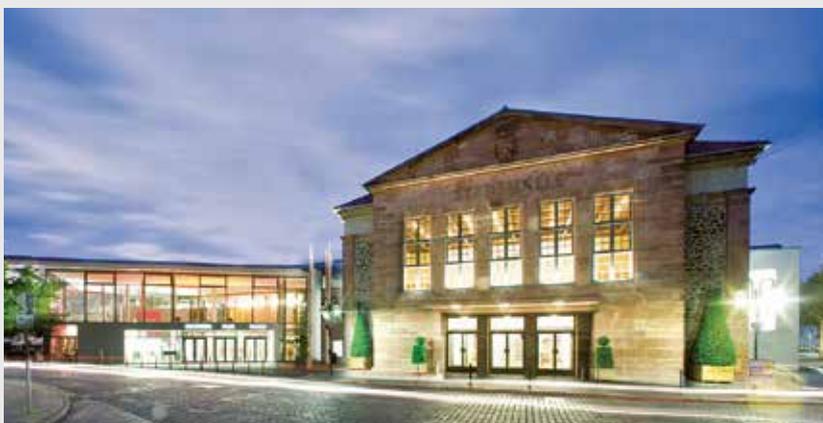
manifestieren. Schon der Titel seines Vortrags, „Der Hurrikan Digitalisierung – Er kommt und bleibt!“, verspricht spannende Kurzweil.



Besucher auf der eXPO19 von ekom21.

Wer die eXPO kennt, verbindet mit ihr automatisch den entspannten und intensiven Dialog auf den zahlreichen Messeständen, die sich über zwei Etagen im Congress Park Hanau erstrecken. Hier erwarten die Besucher die aktuellen Trends der IT-Branche – und hier stehen die Experten von ekom21 und den Partnerunternehmen für alle Fachfragen zur Verfügung. Rund 50 Partnerunternehmen präsentieren sich auf der diesjährigen eXPO. Zusätzlich werden im Zukunftslabor, dem Future Mobility Lab, Trends für das Arbeiten und Leben von morgen gezeigt. Ab mittags finden etwa 40 Workshops zu neuen Lösungen, bedeutenden Themen und zukünftigen Trends statt.

*Stefan Thomas ist Pressesprecher von ekom21.*



Congress Park Hanau: Austragungsort der eXPO 2022.

### Link-Tipp

Weitere Informationen zur ekom21-Hausmesse eXPO22 sowie zur Anmeldung unter:  
• [www.ekom21.de/expo22](http://www.ekom21.de/expo22)

# Eine starke Region braucht einen starken Partner.

Für Ihre Kommune bauen wir **Lichtgeschwindigkeit**.

- ✓ 100% Glasfaser: 100% Leistung und 100% Geschwindigkeit
- ✓ Kein Risiko: eigenwirtschaftlicher Ausbau
- ✓ Zukunftssichere Infrastruktur mit klassischen Verlegetiefen

Wir verstehen uns als Partner der Kommunen und ihrer Interessenvertreter. Wir unterstützen Sie bei Ihrem Vorhaben, in die digitale Zukunft zu starten. Lassen Sie uns darüber sprechen, wie wir gemeinsam den Glasfaserausbau in Ihrer Kommune voranbringen.



040 593 630 - 115  
[kommunen@deutsche-giganetz.de](mailto:kommunen@deutsche-giganetz.de)  
[deutsche-giganetz.de](http://deutsche-giganetz.de)

# Teilhabe und Service

Die Stadt Augsburg arbeitet konsequent an der digitalen Transformation der Verwaltung. Im Kommune21-Interview erklärt Oberbürgermeisterin Eva Weber, welche Projekte umgesetzt werden und warum es wichtig ist, dabei die Stadtgesellschaft einzubinden.

*Frau Oberbürgermeisterin Weber, Augsburg gilt als digitale Vorzeigestadt. Welchen Stellenwert messen Sie der Digitalisierung für die weitere Entwicklung Augsburgs bei?*

Der digitale Wandel ist eines der ganz großen Themen, welches unseren gesamten Alltag maßgeblich prägt. Für uns als öffentliche Verwaltung ergeben sich dadurch viele Herausforderungen und gleichzeitig enorme Chancen. Als Verwaltung möchten wir die Digitalisierung nutzen, um die digitale Teilhabe und eine hohe Servicequalität für die Augsburger Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Institutionen zu gewährleisten. Ein orts- und zeitunabhängiger Zugang zur Verwaltung, digitale Kommunikationswege, schlanke und effiziente Prozesse mit transparenter Entscheidungsfindung – wir befinden uns bereits mittendrin in diesem Prozess, der das Ende von papierbasierten Vorgängen, von Ortsgebundenheit und ressourcenbedingter Absprachen zum Ziel hat.

*Geht es dabei eher um soziale oder wirtschaftliche Aspekte?*

Teilhabe und Zusammenhalt stärken, die regionale Wirtschaft fördern – das sind beides wichtige

Zielsetzungen. Uns beschäftigen auch demokratiefördernde Aspekte der Digitalisierung. Wir arbeiten gerade an einer E-Partizipationsplattform, die traditionelle Bürgerbeteiligung auch digital ermöglicht. Grundlage dafür ist Open Data, ein Thema, das im Koalitionsvertrag meiner Regierung einen hohen Stellenwert hat. Durch das Zugänglichmachen von Daten können Bürger, Politik und Stadtverwaltung transparent zusammenarbeiten und somit potenziell bessere Entscheidungen treffen. Dass diese Daten dann auch Unternehmen und Startups neue Chancen bieten ist klasse. Auch eine Klimaneutralität der Städte wird ohne das Einbeziehen technischer Tools nicht erreichbar sein. Denken Sie etwa an die datenbasierte, intelligente Verkehrssteuerung. Damit können wir auf das Staugeschehen reagieren und die Schadstoffkonzentration reduzieren. Vergangenen Oktober haben wir als erste Stadt in Deutschland ein neues Parkleitsystem eingeführt, das den Verkehr im gesamten inneren Stadtgebiet gezielt zu freien Plätzen in Parkhäusern lenkt und so unnötigen Suchverkehr vermeidet.

*Sie haben einen 30-köpfigen Digitalrat gegründet, der Sie berät. Wie kam es dazu?*



Eva Weber

Wie Bürgerinnen und Bürger das Thema Digitalisierung bewerten, ist eine elementare Frage. Daher haben wir in Augsburg auf meine Initiative hin im vergangenen Jahr den Digitalrat gegründet. Auf lokaler Ebene gab es das bis dahin nirgendwo in Deutschland. Unser Digitalrat ist paritätisch besetzt mit Vertreterinnen und Vertretern aus renommierten Augsburger Unternehmen, dem Stadtrat und anderen städtischen Beiräten wie dem Integrations-, dem Senioren- und dem Gleichstellungsbeirat. Das Gremium bildet also einen breiten Querschnitt der Stadtgesellschaft ab. Der Digitalrat soll einen ebenso praxisorientierten wie wissenschaftlich fundierten Beratungs- und Know-how-Transfer gegenüber Verwaltung und Politik gewährleisten. Er soll die Verwaltung und die

Entscheidungsstragenden bei den Zielen und Strategien für die digitale Transformation unterstützen. Die Stadt Augsburg setzt auf Transparenz, Teilhabe und Mitgestaltung. Digitalisierung ist nicht nur etwas Technisches, sondern vor allem auch etwas, das die Gesellschaft verbindet. Hier gibt der Digitalrat in seiner vielschichtigen Besetzung wichtigen Input.

Viele Entscheidungen zu notwendigen Digitalisierungen werden nicht lokal getroffen – nehmen Sie das Beispiel OZG –, müssen aber hier bei uns auf lokaler Ebene umgesetzt werden. Das stellt uns vor Fragen der Finanzierung. Weil Vorgaben fehlen, arbeitet jede Kommune potenziell allein. Augsburg hat daher eine Kooperation mit München und Nürnberg angestoßen.

an Online-Diensten rasant zu erweitern. Der Erfolg ist anhand der Nutzungszahlen deutlich sichtbar. Um die Vielzahl der geforderten Verwaltungsleistungen digital verfügbar zu machen, setzen wir auf verschiedene Strategien. Zum Einsatz kommen neben bayerischen Lösungen Einer-für-Alle-Dienste. Und natürlich wird die Digitalisierung in Augsburg auch nach Ablauf

## „Wie Bürgerinnen und Bürger das Thema Digitalisierung bewerten, ist eine elementare Frage.“

*Was ist der Stand der Digitalisierung in Augsburg?*

Wir arbeiten derzeit an insgesamt über 200 Digitalisierungsvorhaben: Das fängt bei der Einführung der elektronischen Akte und von digitalen Workflow-Lösungen an und geht über Kollaborationslösungen für Videokonferenzen, Sharing, das Entwickeln von Chatbots, den Einsatz von Software Robotics und künstlicher Intelligenz bis hin zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG). Wir sind zudem dabei, eine Mängelmeldeplattform aufzubauen, um von den Bürgerinnen und Bürgern schneller und gezielter über Störungen und Hindernisse im öffentlichen Verkehrsraum informiert zu werden. Auch die Implementierung von digitalen Zugangskanälen bei Bauvorhaben und die Einführung des ELSTER-Unternehmenskontos stehen aktuell auf der Agenda – letzteres als Pilotprojekt für den Freistaat Bayern, damit Unternehmen digitale Verwaltungsleistungen einfacher in Anspruch nehmen können.

*Was sind die größten Hindernisse bei der Digitalisierung?*

Unsere Fachabteilungen tauschen sich kontinuierlich aus. Der Punkt ist: Nicht alles, was digital möglich ist, ist auch für eine Kommune erlaubt. Eine hohe Erwartungshaltung an Features und einfache Nutzung stehen im Kontrast zu Datenschutz, Datensicherheit und teilweise immer noch vorhandenen Formerfordernissen. Auch müssen die Prozesse und Strukturen der Verwaltung angepasst, bestehende Hierarchien sowie Denk- und Verhaltensmuster aufgebrochen werden. Wir brauchen ein digitales Mindset. Die Veränderung der Organisations- und Führungskultur ist ein entscheidender Erfolgsfaktor für das Gelingen dieses umfassenden Transformationsprozesses. Dabei ist es wesentlich, Führungskräfte und Mitarbeitende gleichermaßen in den Change-Prozess einzubinden.

*Das Onlinezugangsgesetz läuft Ende des Jahres aus. Wie schätzen Sie seinen Erfolg ein?*

Ohne das OZG wären wir digital nicht da, wo wir heute stehen. Durch die dort verankerte Umsetzungsfrist wurde die städtische Verwaltung gefordert, ihr Angebot

der Umsetzungsfrist fortgeführt, um bestehende Dienste weiterzuentwickeln, neue Leistungen verfügbar zu machen und Prozesse zu optimieren. Die vom Gesetzgeber beim Onlinezugangsgesetz aufgestellten Mindestanforderungen haben die Erreichbarkeit der Behörden im Fokus. Für den weiteren Prozessweg nach der Antragstellung enthält das OZG kaum Vorgaben. Aber gerade hier steckt das größte Potenzial der Digitalisierung für die Steigerung der Effizienz in der Verwaltung: Medienbruchfreie Datenübernahme und digitale Sachbearbeitung stellen die Basis dar, um mit einem stabilen Personalkörper möglichst auch künftig kostenbewusst immer mehr Services anzubieten und die Rechtsfragen von Bürgerinnen und Bürgern erfolgreich bearbeiten zu können.

*Interview: Helmut Merschmann*

### Link-Tipp

Um das Thema „Wie Digitalisierung in Augsburg gelebt wird“ geht es auch in Teil 4 der Stadtteilgespräche, einem Podcast der Stadt Augsburg.

• <https://www.augsburg.de/podcast>

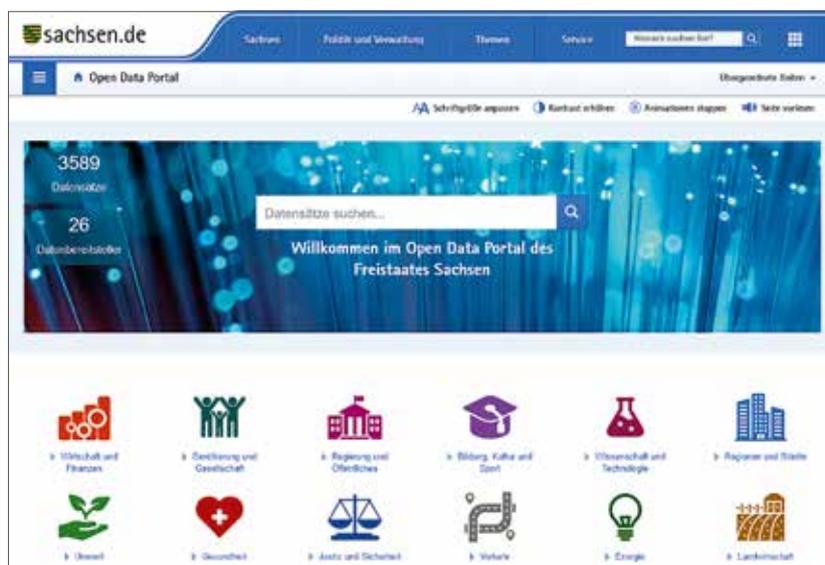
# Open-Data-Portal für alle

Michael Oehring

Daten sind im Digitalzeitalter unabdingbar für Innovation und Wertschöpfung. Das gilt auch für Verwaltungsdaten, deren Potenzial sich gemeinsam am besten heben lässt. Um die Datensuche zu erleichtern, bietet die sächsische Landesregierung ein Open-Data-Portal an.

**D**aten sind der Treibstoff der digitalen Welt. Sie bilden die Grundlage technischer Innovation und wirtschaftlicher Wertschöpfung. Ohne sie kann es keine innovativen Apps, keine smarten Städte und keine künstliche Intelligenz geben. Eine ganz entscheidende Rolle spielen dabei Verwaltungsdaten. Das gilt umso mehr für Deutschland mit seiner ausgeprägten Verwaltungskultur. Deutlich macht das unter anderem eine noch immer einschlägige Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung aus dem Jahr 2016. Sie misst den deutschen Verwaltungsdaten jährlich einen Wert von 131 Milliarden Euro bei. Eine aktuellere Studie hat Capgemini zum European Data Portal im Jahr 2020 vorgelegt. Sie spricht von europaweit 200 bis 334 Milliarden Euro und rechnet potenziell bis 2025 mit rund zwei Millionen neuen Arbeitsplätzen im Open-Data-Umfeld.

Aber nicht nur die wirtschaftlichen Aspekte von Open Data sind bemerkenswert. Auch zur Verwaltungsdigitalisierung tragen sie bei. Werden Verwaltungsdaten über zentrale Portale bereitgestellt, befördert das den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Behörden ohne Medienbrüche und über Verwaltungs-



Sachsen: Open-Data-Portal lädt zur Recherche ein.

grenzen hinweg. Welche Bedeutung tagesaktuelle Daten für politische Entscheidungsprozesse haben können, hat die Corona-Pandemie gezeigt.

In der Open-Data-Reifegrad-Studie 2021 belegt die Bundesrepublik Platz 8 von insgesamt 35 europäischen Vergleichsländern. 2019 war es noch Platz 13. Der Trend zeigt also nach oben. Einen erheblichen Beitrag hierzu leistet Sachsen, wo sich die Landesregierung schon seit einigen Jahren für die Stärkung des Open-Data-Gedankens einsetzt. So hält etwa die sächsische IT- und E-Government-Strategie von 2014 fest, dass Behörden ihre Daten zur Verfügung stellen und über ein zen-

trales Portal auffindbar machen sollen. Im Masterplan Digitale Verwaltung und in der Strategie Sachsen Digital ist die Bereitstellung offener Verwaltungsdaten als zentrales Ziel der Verwaltungsdigitalisierung beschrieben. Der aktuelle Koalitionsvertrag wiederum sieht vor, Open Data im Freistaat einen eigenen strategischen Rahmen zu geben.

Aus diesen Überlegungen heraus sind seit 2019 alle staatlichen Behörden nach § 8 des Sächsischen E-Government-Gesetzes dazu verpflichtet, ihre offenen Verwaltungsdaten online zugänglich zu machen. Damit Interessierte sie finden können, müssen die Daten in maschi-

nenlesbarer Form beschrieben sein. Den rechtlichen Rahmen will die Staatsregierung bald weiterentwickeln und sich dabei an bewährten Regelungen anderer Länder und des Bundes orientieren.

Als leistungsfähige technische Lösung bietet der Freistaat seit Anfang 2021 ein Open-Data-Portal an. Anders als der Name es vermuten lässt, werden auf der Plattform selbst keine Verwaltungsdaten vorgehalten. Es handelt sich vielmehr um eine Art Google für Verwaltungsdaten. Ohne Registrierung und Kosten können interessierte Bürger, Unternehmen, Wissenschaftler, Journalisten oder App-Entwickler hier nach offenen Daten suchen. Herzstück des Portals ist eine auf Open Source basierende Katalog-Software (Entry-Scape). Deren Komponenten entwickelt ein Team im Staatsbetrieb Sächsische Informatikdienste (SID) in Abstimmung mit der strategisch verantwortlichen Staatskanzlei weiter. Derzeit erarbeitet es zum Beispiel Werkzeuge, womit Datensätze direkt im Portal visualisiert werden können oder sich deren Aktualität und Verfügbarkeit automatisch prüfen lässt. Über standardisierte Schnittstellen und Download-Links zu den Datenquellen können die aufgefundenen Daten gemäß Datenlizenz Deutschland 2.0 direkt weiterverwendet werden. Die technische Grundlage hierfür sind Metadaten nach dem Standard DCAT.AP.de, an dessen Entwicklung der Freistaat Sachsen maßgeblich beteiligt war. Eine neue Version

wird noch in diesem Jahr zur Anwendung kommen.

Aktuell finden sich auf dem sächsischen Open-Data-Portal mehr als 3.500 Datensätze, welche über eine Schnittstelle direkt an das Bundesportal GovData geliefert werden. Im deutschlandweiten Vergleich liegt der Freistaat dort mit seinem Datenangebot auf Platz 5. Das ist nicht schlecht, aber angesichts der noch vorhandenen Potenziale zu wenig. Ziel muss es daher sein, den Behörden weitere Hilfestellungen und Anreize zu bieten, damit sie ihre Daten zur Verfügung stellen. Für angehende Open-Data-Behörden gibt es inzwischen einen Leitfaden. Außerdem bietet der SID maßgeschneiderte Workshops an.

Soll Open Data Erfolg haben, braucht es die kommunale Familie. Dort ist das Thema aber bislang kaum angekommen. Laut Open-Data-Atlas veröffentlichen von den mehr als 11.000 Kommunen in Deutschland gerade einmal 70 Verwaltungsdaten über eigene Portale. In Sachsen sind das die kreisfreien Städte Chemnitz, Dresden und Leipzig. Dabei lohnt auch für kleine und mittlere Gemeinden der Blick auf offene Daten. Beispielsweise fördert der Bund derzeit mit fast einer Milliarde Euro verschiedene Smart-City-Modellprojekte. Entsprechende Initiativen sind nur dann ein Gewinn, wenn es gelingt, die vielen verschiedenen Datensätze sinnvoll zu verknüpfen und auszuwerten – am besten über zentrale Portale.

Nur die wenigsten Gemeinden haben die dafür nötigen Ressourcen. Genau deswegen stellt der Freistaat sein Open-Data-Portal den sächsischen Kommunen zur freien

Verfügung. Für jedes Nutzungsszenario bietet das Team im SID eine Lösung an: vorhandene Datenkataloge können eingebunden, Metadaten über Harvester gesammelt und qualitätsgesichert neue Kataloge für wenig Geld angelegt werden. Oft scheitern Kommunen aber schon an sehr einfachen Fragen. Welche Daten sind zur Veröffentlichung geeignet? Wie sollen diese bereitgestellt werden? Und wie werden sie genutzt? Hier kann der von der Bertelsmann-Stiftung entwickelte Musterdatenkatalog helfen, der im sächsischen Open-Data-Portal bereits integriert ist. Er zeigt beispielsweise auf, welche Daten schon von anderen Kommunen in Deutschland veröffentlicht wurden. Das hilft den sächsischen Kommunen dabei, selbst geeignete Datensätze zu identifizieren und im Portal zu veröffentlichen. Darüber hinaus steht der SID den Kommunen bei Fragen zur Verfügung.

Open Data lebt vom Mitmachen. Davon ist Thomas Popp, Staatssekretär für Digitale Verwaltung und Verwaltungsmodernisierung sowie CIO des Freistaats, überzeugt: „Die sächsischen Behörden verfügen über einen riesigen Datenschatz. Er muss gehoben werden. Wenn Technik, rechtlicher Rahmen und eine gelebte Open-Data-Kultur Hand in Hand gehen, können alle von offenen Daten profitieren – Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, Wissenschaft und die Verwaltung selbst. Daten sind der Treibstoff für die digitale Zukunft – mit dem sächsischen Open-Data-Portal werden wir diese Zukunft im Freistaat mitgestalten.“

*Michael Oehring ist Open-Data-Referent in der Sächsischen Staatskanzlei.*

#### Link-Tipp

Open-Data-Portal des Freistaats Sachsen:

- [www.opendata.sachsen.de](http://www.opendata.sachsen.de)

# Digitale Fitness fehlt

Das deutsche Gesundheitssystem gehört zu den teuersten und ineffizientesten. Eine durchgängige Digitalisierung kommt nur mühsam voran. Vom Zielbild eines Gesundheitsdaten-ökosystems ist man hierzulande noch weit entfernt.

**W**ie schwer sich das deutsche Gesundheitswesen mit der Digitalisierung tut, zeigt ein Besuch beim Haus- oder Zahnarzt. Patienten werden aufgefordert, ihre Adress- und Gesundheitsdaten auf Papierformularen einzutragen, für Rezepte und Überweisungen rattert der Nadeldrucker. Geht es zum Facharzt, dasselbe Spiel nochmal. Beim Zahnarzt ist das Zahnbonusheft vorzulegen, um den Kontakt mit Stempel und Unterschrift besiegeln zu lassen. Bei einer Impfung werden sorgsam Klebchen in den gummierten Impfpass appliziert. Aus der Radiologie müssen Bilder oft noch persönlich hin- und hergetragen werden – Patienten werden zu Boten in eigener Sache. Ist die ihnen auferlegte Aufbewahrungs- und Mitbringpflicht als „Datenhoheit“ zu deuten?

Es hätte keiner Corona-Pandemie bedurft, um den extremen Rückstand im Digitalen augenfällig zu machen. Seit vielen Jahren wird hierzulande über Digitalisierung gesprochen, doch die Umsetzung



Corona-Pandemie offenbarte den digitalen Rückstand im Gesundheitswesen.

erfolgte immer nur halbherzig. Das Fraunhofer Institut für Innovations- und Systemforschung (ISI) kommt in einer aktuellen Studie zu dem Schluss: „Nach vielversprechenden Anfängen fiel Deutschland seit der Jahrtausendwende bei der Digitalisierung seines Gesundheitssystems immer weiter zurück und zählte laut internationaler Studien zuletzt eher zu den Schlusslichtern im europäischen Vergleich.“ Als Ursachen gelten der Studie zufolge neben Interessenskonflikten der vielen beteiligten Akteursgruppen insbesondere Bürokratie, hohe Technologiekosten, Sicherheitsbedenken und regulatorische Unsicherheiten sowie die fehlende Zuverlässigkeit der technischen Lösungen.

Ob sich das so schnell ändert, erscheint fraglich. Der Regierung war die Digitalisierung des Gesundheitswesens im Koalitionsvertrag einen zwanzigzeiligen Passus wert. Darin tauchen zwar alle aktuell diskutierten Themen wie elektronische Patientenakte, E-Rezept, Telematikinfrastruktur, Registergesetz und Gesundheitsdatennutzungsgesetz als Stichwörter auf. Und die Fraunhofer-Studie hebt hervor, dass in der vergangenen Legislaturperiode allein sechs wichtige Gesetze auf den Weg gebracht wurden, die sich mit der Digitalisierung des Gesundheitswesens befassen. Wie schwierig allerdings die Verabschiedung von Gesetzen ist, die mehr Konfliktstoff als bloßen Fortschritt bergen und die Grundrechte tangieren,

## Link-Tipp

Zur E-Health-Studie des Fraunhofer-Instituts ISI:

- <https://t1p.de/qxm3>

zeigen die Diskussionen über die Impfpflicht und das Impfreister.

Freilich ist einiges passiert. Seit Januar 2021 gibt es eine von den gesetzlichen Krankenversicherungen herausgegebene und von der Öffentlichkeit kaum bemerkte elektronische Patientenakte (ePA). Sie versteckt sich meist in den Apps der Krankenversicherungen. Patienten und Patientinnen können nach umständlicher Freischaltung selbstge-scannte Befunde und Rezepte als PDF in die ePA hochladen und ihre Krankengeschichte dokumentieren. Doch wozu? Zwar hatten sich bis Juli 2021 alle Vertragsärzte mit den notwendigen technischen Komponenten auszustatten, doch sie nutzen sie nicht, aus ungewissen Gründen. Vielleicht ist ihnen an der Patientenbindung gelegen und nicht am Praxiswechsel, den die ePA erleichtert. Vielleicht haben sie auch keine Zeit für Dinge, die gar nicht nachgefragt werden.

Für den Digitalverband Bitkom liegt die geringe Verbreitung der elektronischen Patientenakte an

deren mangelnder Attraktivität und an der technischen Monokultur. „Besser wäre Wettbewerb gewesen, dann hätte es frei verfügbare ePAs mit den gleichen Funktionalitäten und Anbindungen gegeben, aber zurechtgeschnitten auf bestimmte Patientengruppen“, sagt Ariane Schenk, Bereichsleiterin Health & Pharma beim Bitkom. „Beispielsweise auf Ältere, die nicht mit dem Handy aufgewachsen sind, oder auf Jugendliche, um deren Gesundheitskompetenz zu steigern.“ Auch das E-Rezept, das für alle gesetzlich Versicherten von der Nationalen Agentur für Digitale Medizin (gematik) entwickelt wird, stößt bei Fachverbänden aus den gleichen Gründen auf wenig Gegenliebe.

Die digitale Dysfunktionalität des hiesigen Gesundheitssystems fiel spätestens im März 2020 bei der Corona-Pandemie auf, als Fallzahlen per Fax gemeldet wurden und es an jedem Wochenende zu einem Zahlenknick in der offiziellen Statistik des Robert Koch-Instituts (RKI) kam. Es offenbarten sich ein Wildwuchs an technischen Lösun-

gen bei Gesundheitsämtern und fehlende digitale Schnittstellen zu Laboren und Arztpraxen. Laut Databund, dem Verband der Fachverfahrenshersteller, waren zu Beginn der Pandemie 85 Prozent der Gesundheitsämter mit „digitalen Komplettlösungen“ versorgt. Wenn das der Fall gewesen wäre und damit nicht Excel-Tabellen und unvernetzte Solitärlösungen gemeint sind, hätte die digitale Kommunikation besser klappen müssen. Tatsächlich aber waren weder alle 375 deutschen Gesundheitsämter untereinander vernetzt und kommunikationsfähig, noch die Labore, Arztpraxen und später die Testzentren. Und sie sind es bis heute nicht vollständig.

Bis ins Jahr 2014 reichen die Ideen für das Deutsche Elektronische Melde- und Informationssystem für den Infektionsschutz (DEMIS) zurück. Die Fallzahlen bei den bis dahin bekannten Infektionskrankheiten reichten aber offenbar nicht aus, um den Vorteil der Digitalisierung früher zu erkennen und von der Projektierung einmal in die Umset-

Anzeige



## Gestern: Warten ...

zung zu gelangen. Es musste erst eine weltweite Pandemie geschehen, um ab Juni 2020 in einer ersten Ausbaustufe den Laboren zu ermöglichen, Testergebnisse digital zu melden. Davon machten aber längst nicht alle Gebrauch. Der Meldeweg sieht vor, dass Labore via DEMIS an die Gesundheitsämter melden. Von dort werden die Landesgesundheitsbehörden – ebenfalls längst nicht überall medienbruchfrei – informiert, und diese wiederum melden an das RKI.

Hierfür steht den Gesundheitsämtern seit fast 20 Jahren unter anderem das öffentliche Meldesystem SurvNet zur Verfügung – es wird nach Auskunft des RKI nur von etwa 50 Prozent genutzt. „Die Gesundheitsämter sind frei darin, eine Software zu nutzen, die ihnen gefällt“, sagt RKI-Sprecherin Susanne Glasmacher, „irgendwann wird alles miteinander vernetzt.“ Wann das der Fall sein wird, darüber herrscht nicht nur beim RKI Unklarheit. Denn ebenso wie die öffentliche Verwaltung zeichnet sich das Gesundheitswesen durch technologisches Patchwork aus. Jeder hängt an der eigenen Lösung, und die Abwehrreflexe gegenüber Vereinheitlichungsbestrebungen sind immens.

Bestes Beispiel: SORMAS, eine vom Helmholtz-Institut entwickelte Software für das Kontaktpersonen-Management. Als die ursprünglich für das Ebola-Virus geschaffene Lösung für Covid-19 adaptiert und im Juni 2020 in Deutschland eingeführt wurde, verpflichtete die Bund-Länder-Konferenz alle Gesundheitsämter, sie bis Mitte Januar 2021 zu installieren und zu nutzen. Sofort stand der Deutsche Landkreistag

auf dem Plan und sprach von „unmöglichem Aufwand“, der Deutsche Beamtenbund bescheinigte der Anwendung keine „smarte Digitalisierung“. Entsprechend zögerlich war die Nutzung. Den Stand im April 2022 verrät Anja Hauri aus dem SORMAS-Team am Helmholtz-Institut: „Die Zahl der Gesundheitsämter, für die eine Installation durchgeführt wurde, beträgt 348. Aktuelle Zahlen, wie viele Gesundheitsämter SORMAS lokal verwenden, liegen uns nicht vor. Verlässliche Zahlen haben wir für Gesundheitsämter, welche SORMAS mit aktivierten Schnittstellen verwenden. Dies sind 109 Gesundheitsämter mit Schnittstellen zu DEMIS und SurvNet und 18 Gesundheitsämter, die SORMAS mit einer aktivierten Schnittstelle zu DEMIS verwenden.“

Das Argument ist das immer gleiche: Schnittstellen-Anpassungen an den eigenen Software-Lösungen seien besser als der Wechsel zu einem vereinheitlichten System. Bloß: In welchem Verhältnis stehen geschätzte acht Millionen Euro für Installation, Beratung und Schulung von SORMAS gegenüber den Basteleien an zahllosen Schnittstellen? Das Problem ist inzwischen auch den IT-Fachverbänden klar, die sich im Zweifel immer für mehr Wettbewerb und Lösungsvielfalt ausgesprochen haben. „Einige Gesundheitsämter haben aus der Not heraus Eigenlösungen entwickelt und wollen sich jetzt davon nicht trennen, weil sie funktionieren“, erklärt Ariane Schenk vom Bitkom. „Das Problem ist nur, wenn jedes Gesundheitsamt, jede Kommune oder jedes europäische Land etwas Eigenes entwickelt, kommt man nie zum übergreifenden Datenaus-

tausch und zur Interoperabilität. Genau das brauchen wir aber.“

Den Vorstellungen der Fachverbände zufolge soll das so genannte Back End, die im Hintergrund laufende technische Infrastruktur, mit Standardkomponenten und einheitlichen Datenformaten versehen werden, während im Front End marktwirtschaftliche Vielfalt herrschen darf. Ein Arzt soll dann die Software, die seinen Bedürfnissen am besten entspricht, für die Dateneingabe nutzen können, während kompatible Abrechnungsschnittstellen und datenschutzkonforme Speicherung im Back End obligatorisch sind. Zu mehr Vereinheitlichung wird es aus den bekannten, im Föderalismus liegenden Gründen nicht kommen. Und so sprechen auch Experten, wie Sebastian C. Semler von der Technologie- und Methodenplattform für die vernetzte medizinische Forschung (TMF), von einer „dezentral-föderierten Forschungsdateninfrastruktur“, die es aufzubauen gelte.

Denn perspektivisch geht es bei der Digitalisierung im Gesundheitswesen um viel mehr als medienbruchfreie digitale Meldekettchen. Elektronische Patientenakte, digitale Dokumente wie Impfpass, Mutterpass und Zahnbonusheft, Gesundheits-Apps und E-Rezepte, Telemedizin für die ärztliche Versorgung per Videokonferenz in strukturschwachen und unterversorgten Gebieten sind erst der Anfang. Aktuelle Gesetzesinitiativen wie das Registergesetz oder das Forschungsdaten- und Gesundheitsdatennutzungsgesetz weisen die Richtung: Das Zielbild der digitalen Transformation ist ein Gesundheitsdatenökosystem, in dem nicht nur

alle Akteure – Versorger, Forschung, Medizinwirtschaft – vernetzt sind, sondern wo vor allem Daten zukünftig besser für die Forschung genutzt werden können.

Ein solches datenbasiertes Gesundheitsökosystem beruht auf vernetzten Plattformen und speist sich aus vielfältigen Informationszuflüssen – Patientendaten, medizinische Befunde, Forschungsdaten, Daten aus Registern sowie Daten von Sensoren und Apps. Man verspricht sich von diesem Big-Data-Ansatz neuartige Erkenntnisse für die Früherkennung von Krankheiten, Fortschritte bei der individualisierten Krebstherapie, Grundlagenforschung bei seltenen Krankheiten und der Arzneimittelforschung. Auch die Entwicklung der Medizintechnik soll davon profitieren, wenn Geräte oder Prothesen zunächst von künstlicher Intelligenz in Simulationen erprobt werden und nicht am Patienten.

Auf dem Nationalen Digital Health Symposium 2021 im vergangenen Dezember standen die Poten-

ziale eines vernetzten Datenökosystems auf der Agenda. Gefordert wurde, dass Daten für die öffentliche und privatwirtschaftliche Forschung einfacher zugänglich gemacht werden. „Es muss sichergestellt sein, dass der Zugang zu Forschungsdaten niederschwellig und zeitnah möglich ist, um nicht den wissenschaftlichen Nutzen der Datenbestände zu beeinträchtigen“, heißt es in einer Erklärung. Teil des niederschweligen Zugangs soll eine gesetzlich verankerte Datenfreigabe werden, eine „Datenspende“. Patienten wird die Möglichkeit gegeben, ihre Gesundheitsdaten auf freiwilliger Basis der Wissenschaft zur Verfügung zu stellen. Wie akzeptabel diese Art der Datennutzung künftig ist, hängt den Experten zufolge davon ab, wie der Bevölkerung der konkrete Mehrwert der Daten für die Forschung vermittelt wird.

Zunehmende Datenverarbeitung bedeutet immer auch ein zunehmendes Risiko von IT-Sicherheitsvorfällen. Cyber-Attacken auf Krankenhäuser sind bereits vorgekommen. Für die Akzeptanz des gesam-

ten Bereichs E-Health werden insofern Datenschutz und Informationssicherheit immer wichtiger. Datenschutz verstanden als Schutz von individuellen Grundrechten kann einerseits bedeuten, dass Patienten proaktiv mittels freiwilligen Einverständnisses der Weiterverarbeitung ihrer Daten zustimmen oder etwa in ihrer E-Patientenakte Befugnisse definieren, wer zum Beispiel einen elektronischen Arztbrief einsehen darf. Andererseits sind personenbezogene Gesundheitsdaten grundsätzlich besonders schutzbedürftig. „Wir sind ein 1A-Angriffsziel für jeden Hacker“, sagt Michael Ziemons, Gesundheitsdezernent in Aachen, „und müssen bei allen Digitalisierungslösungen, die jetzt kommen, aufpassen und den Datenschutz immer im Blick haben“ (siehe auch Interview Seite 18). Die Diskussion, ob die aufzubauende Telematikinfrastruktur und das angestrebte Gesundheitsdatenökosystem zur Kritischen Infrastruktur zählen sollen, wird bereits geführt.

*Helmut Merschmann*

Anzeige

**TeVIS [suite]**

**Kommunix**  
Software für Kommunen

**Heute: Besucherleitsystem!**

# Weg und Ziel nicht verwechseln

Die Corona-Pandemie hat den schlechten Ausstattungszustand der Gesundheitsämter offenbart. Michael Ziemons, Gesundheitsdezernent der Städteregion Aachen, erklärt, warum es zu Beginn der Pandemie ohne Faxgerät nicht ging und was sich seitdem alles getan hat.

*Herr Dr. Ziemons, wie sah die Situation der Gesundheitsämter im März 2020 in Aachen aus, als die Corona-Pandemie begann? Welche Rolle spielte das Faxgerät?*

Wir benutzen im Gesundheitsamt in Aachen schon seit 20 Jahren eine digitale Fachanwendung. Als die Corona-Pandemie begann, fehlte es vor allem in Laboren und Arztpraxen an Möglichkeiten, Fälle digital so zu melden, dass sie bei uns in die Fachanwendung passen. Insofern quoll wirklich jeden Morgen das Faxgerät über. Wir waren auf Infektionskrankheiten wie Masernausbrüche und Tuberkulosefälle vorbereitet, aber nicht auf eine Pandemie. Alles kam per Fax an und musste händisch in die Fachanwendung getippt werden. Das dauerte pro Fall zehn bis 15 Minuten. Auch Fallzahlen digital ans Robert Koch-Institut (RKI) zu melden, funktionierte nicht. Wir konnten Fälle digital erfassen und eine digitale Fallakte führen, haben dann aber eine E-Mail an das Landeszentrum für Gesundheit (LZG) in Bochum geschickt und von dort wurde ans RKI gemeldet.

*Die Überlastung der Gesundheitsämter hat den schlechten Ausstattungszustand der Behörden offenbart. Mangelte es nur an IT-Ausstattung?*

Es gab schon einige Gesundheitsämter, die mit einer Fachanwendung gearbeitet haben, viele Kolleginnen und Kollegen in anderen Kommunen haben aber auch Excel-Tabellen genutzt. Auch bei uns hat es eine gewisse Zeit gebraucht, bis unsere Computer-Firma die neue Infektionskrankheit Covid-19 und alle Tools wie ein Symptomtagebuch und so weiter dazu programmiert hatte. Es waren aber nicht alleine die Gesundheitsämter, bei denen es zunächst schleppend lief. Auch die Labore waren nicht in der Lage, ihre Fälle digital zu melden. Wir haben hier in der Städteregion sogar ein Labor, das bis heute nur mit Fax arbeitet, obwohl das gesetzlich gar nicht mehr erlaubt ist.

*Die kommunalen Spitzenverbände haben als Kernproblem die mangelnde digitale Vernetzung identifiziert...*

Ein Fehler war sicherlich, digitale Vernetzung nur auf der horizontalen Ebene zu betrachten. Lange stand der digitale Austausch zwischen den Gesundheitsämtern im Fokus. Mindestens genauso wichtig ist aber die vertikale Ebene: vom Arzt ins Labor, vom Labor ans Gesundheitsamt, vom Gesundheitsamt ans LZG, vom LZG ans RKI. Diese Kette funktioniert bis heute nicht ordentlich und zu umständlich.



Dr. Michael Ziemons

*Was hat sich in den vergangenen zwei Jahren verändert?*

Es ist sehr viel geschehen. Wir haben uns hier mit unserer Software so aufgestellt, dass wir alles digital bearbeiten können: von der Meldung und Erfassung von Fällen über Kontakt- und Symptomtagebücher bis hin zum Monitoring von Ausbrüchen. Wir können sogar eine Geokarte erstellen und darauf erkennen, wo wie viele Fälle sind. Und selbstverständlich sind wir in der Lage, Fälle digital auszutauschen. Jetzt brauchen wir noch eine datensparsame und sichere Lösung, um Veranstaltungen zu erfassen. Aber bitte nicht mit der unsicheren Luca-App. Ich wundere mich ständig, dass die noch nicht gehackt wurde. In Nordrhein-Westfalen haben wir uns für IRIS connect ent-

schieden, eine Schnittstelle, an die sich verschiedene technische Lösungen wie etwa die Darfichrein-App andocken können.

*Warum nutzen Sie nicht die einheitliche SORMAS-Lösung, die den Gesundheitsämtern vom Bund zur Verfügung gestellt wurde?*

Auch wir haben SORMAS aufgrund erheblichen politischen

*Immerhin ein öffentliches Monopol...*

Der Hersteller ist ein Forschungsinstitut, das anderen Handlungslogiken folgt, als auf dem Markt zu bestehen, und andere Interessen hat als ein Gesundheitsamt. Wenn ich ein digitales Formular benötige, damit Patienten und Kontaktpersonen ihre Daten eintippen können, dann setzt das unser Software-Hersteller binnen zwei Wochen um.

sein, dass die Gesundheitsämter das nicht kontrollieren können. Ein Weg könnte die elektronische Patientenakte sein, dann sind aber die Krankenkassen in der Pflicht. Ich bin überzeugt, dass man mit viel Engagement auch definieren kann, wer auf welche Daten zugreifen darf. Das ist ja bislang das Problem. Dringlich ist natürlich auch weiterhin die schlechte Ausstattung mit Geräten. Die Instrumente des Pakts für den

## „Die Instrumente des Pakts für den öffentlichen Gesundheitsdienst sind viel zu kompliziert.“

Drucks auf unsere Systeme gespielt und einen Vertrag mit dem Helmholtz-Institut geschlossen. Aber wir haben die Software niemals benutzt, weil man damit keine anderen Infektionskrankheiten erfassen kann. Wir müssten dann mehrere Programme nebeneinander laufen lassen. Ich würde behaupten, dass 90 Prozent der Gesundheitsämter, die SORMAS installiert haben, es am Ende nie genutzt haben. Aus meiner Sicht wurden Weg und Ziel verwechselt. Das Ziel ist, dass alle Gesundheitsämter digital und medienbruchfrei Fälle austauschen können. Der Weg dahin ist aber keine Einheitslösung, sondern sind kompatible Schnittstellen. Man muss jedoch unterscheiden zwischen Eigen- und Fachanwendungen. Es gab tatsächlich Gesundheitsämter, die sich quasi als Hobbyprogrammierer betätigt haben und mit einer sehr aufwendigen Excel-Tabelle hantieren. Im Vergleich dazu stellt SORMAS natürlich eine Verbesserung dar. Für jedes Gesundheitsamt, das eine professionelle Software eingesetzt hatte, war es allerdings ein Rückschritt. Ich verstehe diese Freude am Monopol hierzulande nicht.

Das Helmholtz-Institut sagt womöglich, dass sie Ausbrüche monitoren und keine Servicelösungen für Bürger entwickeln wollen. Übrigens entspricht SORMAS auch nicht dem Datenschutz, da die Software nicht in der Lage ist, Dateien nach den geltenden Fristen rechtzeitig zu löschen. Wären der Aufwand und das Geld, das wir in SORMAS gesteckt haben, für IRIS connect verwendet worden, hätten wir keine Probleme bekommen.

*Was müsste jetzt im Gesundheitswesen dringlich bezüglich der Digitalisierung noch alles geschehen?*

Ich mache mir große Sorgen über die allgemeine Impfpflicht. Wenn sie kommen sollte, muss jedem klar

öffentlichen Gesundheitsdienst sind viel zu kompliziert, weil wir sehr aufwendige Anträge schreiben müssen. Darüber hinaus gibt es noch genügend Bereiche im Gesundheitsamt, die einen Digitalisierungsschub vertragen. Wir brauchen Lösungen, wie sie der Innovationsverbund Öffentliche Gesundheit aufgestellt hat, beispielsweise IRIS connect. Bei allen Digitalisierungslösungen, die jetzt kommen, müssen wir immer den Datenschutz im Blick haben. Personenbezogene Gesundheitsdaten sind für viele Branchen sehr attraktiv. Deswegen müssen wir sie besonders schützen und nur sichere und datensparsame Lösungen einsetzen.

*Interview: Helmut Merschmann*

### **Kurzinfo: IRIS connect**

IRIS connect ist eine öffentliche Datenschnittstelle für Gesundheitsämter, die im Rahmen der digitalen Kontaktnachverfolgung bei Covid-19 entwickelt wurde. Die Basisarchitektur ermöglicht den medienbruchfreien Datenaustausch mit

den Fachanwendungen der Gesundheitsämter aus unterschiedlichen Anwendungslösungen heraus. Sie ist vom Innovationsverbund Öffentliche Gesundheit initiiert und mit der Open Source Community entwickelt worden (*siehe auch Seite 20*).

# Zettelwirtschaft beenden

Sina Beckstein

Um den Prozess der Kontaktnachverfolgung zu optimieren, hat der Innovationsverbund Öffentliche Gesundheit die Open-Source-Lösung IRIS connect entwickelt. Die Software kann von den Gesundheitsämtern kostenlos genutzt werden; gehostet wird sie von der AKDB.

**M**it der Lösung IRIS connect hat der Innovationsverbund Öffentliche Gesundheit (InÖG) unterstützt von der Björn Steiger Stiftung ein Open Source Gateway zwischen digitaler Kontaktdatenerfassung und den Gesundheitsämtern hergestellt. Initiiert wurde die Entwicklung der gemeinnützigen Schnittstelle von der Open Source Community; gehostet wird die Lösung bei der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB).



IRIS connect unterstützt Ämter bei der Kontaktnachverfolgung.

Ein wesentlicher Treiber der Covid-19-Pandemie ist die ineffiziente Nachverfolgung von Kontakten. Etwa bei Hochzeiten kamen die deutschen Gesundheitsämter mit der Auswertung der oft handschriftlich ausgefüllten Zettel nicht mehr hinterher. Da diese nicht selten unleserlich waren oder teils tausende Zettel an die Ämter gefaxt wurden, vergingen oft wertvolle Tage, um Kontaktpersonen zu informieren und zu isolieren. Ausreichend Gründe, die Zettelwirtschaft in den deutschen Gesundheitsämtern zu beenden.

Eine ganze Reihe von Unternehmen wie Darfichrein, Recover oder GastIdent hat es sich zum Ziel gesetzt, dieses Problem zu lösen. Mit QR-Codes und einem einfachen

System, über das Kontaktdaten schnell erfasst und abgerufen werden können, werden Gesundheitsämter entlastet und Kontaktpersonen rascher benachrichtigt. Tausende Gaststätten, Betriebe, Kommunen und Hochschulen setzten solche QR-Codes zur digitalen Kontaktdatenerfassung ein. Im Fall einer Anfrage vom Gesundheitsamt konnten so Daten im digitalen Format übermittelt und schneller nachverfolgt werden.

Optimiert wurde der Prozess der Kontaktnachverfolgung mithilfe von IRIS connect. An die öffentliche Schnittstelle können sich alle Unternehmen der Kontakterfassung andocken und haben damit eine direkte Verbindung in die Behörden. Für die Gesundheitsämter hat sich

der Prozess der Nachverfolgung deutlich vereinfacht: Aus dem IRIS-connect-System heraus können Gaststätten und Betriebe direkt um eine Datenübermittlung für bestimmte Zeiträume gebeten werden. Über das Gateway nimmt die sichere Übermittlung nur noch wenige Sekunden in Anspruch. Die Daten konnten direkt im richtigen Format in die Gesundheitsamt-Systeme wie zum Beispiel SORMAS oder OctoWare integriert werden. Michael Ziemons vom Dezernat für Soziales, Gesundheit und Digitalisierung der Städteregion Aachen (siehe auch Interview Seite 18) sagt

### Link-Tipp

Weitere Informationen unter:

- <https://www.iris-connect.de>

über die Lösung: „Die Gesundheitsämter bieten exzellente medizinische Fachexpertise. Die sollten sie ausspielen können, statt Daten hin- und herzuschieben. Dafür brauchen wir digitale Lösungen – und dabei sind ausschließlich datensparsame und datensichere Lösungen wie IRIS connect denkbar wenn man uns vertrauen soll.“

Den Startimpuls für das IRIS-connect-Projekt lieferte die Initiative „Wir für Digitalisierung“. In diesem Rahmen setzten sich seit Oktober 2020 mehr als 70 Unternehmen der digitalen Kontaktdatenerfassung für eine offene Schnittstelle zu den Gesundheitsämtern ein. Die Initiative legt Wert auf Marktvielfalt und Standardisierung an der richtigen Stelle: „Es muss egal sein, mit welcher App ein Betrieb digitale Kontaktdaten erfasst. Wichtig ist, dass das Gesundheitsamt über eine einheitliche, offene Schnittstelle darauf zugreifen kann“, heißt es. Ins Leben gerufen wurde IRIS connect schließlich vom Innovationsverband Öffentliche Gesundheit, der das Gateway erfolgreich für die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Thüringen und Hessen implementiert hat. Vertraglich können damit 112 Gesundheitsämter auf das System zugreifen.

Hauptsponsor für die Entwicklung ist die Björn Steiger Stiftung, die das Projekt auch inhaltlich unterstützt. Hohen Stellenwert hatte für die Stiftung ihre Vermittlerrolle zwischen Bürokratie und Innovation, wie Geschäftsführer Joachim von Beesten betont: „Die Stiftung sieht sich als Brückenbauer zwischen der agilen Open Source Community und der öffentlichen Verwaltung. Wichtig war uns, IRIS connect in die Praxis umzusetzen und damit den Beweis anzutreten, dass diese Kooperationsmodelle erfolgreich sind, denn auch digitale Infrastruktur kann Leben retten.“

IRIS connect wurde als Open-Source-Projekt entwickelt, ist also für die Öffentlichkeit frei verfügbar und gemeinnützig. Die Software kann in den Gesundheitsämtern kostenlos eingesetzt werden. Lediglich für Support, Software-Pflege und Zertifikatausstellung wurden geringe Kosten erhoben. Die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern wurde mit ihren BSI-zertifizierten Hochsicherheitsrechenzentren als Hosting- und Betriebspartner ausgewählt. Die AKDB-Tochterfirma Darfichrein war maßgeblich an der Entwicklung von IRIS connect beteiligt. Eine reibungslose Zusammenarbeit zwi-

schen allen Akteuren war für den Erfolg der Lösung entscheidend, sagt Bianca Kastl, beim InÖG Verfahrensverantwortliche für IRIS connect: „Open Source Software für Gesundheitsämter während einer Pandemie so schnell und reibungslos in mehreren Bundesländern auszurollen, das geht nur, wenn alle Beteiligten gut zusammenarbeiten.“

IRIS connect zeigt, wie Digitalisierung für den öffentlichen Sektor auch funktionieren kann: geboren und entwickelt in einer lebhaften Open Source Community, getragen von einer etablierten Stiftung und einem gemeinnützigen Verband mit dem Unterbau einer hochsicheren Infrastruktur. Die Vielfalt an Akteuren hat das System bereichert und zu einem Musterbeispiel für Software-Entwicklung im öffentlichen Sektor gemacht. Als Software-Architektur ist IRIS connect grundsätzlich für weitere Anwendungsfälle abseits der Corona-Pandemie denkbar. So könnte die Lösung beispielsweise zum Austausch von Labordaten im Rahmen von Trinkwasserkontrollen oder zum direkten Datenaustausch zwischen Gesundheitsämtern eingesetzt werden.

*Sina Beckstein ist Managing Director der Darfichrein GmbH.*

Anzeige

## Fernsignaturen in Onlinediensten ...

**Antragsmanagement + Governikus SigningBroker**

**- Die Nutzung der Fernsignatur via Onlinebanking innerhalb cleverer Onlinedienste!**

**Form**<sup>®</sup>  
Solutions



**AM**  
4.0

DAS CLEVERE WERKZEUG  
zur Digitalisierung Ihrer Verwaltung!

[WWW.FORM-SOLUTIONS.DE](http://WWW.FORM-SOLUTIONS.DE)



# Workflow statt Excel-Tabelle

Bengt Müller

Für die Kontaktnachverfolgung im Rahmen der Corona-Pandemie hat der Kreis Soest einen nahezu vollständig digitalen Workflow geschaffen. Zum Einsatz kommen hierfür ein Formular-Management-System sowie die Datenintegrationsplattform FME.

Die Bekämpfung der Corona-Pandemie und die damit verbundenen Anstrengungen beschäftigen uns weiterhin und haben in vielen Fällen dazu geführt, dass örtliche Gesundheitsämter aufgrund der hohen Fallzahlen und der damit einhergehenden Arbeitslast ihre Aufgaben nicht mehr vollumfänglich erledigen können. Derartige Situationen gilt es zu verhindern und die Ereignisse effizienter zu meistern – sowohl bei möglichen künftigen pandemischen Lagen als auch bei regelmäßig auftretenden Ereignissen wie der jährlichen Grippewelle.

Die Unterstützung durch effiziente, durchgängig digitale Prozesse im Gesundheitswesen ist aber vielfach Zukunftsmusik. Nicht selten müssen Mitarbeitende in Gesundheitsämtern mit analogen Medien hantieren oder können bestenfalls auf lückenhafte Digitalisierungsstränge zurückgreifen. Auch im Kreis Soest starteten die Verantwortlichen während der ersten und zweiten Corona-Welle mit einer einfachen Excel-Tabelle. Schnell wuchs diese jedoch an und enthielt zwischenzeitlich Datensätze in 100 Spalten bei bis zu 30.000 Zeilen. In dieser Tabelle mussten sämtliche Änderungen nachverfolgt und daraus alle weiteren Maßnahmen und Benachrichti-

gungen in teils mühevoller Handarbeit abgeleitet werden. Erschwerend kam hinzu, dass aus diversen Gründen eine kollaborative Nutzung der Tabelle nicht möglich war; daher wurde nach einer schnellen und flexiblen Lösung für eine Neuaufstellung der gesamten Prozesslandschaft gesucht.

Fündig wurden die Mitarbeitenden des Sachgebiets IT-Innovation des Kreises Soest im eigenen Haus, bei den bereits eingesetzten Software-Produkten. Mithilfe eines Formular-Management-Systems der Firma Form-Solutions als Eingabewerkzeug und der Datenintegrationsplattform FME wurden umfangreiche Prozessketten erstellt, welche die dringendsten Prozesse abbilden konnten. Ergänzt wurde die neue Lösung um hauseigene Erfassungsoberflächen und eine zentrale Datenbank als Grundgerüst. „Es kommen momentan täglich rund tausend Formulare mit Neuinfektionen in unser System“, berichtet Peter Kalthoff vom Kreis Soest und erklärt: „Im Hintergrund sorgt der FME-Server dafür, dass die eingehenden Meldungen in der Datenbank abgelegt werden und daraus unter anderem die Kontaktnachverfolgung ersten und zweiten Grades, die Ordnungsverfügungen zu Isolation und die Berechnung der Fall-



Künftige pandemische Lagen besser meistern.

zahlen vollständig automatisiert angestoßen werden. Dies wäre ohne die Automatisierung mit FME-Server selbst mit der aktuell dreistelligen Anzahl an Mitarbeitenden im Gesundheitsamt nicht mehr darstellbar.“

Die Datenintegrationsplattform FME hat sich im Kreis Soest in Kombination mit dem vorhandenen Formular-Management-System als ideale Lösung zur medienbruchfreien Digitalisierung der dringlichsten Prozesse erwiesen. Die nordrhein-westfälische Kommune setzt dieses Set-up seit Monaten erfolgreich ein und hatte so als einer der ersten Kreise einen vollständig digitalen Workflow an der Hand, bei dem die Informationen zu den Fällen den Mitarbeitenden des Gesundheitsamts nahezu in Echtzeit zur Verfügung standen.

Wichtig bei der Auswahl der einzusetzenden Software-Lösungen war dem Kreis Soest, dass jederzeit selbstständig Anpassungen oder Ergänzungen vorgenommen werden können. So konnte zum Beispiel flexibel und zeitnah auf neue Verordnungen des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) reagiert werden. Des Weiteren war es möglich, die eingehenden Daten mit den kreiseigenen Geodaten zu verschneiden, um Lageberichte für Krisenstäbe zu generieren oder die Verteilung der Infektionsfälle im Kreis visuell auf Karten darzustellen. Auch hierbei wurde auf FME-Server gesetzt, da die Berichte damit automatisiert erstellbar sind, was eine umfassende und minutengenaue Einschätzung der Lage ermöglicht.

Die Erkenntnisse, die in vielen Bereichen im Laufe der Corona-Pandemie gewonnen wurden, müssen nun klar benannt und so abstrahiert werden, dass sie auf zukünftige Ereignisse und auch auf gänzlich andere Prozesse anwendbar sind.

Mit den Mitteln, die sich in der Krise bewährt haben, kann das Gesundheitswesen besser auf künftige pandemische Ereignisse reagieren und schneller zu richtigen Entscheidungen kommen. Auch der Blick über den Tellerrand ist wichtig: Wie lässt sich das Erprobte auf andere Bereiche transferieren? So könnten etwa Hygienekontrollen in der Gastronomie oder eine einrichtungsbezogene Impfpflicht automatisiert online erfasst und die Informationen digital und medienbruchfrei an die richtigen Mitarbeitenden weitergegeben werden. Daraus abgeleitet lassen sich problemlos automatisierte Nachrichten an Betroffene oder Erinnerungen zur Impfauffrischung erstellen.

Geforderte gesellschaftliche Veränderungen gehen zudem zwingend mit einer fortschreitenden Digitalisierung einher. „Wir kommen um vollständig digitale Prozesse nicht herum, wenn wir unsere Kolleginnen und Kollegen schützen wollen, indem wir sie zum Beispiel ins Homeoffice schicken“, so Peter Kalthoff. „Unser Fall-Management

arbeitet komplett remote, um die Ansteckungsgefahr zu minimieren.“

Jedoch gibt es auch Herausforderungen, die es noch zu meistern gilt. So müssen die Informationsschreiben für Isolation oder Quarantäne aufgrund der Rechtssicherheit bei der Zustellung zurzeit noch postalisch oder per Fax geschickt werden. Sollte die E-Mail zukünftig als gleichartige Zustellungsform anerkannt werden, lassen sich Prozesse noch durchgängiger und schneller aufsetzen.

Für die zuständigen Kolleginnen und Kollegen beim Kreis Soest lautet das erklärte Ziel, die landesweite Aufgabe zu unterstützen und nach dem Reifegradmodell die Digitalisierung im Gesundheitswesen voranzubringen. Und, da ist sich Peter Kalthoff sicher: „Wir werden nach der Pandemie einen weitaus höheren Reifegrad haben als noch vor wenigen Jahren.“

*Bengt Müller ist bei der con terra GmbH Mitarbeiter im Bereich Data Integration Sales Service.*

Anzeige



Ihr Partner rund um  
die regionale **Glasfaser-**  
**Infrastruktur.**

**BERATEN.  
PLANEN.  
VERNETZEN.**

# Reichlich Lücken im System

Tim Berghoff

**Der digitale Impfnachweis wurde in Deutschland mit allzu heißer Nadel gestrickt – und zeigt daher in puncto Sicherheit und Zuverlässigkeit erschreckend viele Mängel. Die Sicherheitslücken nachträglich zu stopfen, ist schwierig bis unmöglich.**

Eigentlich kümmert sich Thomas Siebert bei der G DATA CyberDefense AG um die Entwicklung neuer Schutztechnologien für Computernetzwerke in Unternehmen und Behörden. Am Thema Corona und damit am digitalen Impfnachweis kam aber auch er nicht vorbei. Hier fielen ihm immer wieder einige lose Enden auf. Die erste Ungeheimtheit zeigte sich im privaten Umfeld. Ein Bekannter hatte sich direkt nach der zweiten Impfung seinen QR-Code mit dem digitalen Impfnachweis in der Apotheke besorgt und eingescannt. Zu seiner und Sieberts Überraschung zeigte jede App, dass er vollständig geimpft sei. Dabei sollte der Impfstatus erst zwei Wochen nach der Impfung auf „vollständig geimpft“ umschalten. Ein genauerer Blick auf die Daten zeigte: Aus Versehen stand beim Datum der Zweitimpfung der Tag der Erstimpfung. Und die lag ja bereits deutlich mehr als zwei Wochen zurück.

Ein harmlos anmutender Fehler, der jedem passieren kann. Wer täglich so viele Impfnachweise erstellt, kann schon mal in der Zeile verrutschen. Aber hätte das System so etwas nicht automatisch anmahnen

müssen, um eine Korrektur zu ermöglichen? Die Neugier war geweckt. Wenn ein harmloses Versehen bereits dazu führen kann, dass



Mit heißer Nadel gestrickt: der digitale Impfnachweis.

ein Mensch vorzeitig als geimpft gilt – was ist dann erst mit krimineller Energie möglich?

Und so begann eine Suche, die wenig Ermutigendes zutage fördern sollte. Ausgangsbasis war die Spezifikation der EU, die die technische Umsetzung vorgab. Nach einem umfassenden Blick in die Spezifikationen und die tatsächliche Umsetzung stand fest: Es mangelt dabei an allen Ecken und Enden. Vieles, was die Sicherheit und Zuverlässigkeit hätte erhöhen können, ist entweder ganz ausgeblieben oder wurde nur halbherzig umgesetzt. Vieles deutet darauf hin, dass der digitale Impfnachweis in Deutsch-

land mit heißer Nadel gestrickt wurde, wohl nicht zuletzt durch politischen Druck.

Da ist zum einen die Ausstellung der Impfnachweise und die Art und Weise, wie diese digital signiert sind. In Deutschland werden alle Impfnachweise in letzter Konsequenz vom Robert Koch-Institut (RKI) ausgestellt. Für die Ausgabe und Signierung sind unter anderem die Apotheken zuständig. Der Deutsche Apothekenverband bietet allen angeschlossenen Apotheken die Möglichkeit, sich in einem Web-Portal anzumelden, dort die Daten der Person einzugeben, die einen Impfausweis vorlegt, und den digitalen Impfnachweis herunterzuladen. Auch hier zeigten sich schnell gravierende Versäumnisse. So sind die entsprechenden Portale nur mit einer Kombination aus Benutzernamen und Passwort gesichert, wobei jede Apotheke einen einzigen Zugang erhält.

Insgesamt gibt es 42 Millionen mehr Impfnachweise als es überhaupt Impfungen gab – teilweise wurden Zertifikate mehrfach ausgestellt, weil das Impfzentrum erst im Nachhinein ein solches generiert

hat, die Geimpften sich aber bereits vorher in der Apotheke ihren Nachweis abgeholt haben. Möglicherweise wurden Zertifikate auch mehrfach ausgestellt, weil einem Apotheker ein Fehler bei der Dateneingabe unterlaufen ist. Zudem sind hunderttausende Impfnachweise in Deutschland mit derselben digitalen Unterschrift signiert, etwa der des Apothekerverbands. Im Missbrauchsfall wäre es praktisch unmöglich, die ausgestellten Zertifikate durch ein Widerrufen der digitalen Unterschrift nachträglich ungültig zu machen. Denn damit müssten auch alle legitim ausgestellten Impfnachweise neu ausgestellt werden. Theoretisch hätte jeder und jede Mitarbeitende in einer Apotheke eine eigene Signatur bekommen müssen, um den Impfnachweis digital zu „stempeln“. Das wäre technisch ohne weiteres möglich, allerdings mit Mehraufwand verbunden.

Darüber hinaus sind einige wichtige Daten im digitalen Impfnachweis gar nicht hinterlegt, die im gelben Impfbuch enthalten sind. Dazu gehören beispielsweise der Ort der Impfung oder die Chargenbezeichnung des verimpften Wirkstoffs. Apotheken haben keine technische Möglichkeit, die Echtheit der Daten zu verifizieren. Sie müssen also zunächst davon ausgehen, dass die vorgelegten Impfpässe echt sind. So überrascht es nicht, dass Menschen Wege suchten, einen Impfnachweis auch ohne Impfung zu erhalten. Schnell tauchten im Internet Web-Seiten auf, auf denen Betrüger gefälschte gelbe Impfpässe zum Kauf anboten, die „garantiert anerkannt würden“. Selbst digitale Impfnachweise wurden gehandelt. Bittere Ironie: In einigen dieser kriminellen Webshops war auch ein

TV-Interview mit Thomas Siebert zum Thema verlinkt, mit dem Hinweis „Seht ihr – unsere Nachweise funktionieren wirklich!“

Auch die Systeme – vor allem die Apps – und die Prozesse, welche die Bürger nutzen sollen, lassen zu wünschen übrig. Die ansonsten zurecht vielgelobte Corona-Warn-App (CWA) bot die Möglichkeit, den digitalen Impfnachweis einzuscannen, um ihn bei Bedarf vorzuzeigen. Das funktionierte auch – allerdings erkannte die App anfangs keine gefälschten Impfzertifikate. Auch die CovPass-App erkannte ein erfundenes Zertifikat als gültig an. Aus rein technischer Sicht ergibt das sogar Sinn, denn der Prozess sieht vor, dass zum Scannen und Validieren die CovPassCheck-App zum Einsatz kommt und dass die angezeigten Daten mit einem vorgelegten Ausweis abgeglichen werden. Allerdings war die CovPassCheck-App gerade am Anfang kaum verbreitet. Eine korrekte Prüfung hatte daher lange Seltenheitswert.

Hinzu kommt, dass es keine großen Programmierkenntnisse erfordert, um sich zu Hause einen digitalen Impfnachweis selbst zu basteln. Vielmehr geht dies innerhalb von Sekunden, wie es auch Siebert vor laufender Kamera demonstrierte. Die Umsetzung des digitalen Impfnachweises stellt so praktisch eine offene Einladung zum Missbrauch dar und Siebert ließ keinen Zweifel daran, dass es diesen im großen Maßstab geben werde. Diese Voraussage sollte sich mehr als bewahrheiten. So schätzte vor Kurzem der Präsident der Apothekerkammer Baden-Württemberg, Martin Braun, dass sich die Anzahl der im Umlauf befindlichen ge-

fälschten Nachweise im sechsstelligen Bereich bewegen dürfte.

Mittlerweile wurde technisch zwar die Möglichkeit zum Blockieren einzelner Impfnachweise geschaffen, sodass diese dann nicht mehr als gültig anerkannt werden. Praktisch wird diese Möglichkeit in Deutschland aber kaum genutzt. Die Corona-Warn-App etwa blockiert nur die Impfnachweise einer einzigen Münchner Apotheke, die beim Erstellen von Fälschungen erwischt wurde. Andere Länder haben vergleichbare Möglichkeiten zum Blocken falscher Impfnachweise geschaffen, ein internationaler Abgleich der Listen findet aber nicht statt. Ein falscher Impfnachweis, der in einem Land als ungültig markiert ist, könnte in einem anderen Land also nach wie vor den begehrten grünen Haken tragen.

Zurück bleibt die ernüchternde Erkenntnis, dass es schwer bis unmöglich ist, nachträglich Sicherheit in ein bestehendes System einzubauen. Das resultiert nur in einer unsäglichen Flickschusterei, bei der bloß Lücken gestopft werden, die es bei besserer Planung gar nicht erst gegeben hätte. Ein so kritisches System mit heißer Nadel zu stricken, schadet nicht nur der Sicherheit als Ganzes. Es ist auch enorm schädlich für das Vertrauen von Menschen in ein System, das sie eigentlich schützen sollte. Konsequenz: Zwischenzeitlich weigerten sich einige Händler und Restaurants, den gelben Impfpass als Nachweis einer Impfung anzuerkennen – weil der ja gefälscht sein könnte.

*Tim Berghoff ist Security Evangelist bei der G DATA CyberDefense AG, Bochum.*

# Arbeiten mit dem BerlinPC

Benjamin Ferchow

Mitarbeitende der Berliner Verwaltung können künftig auf einen standardisierten IT-Arbeitsplatz zugreifen: den BerlinPC. Er erleichtert den Datenaustausch zwischen den Behörden und ist somit ein wichtiger Baustein der Verwaltungsdigitalisierung.

**A**rabische Zahlen, lateinische Buchstaben oder das metrische System – solche Standards vereinfachen unser Leben erheblich. Mit der Digitalisierung der Verwaltung verfolgt das Land Berlin dieses Ziel auch für den Austausch zwischen den Behörden und ihren Schnittstellen zu den Bürgerinnen und Bürgern. Wo lange Zeit unterschiedliche Ausstattungen die Datenübermittlung erschwerten, halten jetzt landesweite Standards Einzug. Digitale Daten können dann medienbruchfrei und ohne Schnittstellen-Schwierigkeiten übermittelt werden. Die Berliner Verwaltung und die Bürgerservices werden so schneller, moderner und benutzerfreundlicher. Eine zentrale Rolle spielt dabei eine einheitliche Arbeitsplatzausstattung der Mitarbeitenden in den Berliner Behörden. Daher wird es künftig einen einheitlichen IT-Arbeitsplatz geben. Vom PC über das Telefon bis zum Drucker kommen landesweit die gleichen Komponenten zum Einsatz, sodass die Kommunikationsbasis und ihre Schnittstellen identisch sind. Damit schafft das Land die Grundlage für einen reibungslosen Datenaustausch zwischen allen Behörden und Einrichtungen. Das Herzstück des IKT-Arbeitsplatzes bildet der standardisierte Computer, der BerlinPC.



Berliner Behörden arbeiten künftig mit standardisiertem IT-Arbeitsplatz.

Dieser ist bereits jetzt beim zentralen IT-Dienstleister des Landes, dem IT-Dienstleistungszentrum (ITDZ) Berlin, und Teilen der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport erfolgreich im Einsatz. Die Neuerung besteht vor allem darin, dass der BerlinPC als zentraler, im Rechenzentrum des ITDZ Berlin verorteter Desktop betrieben wird – ein Desktop as a Service (DaaS). Damit erhalten zwar alle Mitarbeitenden ein festes Endgerät – zum Beispiel einen Desktop-PC oder Laptop –, dieses ist aber jederzeit austauschbar, da die wesentlichen Arbeitsschritte im Rechenzentrum des ITDZ Berlin erfolgen. Das Prinzip: Nach dem

Hochfahren des Rechners wird eine verschlüsselte Verbindung zum Rechenzentrum des ITDZ Berlin hergestellt. Dort wird der zentrale Desktop des BerlinPC betrieben, eine eigene, vom Endgerät unabhängige, sichere Arbeitsumgebung. Hier arbeiten die Mitarbeitenden mit ihrem gewohnten Windows-Betriebssystem sowie täglichen Arbeitsprogrammen wie Word, Excel oder Outlook. Die nötige Rechenleistung wird ebenfalls im Rechenzentrum bereitgestellt und sorgt für flüssige Abläufe. Die Mitarbeitenden können ihre Arbeitsergebnisse jederzeit festhalten – mit dem Unterschied, dass diese jetzt zentral auf den Servern des ITDZ Berlin

gespeichert werden und von überallher über eine gesicherte Verbindung abgerufen werden können.

Durch Standardisierung und Zentralisierung erreicht das Land gleich mehrere Ziele: Es verschlankt Prozesse, verringert Kosten, spart Zeit, verbessert Services und erhöht Sicherheit und Datenschutz. Ganz praktisch heißt das: Wenn alle Mitarbeitenden im Land den gleichen PC mit den gleichen Basisprogrammen nutzen, sind Kompatibilitätsprobleme beim Datenaustausch so gut wie ausgeschlossen. Dass der BerlinPC für einen landesweiten Betrieb geeignet ist, wurde in einem Review untersucht und bestätigt. Es kommt zu dem Schluss, dass die im BerlinPC genutzten Technologien allesamt für große Umgebungen ausgelegt und entsprechend technisch gut skalierbar sind, und bescheinigt, dass die genutzten Technologien allen modernen Anforderungen entsprechen.

Der kommende Landesstandard BerlinPC ist neben allen technischen Features vor allem auf ein Kriterium ausgerichtet: Sicherheit. Die Entwickler hatten bei ihren Überlegungen besonders das Berliner Landesnetz – ein eigenes, über 1.100 Kilometer umfassendes Glasfasernetzwerk, das die Berliner Behörden verbindet –, die Rechenzentren des ITDZ Berlin und damit natürlich auch die sensiblen Daten der Bürgerinnen und Bürger im Blick. „Für uns ist wichtig, dass wir ein Kompromittieren unserer Systeme verhindern, sensible Daten schützen und gleichzeitig eine hohe Verfügbarkeit sicherstellen“, sagt Rüdiger Sniehotta, Leiter des Fachbereichs Desktop BerlinPC im ITDZ Berlin.

Ein wichtiger Vorteil liegt in der Zentralisierung des Systems. Dadurch können Patches und Software-Aktualisierungen zentral und zeitnah eingespielt werden und sind sofort für alle Nutzenden verfügbar. Außerdem laufen auf den zentralen Systemen im Rechenzentrum des ITDZ Berlin verschiedene Schutz- und Antiviren-Anwendungen, die somit ebenfalls alle Nutzenden abdecken. Um darüber hinaus zu verhindern, dass Viren, Trojaner oder andere Schad-Software über den BerlinPC eindringen können, lag ein besonderes Augenmerk auf der Verbindung zum Internet. Natürlich können Mitarbeitende im Netz surfen, Informationen einholen und Daten hoch- oder runterladen – nur eben besonders geschützt. Dazu wird der BerlinPC mit zwei verschiedenen Browsern geliefert. Der eine stellt eine Verbindung zum Internet her, der andere eine zum Berliner Landesnetz. Der Internet-Browser liegt im Rechenzentrum des ITDZ Berlin in einer besonders isolierten Umgebung, sodass eine Kompromittierung nur diesen Bereich betreffen würde – andere Systeme bleiben geschützt. Der Up- oder Download von Daten im Internet erfolgt über eine spezielle Datenschluse, die Dateien mehrfach überprüft, bevor sie eine Übertragung zulässt.

Ein weiteres potenzielles Einfallstor für virtuelle Schädlinge sind mobile Datenträger wie USB-Sticks oder Speicherkarten. Für Endgeräte, die für die Nutzung des BerlinPC konfiguriert sind, gilt: Eine Verbindung ist nicht möglich. Möchten Mitarbeitende mobile Datenträger nutzen, stehen ihnen dafür eigens eingerichtete Transfer-PCs im Haus zur Verfügung. Sie ermöglichen eine

Übertragung von Daten, stellen aber sicher, dass diese nicht infiziert sind. Dass keine virtuellen Schädlinge eindringen können, ist aber nur eine Seite des Sicherheitskonzepts. Die andere besteht darin, unerlaubten Zugriff zu verhindern. Dazu erhalten Nutzende des BerlinPC ihre Benutzerkennung und das Passwort separat. Das Passwort muss regelmäßig nach bestimmten Kriterien erneuert werden. Außerdem werden die Rechte der Nutzenden vorab so streng limitiert, dass sie zwar problemlos arbeiten, dabei aber keinen Einfluss auf das System nehmen können.

Auch der Zugang aus dem Homeoffice unterliegt besonderen Schutzbestimmungen. Die Verbindung erfolgt grundsätzlich über einen sicheren VPN-Tunnel. Sobald ein Rechner eine Verbindung zum zentralen Berlin-PC aufbauen möchte, wird er einer Compliance-Prüfung unterzogen. Dabei untersucht das System das Betriebssystem und die Antiviren-Software des Rechners. Sollten diese nicht auf dem neuesten Stand sein, wird automatisch eine Aktualisierung durchgeführt.

Der BerlinPC wird sukzessive in den Berliner Behörden ausgerollt und dort die alten Rechner ersetzen. Er ist ein wichtiger Baustein für die Digitalisierung der Verwaltung und hilft, Abläufe zu standardisieren. Zentral ist und bleibt dabei der Schutz der Daten der Berlinerinnen und Berliner. Mit dem BerlinPC hat das Land ein geeignetes System entwickelt, um diesem Anspruch gerecht zu werden.

*Benjamin Ferchow ist Redakteur in der Unternehmenskommunikation des ITDZ Berlin.*

# Die spielende Smart City

Michael Dusch, Geschäftsführer von m3 management consulting, begleitet Kommunen bei ihrer Transformation hin zur Smart City. Inwiefern Urban Gamification auf dem Weg zur nachhaltigen Stadt hilfreich sein kann, erklärt er im Interview mit Kommune21.

*Herr Dusch, als Experte für (Re-) Organisation und Controlling unterstützen Sie kommunale Entscheider bei ihren Smart-City-Vorhaben. Wie vernetzt sich die Stadt der Zukunft mit ihren Einwohnern?*

Die grundlegende Idee lässt sich einfach zusammenfassen: In der Smart City werden möglichst viele Services integriert, also beispielsweise das Bestellen von Tickets für kommunale Einrichtungen oder örtliche Informationsdienste. Es werden zu diesem Zweck Portale entwickelt, die die verschiedenen Dienstleistungen des kommunalen Lebens bündeln und den Bürgerinnen und Bürgern zentral zur Verfügung stellen. So kann die Smart City erheblich zur Lebensqualität beitragen.

*Wie ließe sich ein solches Portal aufbauen?*

Eine praktische Lösung ist die Digitale Plattform für kommunale Services, kurz DIPKO, die beispielsweise eine Self-Service-Integration für kommunale Dienstleister umfasst. Über sie können die Dienstleister unterschiedliche Services anbieten – sei es das Bezahlen von Parkvorgängen oder der Erwerb von Tickets für das örtliche Schwimmbad. Das hat Vorteile für beide Sei-

ten: Die Kommunalbetriebe haben eine 360-Grad-Sicht auf die Nutzerinnen und Nutzer. Umgekehrt erhalten die Nutzenden einen einfachen und schnellen Zugang zu Angeboten und Informationen und profitieren von einfachen Bezahlverfahren.

*Kann dieser Digitalisierungspfad auch die Nachhaltigkeit von Städten verbessern?*

Eine Smart City wird erst dann nachhaltig, wenn die angebotenen und genutzten Services nachhaltig sind. Ein konkretes Beispiel: Die Bürgerinnen und Bürger können über eine kommunale Plattform ein Carsharing-Fahrzeug buchen, das mit Diesel betankt ist. Zwar ist das ein vernetztes Vorgehen im Sinne einer Smart City. Nachhaltig ist es aber erst, wenn das gebuchte Fahrzeug elektrisch betrieben und mit Ökostrom aus örtlicher Erzeugung aufgeladen wird.

*Von diesem Szenario sind wir flächendeckend noch weit entfernt, oder?*

Im Gegenteil, erneuerbare Energiequellen werden in Deutschland mit zunehmender Geschwindigkeit ausgebaut. Bereits heute könnten integrierte Plattformen dazu beitragen, das öffentliche Bewusstsein im



Michael Dusch

Umgang mit den vorhandenen Ressourcen zu schärfen. So könnten die Bürgerinnen und Bürger zum Beispiel durch eine individuelle Auswertung des eigenen Verbrauchs oder der eigenen Ressourcennutzung ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß nachvollziehen und tracken. Auf dieser Basis wiederum können sie herausfinden, wie sich die Nutzung eines nachhaltigeren Services auf den eigenen CO<sub>2</sub>-Ausstoß auswirkt. Eine direkte Gegenüberstellung der Daten mit und ohne Nutzung des nachhaltigeren Services könnte dann zur Sensibilisierung beitragen. Werden verschiedene Angebote vernetzt, entstehen also Chancen, um Ressourcen und Emissionen zu sparen und so für eine nachhaltige Stadtentwicklung zu sorgen. Allerdings kann eine solche integrierte Plattform ihre Vorteile nur dann ausspie-

len, wenn sie auch genutzt wird. Dazu braucht es weitere Anreize.

*Wie könnte man beispielsweise zu einem nachhaltigen Handeln motivieren?*

An dieser Stelle ist Gamification ein vielversprechender Ansatz. Darunter versteht man das Anwenden spielerischer Elemente in einer nicht-spielerischen Umgebung. So soll ein positives Gefühl bei den Plattformnutzenden erweckt wer-

verringern. Eine Incentivierung der Bürgerinnen und Bürger könnte also zu einem direkten Payback führen.

*Mit welchen Herausforderungen müssen Kommunen rechnen?*

Ein wesentlicher Punkt ist das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Nutzung der Plattformen. Wieviel Überzeugungsarbeit hier zu leisten ist, ist noch immer

gen und Transparenz nötig. In anderen Bereichen, etwa in der Telekommunikation, gibt es eine eindeutige gesetzliche Grundlage, die regelt, welche Daten wie lange gespeichert, ausgewertet und wie verwendet werden dürfen. Etwas Vergleichbares brauchen wir im Smart-City-Kontext.

*Worauf sollten kommunale Entscheider außerdem achten, damit ihre Smart-City-Plattformen Erfolg haben?*

## „Das Anwenden spielerischer Elemente kann ein positives Gefühl bei den Plattformnutzenden erzeugen.“

den. Stellen Sie sich zum Beispiel vor, den eigenen Strom- und Energieverbrauch anonymisiert im Verhältnis zu einem begrenzten Gebiet – der eigenen Straße oder dem eigenen Viertel – zu betrachten. Schneidet man im Vergleich zur Nachbarschaft nur mäßig ab, könnte dies ein Anreiz für einen nachhaltigeren Lebensstil sein. Eine Incentivierung verstärkt den Anreiz – etwa, wenn ein besonders ressourcenschonendes Verhalten durch Rabatte beim Stromtarif belohnt wird. Dann wird es auch für Kommunen interessant. Denn mit der steigenden CO<sub>2</sub>-Bepreisung lohnt es sich für sie, den allgemeinen Schadstoffausstoß zu

eine Generationenfrage. Die Jüngeren sind solchen Angeboten gegenüber deutlich aufgeschlossener. Sie betrachten ihre Daten zunehmend als Assets, die wertstiftend geteilt und auch monetarisiert werden können. Bei älteren Generationen dominiert hingegen das Misstrauen, denn viele machen sich Sorgen um die Sicherheit ihrer Daten. Damit eine nachhaltige Smart-City-Strategie funktionieren kann, muss ein gesundes Verhältnis zum Thema Daten entwickelt sowie gegenseitiges Vertrauen zwischen allen Teilnehmenden einer Smart-City-Plattform hergestellt werden. Dazu sind klare rechtliche Rahmenbedingun-

Es gilt, im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern ein gemeinsames Verständnis für die Grundlagen integrierter Plattformen zu finden und dieses rechtlich zu formalisieren. Dabei ist etwa zu klären, welche Daten als städtische Ressource verstanden werden können und welche im Eigentum der Bürgerinnen und Bürger verbleiben. Und da das Vertrauen der Bürger in die Stadtwerke hoch ist, sollten die Versorger mit den Kommunen in den Dialog treten und entsprechende Governance-Strukturen ausbilden.

*Interview: Verena Barth*

Anzeige



## Der Countdown läuft. Bereit für das OZG?

Mehr als 100 Städte und Kommunen haben sich bereits für unser Serviceportal entschieden. Digitale Behördengänge rund um die Uhr funktionieren jedoch nur, wenn die notwendigen Fachverfahren eingebunden sind. Werden Sie jetzt „OZG-ready“ – mit dem neuen Starterpaket für das Serviceportal der regio iT!



# Projektfabrik für Ideen

Christian Wiesner

Bürgerbeteiligung kann einen enormen Verwaltungsaufwand nach sich ziehen, den Kommunen oft nicht stemmen können. Leichter geht es mit der Digitalen Projektfabrik. Über die Plattform lassen sich eingebrachte Ideen ressourcenschonend und effektiv verwalten.

**V**ielversprechend wurde die Bürgerbeteiligung angekündigt: Neue Verkehrskonzepte, der Klimaschutz oder die Stadtbegrünung samt Freizeitgestaltung sollten mithilfe der Bürgerinnen und Bürger geplant und umgesetzt werden. Zahlreiche Wünsche wurden formuliert, Ziele definiert, vielleicht sogar Budgets freigegeben. Doch dann verlief der Prozess im Sande, da der Kommunikationsaufwand zu groß war. Etliche Arbeitsstunden musste die Verwaltung in die Organisation der Ideen investieren, um dann festzustellen, dass vieles nicht umsetzbar ist. So oder so ähnlich geht es zum Teil Kommunen, wenn sie ihre Bürger an Innovationsprozessen beteiligen möchten.

Vor ähnlichen Herausforderungen stand auch Norbert Rost, Gründer des Unternehmens futureprojects, als er vor einigen Jahren die Bürgerbeteiligung im Rahmen der Zukunftsstadt für Dresden organisierte. Große Ideenwettbewerbe wurden damals veranstaltet, die



Mit der Digitalen Projektfabrik Bürgerideen ressourcenschonend verwalten.

Bürger in der analogen Welt abgeholt sowie Wünsche und Vorstellungen für eine lebens- und liebenswerte Stadt gesammelt. Noch sehr genau erinnert sich Rost an eine Veranstaltung in der Straßenbahn: Fahrgäste konnten dort mit Post-its ihre Zukunftsvisionen der Stadt an die Fensterscheiben der Bahn kleben. Um konzeptionell weiterarbeiten zu können, mussten diese Post-its im Nachgang eingesammelt, zusammengefasst und digitalisiert werden. Zusätzlich galt es, die konkret formulierten Ideen von über 300 Bürgern auf eine gemeinsame Kommunikationsbasis zu stellen. „Ein gigantischer Verwaltungsaufwand, der viele Kräfte und Ressourcen gebunden hat“, erinnert sich Rost. Rückblickend war dies der

Startschuss für die Idee einer Digitalen Projektfabrik.

Dabei handelt es sich um eine neue Plattform für die Bürgerbeteiligung, die den gesamten Prozess von der Idee bis zum Förderantrag begleitet. Verständliche Projektschritte und die passende Budgetierung in den Förderanträgen sollen dazu führen, dass Ideen tatsächlich umgesetzt werden. Das Tool verbindet deshalb unterschiedliche Arbeitsebenen – angefangen bei der Ideenfindung und Projektorganisation über die E-Mail-Verteilung, die Budgetplanung und die Zeitstrahlfunktion für die Planung von Abläufen bis hin zur Ausfertigung kompletter Präsentationsunterlagen für Förderanträge. Die jeweili-

## Link-Tipp

Interessierte Kommunen können eine kostenlose Präsentation der Möglichkeiten vereinbaren:

- [www.projektfabrik.info](http://www.projektfabrik.info)

ge Kommune kann den kompletten Ablauf administrativ im Backoffice begleiten. So lassen sich auch thematische Budgets – etwa für das Erreichen von Klimaschutzziele – freigeben, die dann die jeweiligen Projekt-Teams einplanen können. Gestartet wird stets mit einer oder mehreren Projektideen. Einbringen kann diese jeder Bürger und jede Bürgerin nach einer kurzen und datenschutzkonformen Registrierung auf der Plattform. Die Projektideen ähneln in der Aufmachung analogen Post-its und werden den jeweiligen Projekten zugeordnet. Damit keine Idee auf der Strecke bleibt, ermöglicht die Lösung eine intuitive Kommunikation. Es kann ausgewählt werden, ob alle Beteiligte oder nur einzelne Projektgruppen angeschrieben werden.

Die Bürgerbeteiligung im digitalen Raum wird oft ergänzt durch analoge Angebote, etwa in Form von Bürgerforen oder Informationsveranstaltungen. Eine Verbindung zwischen diesen beiden Welten zu schaffen, war den Entwicklern um Norbert Rost sehr wichtig. Während des Projektprozesses können deshalb Arbeitsblätter für den analogen Austausch erstellt werden. Die Blätter können für die Bürgerbeteiligung in Vor-Ort-Veranstaltungen verwendet und danach wieder effektiv und leicht in die digitalen Daten eingepflegt werden.

Mithilfe der Digitalen Projektfabrik können sich Kommunen bürgernah zur Zukunftsstadt weiterentwickeln. Da konkrete Ziele

von der Idee bis zum Förderantrag begleitet werden, nimmt die Wirksamkeit und Akzeptanz innerhalb der Bürgerschaft zu. Letztere wird in den Prozess eingebunden, gleichzeitig schon die Kommune Ressourcen und Personal und behält die organisatorische Verwaltung im Blick. „Strategien und Konzepte können in kommunalen Verwaltungen nur begrenzt betreut werden, da hierfür oft die Zeit, die Ressourcen und das Personal fehlen“, fasst Norbert Rost zusammen. „Insgesamt geht es bei der Digitalen Projektfabrik darum, ungenutzte Potenziale zu heben und sich durch eine breite Bürgerbeteiligung Rückendeckung für die Prozesse zu holen.“

*Christian Wiesner ist Berater für Kommunikation, PR und Marketing.*

Anzeige



## Der OZG-Adapter

Das Regelwerk für die Kommunikation zwischen den Online-Diensten und den Fachverfahren der Verwaltungen in Deutschland.



# Ressourcen überblicken

Johannes Pfeiffer

Um die mit Mitteln aus dem DigitalPakt beschafften IT-Ressourcen zu verwalten, bietet sich der Einsatz einer Inventar-Software an. Diese kann auch dabei helfen, der Nachweispflicht zur genauen Verwendung der Fördermittel nachzukommen.

**A**ktuelle Ausbauprojekte zur Digitalisierung an Schulen werden in der Regel durch den DigitalPakt des Bundes gefördert. Die Beantragung von zusätzlicher IT-Infrastruktur und Geräten ist in vielen Bundesländern und deren Kommunen bereits erfolgt und erste Erfolge sind sichtbar. Von der regionalen Bedarfsabfrage an Schulen bis zur Auslieferung von Geräten war es in vielen Fällen aber ein langer Weg voller Formulare und Sitzungen. Das liegt auch daran, dass die einzelnen Förderprogramme des DigitalPakts für viele Schulämter und Kommunalverwaltungen neue Fragen aufwarfen. Nicht wenigen Schulleitern und Verwaltungsangestellten wurde erst nach der Antragstellung klar, dass mit den neuen Netzwerken, Geräten, Verträgen und Lizenzen auch erweiterte Management-Bedürfnisse einhergehen. Um nach Fördermittelzusage und Gerätebestellung den Überblick zu behalten, braucht es daher eine gute Verwaltungsstrategie. Mit der im November 2020 eigens geschaffenen Zusatzvereinbarung „Administration“ zum DigitalPakt können auch Personalkos-



Inventar-Software: Jedes Objekt virtuell katalogisiert.

ten für professionelle Administrations- und Support-Strukturen aus Bundesmitteln beglichen werden.

Zudem möchte jeder Fördermittelgeber früher oder später erfahren, wie die ausgezahlten Finanzmittel konkret eingesetzt wurden. Es sind Berichte zu schreiben und Verwendungsnachweise einzureichen. Zu bedenken ist auch, dass sich Zuwendungsempfänger verpflichten, die Evaluation des DigitalPakts Schule zu unterstützen, die seitens des Landes oder des Bundes geschehen kann. Wer von Anfang an auf eine klare Dokumentation des Mitteleinsatzes und der hierdurch möglichen Maßnahmen an Schulen achtet, ist auf der sicheren Seite. Beispielhaft für die Berichtsregularien soll hier die Verwaltungsvor-

schrift des Kultusministeriums Baden-Württemberg stehen. Nach dieser ist für Zuwendungsempfänger des DigitalPakts ein vereinfachter Verwendungsnachweis zulässig. Er muss innerhalb von drei Monaten nach Maßnahmenabschluss der Landesinvestitionsbank vorgelegt werden, welche vom Ministerium mit der Abwicklung der Förderung beauftragt wurde. Im Verwendungsnachweis zu bestätigen ist, dass die bewilligten Zuwendungen zweckentsprechend verwendet wurden. Daher sollten alle Aspekte rund um das Inventar (inklusive Zustand und Wartungen) fortlaufend dokumentiert werden. Um dies nicht händisch in selbsterstellten Tabellen erledigen zu müssen, kann sich die Investition in eine moderne und sichere Inventarisierungssoftware

## Link-Tipp

Weitere Informationen unter:

- <https://timly.com>

lohlen. Neben dem Verwendungsnachweis muss ein Sachbericht abgegeben werden. Hierzu bietet es sich an, Statistiken zur Nutzungshistorie der Geräte, Support-Verträge, Reparaturen und Software-Lizenzen anzugeben, die in einem solchen zentralen System zu den Inventarobjekten dokumentiert werden können.

Welche Möglichkeiten eine Inventarisierungssoftware konkret bietet, zeigt das Beispiel der baden-württembergischen Stadt Remseck am Neckar. Dort planten die Verantwortlichen noch vor Ausbruch der Corona-Pandemie, im Mai 2019, Mittel aus dem DigitalPakt Schule zu beantragen. Hierfür wurde zunächst eine Bestandsaufnahme an allen Schulen durchgeführt und nach späterer Auszahlung verschiedener DigitalPakt-Mittel eine Vielzahl zusätzlicher IT-Ressourcen bestellt. Um diese sicher und nachvollziehbar verwalten zu können, schloss die Kommune einen Vertrag mit dem Züricher Unternehmen Timly Software. Deren Inventar-Software Timly ist ein modernes

Dokumentationssystem für digitales und physisches Inventar, in der jedes Objekt virtuell katalogisiert werden kann. Neueintragungen und Änderungen können von verschiedenen berechtigten Nutzern getätigt werden. Schulleiter und kommunales Verwaltungspersonal behalten so den Überblick über digitale Endgeräte, Lizenzverträge und IT-Zubehör. Dazu erhält jedes mit Fördermitteln angeschaffte Objekt eine eindeutige Inventarnummer, die als Etiketten mit QR-Codes aufgeklebt werden. Mit einem einfachen Smartphone lässt sich der Code scannen und es können dann verschiedene Aktionen in der Inventar-Software durchgeführt werden – etwa um eine Standortänderung oder einen Defekt des Geräts zu melden.

Sich rechtzeitig über die Verwaltung der Ressourcen aus dem DigitalPakt Gedanken zu machen, lohnt sich für Schulen und kommunale Schulträger auch aus anderen Gründen. So vermeidet eine Inventarverwaltungssoftware bereits während der Förderlaufzeit eine Menge Zu-

satzaufwand. Fragen wie „Wer hat gerade welches Gerät?“, „Wann wird welche Ressource wo benötigt?“, „In welchem Zustand befindet sich das Inventar?“ oder „Wann fallen Wartungsfristen an?“, lassen sich mit einer solchen Software schnell beantworten.

In der Stadt Remseck ergab sich 2019 aus der Bestandsaufnahme unter anderem, dass die recht unterschiedlichen digitalen Voraussetzungen an den Schulen einander angeglichen werden sollen. Darum schuf die Verwaltung eine neue Stelle, die Schulen und Verwaltungsmitarbeitende bei der Digitalisierung unterstützt. Eine ungenügende Auslastung der neuen IT-Ressourcen kann mithilfe von Timly vermieden werden, wenn vorausschauend bestellt und fortlaufend abgeglichen wird, ob das Personal über alle Möglichkeiten der vorhandenen Hard- und Software informiert ist.

*Johannes Pfeiffer ist Chief Marketing Officer (CMO) der Timly Software AG, Zürich.*

Anzeige

# E-Rechnung

*e-rechnungsgipfel.de*

**20. und 21. Juni 2022 in Berlin**

Die Pflicht zur E-Rechnung kommt!



**Agenda und Anmeldung**

[e-rechnungsgipfel.de](https://www.e-rechnungsgipfel.de)

# Medienbruchfrei bezahlen

Sebastian Plog

Für nutzerfreundliche E-Government-Angebote ist die digitale Bezahloption ein entscheidender Faktor. In Niedersachsen wird pmPayment als Basisdienst für das elektronische Bezahlen angeboten. Der Service findet Fans aber auch über die Landesgrenzen hinaus.

**M**it der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) verpflichten sich Bund, Länder und Kommunen dazu, ihre Verwaltungsleistungen bis Ende 2022 allen Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen online anzubieten. Verwaltungen müssen Nutzern zudem mindestens ein elektronisches Zahlungsverfahren zur Verfügung stellen, sofern online Gebühren anfallen. Viele Kommunen setzen deshalb vermehrt auf E-Government- sowie speziell auch auf E-Payment-Lösungen, um den wachsenden Bedürfnissen der Anwender gerecht zu werden.

Warum Verwaltungen die Anforderungen der Endnutzer an die eingesetzten Systeme im Blick behalten sollten, zeigen die Ergebnisse des eGovernment MONITOR 2021. Obwohl die Zahl der Personen, die Verwaltungsleistungen online abwickeln, in den ersten Jahren nach Einführung des OZG gestiegen ist, verzeichnete die Studie für den Betrachtungszeitraum 2020/2021 einen leichten Rückgang an Nutzern sowie eine abnehmende Zufriedenheit. Die Gründe dafür sind vielfältig. Während die Ansprüche der Anwender an die angebotenen Leistungen gestiegen sind, gibt es für Verwaltungen nach



E-Payment nutzerfreundlich und medienbruchfrei gestalten.

wie vor Herausforderungen, die damit einhergehen. Das betrifft vor allem die Zuverlässigkeit der verwendeten Systeme. Viele Nutzer kritisieren zudem die Bedienbarkeit sowie die Aktualität der Angebote und die Auffindbarkeit von benötigten Informationen. Auch verschiedene Barrieren wie zu wenig Online-Dienste und die mangelnde Durchgängigkeit von Angeboten ließen viele Anwender ernüchtert zurück. Zuverlässige, leicht bedienbare und medienbruchfreie Online-Dienste sind also eine Voraussetzung für eine reibungslose Umsetzung des OZG sowie für ein zufriedenstellendes Nutzungserlebnis.

IT-Dienstleister bieten aufgrund dieser Entwicklung entsprechende E-Government-Angebote für den

kommunalen Bereich an. So vertreibt beispielsweise die Firma GovConnect unter anderem die medienbruchfreie E-Payment-Lösung pmPayment, in die alle gängigen Bezahlarten integriert sind. Bürger können über pmPayment per PayPal, Lastschrift, Kreditkarte, giroPay und paydirekt bezahlen.

„Dadurch wird die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger erhöht und die Abbruchquote minimiert. Da pmPayment bei allen elektronischen Verwaltungsverfahren genutzt werden kann, ergeben sich vielfältige Einsatzmöglichkeiten für Verwaltungen“, erklärt Patricia Pichottki, Geschäftsführerin von GovConnect. Neben den klassischen Verwaltungsleistungen gehören dazu zum Beispiel der Kauf von

Freibadtickets oder anfallende Gebühren in der Stadtbibliothek. Auch in der Volkshochschule sowie für verschiedene weitere Kulturangebote kann pmPayment genutzt werden. Kommunen können in der Bezahllösung je Fachanwendung festlegen, ob sie den Bürgern für bestimmte Verfahren alle Zahlungsarten oder nur eine Auswahl zur Verfügung stellen. Dies ist aufgrund der unterschiedlichen Kostenstrukturen der Anbieter je nach Anwendungsfall sinnvoll.

Durch die vorhandene Integration in über 40 Portale, Content-Management-Systeme und Formulare sowie die einfache Anbindung an zahlreiche Fachverfahren ist der Einführungsaufwand für pmPayment auf ein Minimum beschränkt. So ist die Anwendung beispielsweise Bestandteil der Lösungen OpenR@thaus der ITEBO-Unternehmensgruppe, KDO-Kommune365 der Kommunalen Datenverarbeitung Oldenburg (KDO), Rathausdirekt von Anbieter NOLIS sowie des Bürgerportals von regio iT. Zudem besteht eine Anbindung an das Informationsregister der Firma HSH und an das Antragsmanagement 4.0 von Form-Solutions.

pmPayment wird in niedersächsischen Behörden als Basisdienst für das elektronische Bezahlen angeboten, findet aber auch Verbreitung über die Landesgrenzen hinaus. In Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, dem Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein wird pmPayment ebenfalls genutzt. So setzt die schleswig-holsteinische Stadt Flensburg pmPayment an verschiedenen Stellen ein, etwa um Bewoh-

nerparkausweise online beantragen und bezahlen zu können. Nicole Ertzinger, Leiterin des Bürgerbüros, erläutert: „Durch die direkte Eingabe über den Online-Dienst erfolgt eine automatisierte Bearbeitung des Anliegens und die Bürgerin oder der Bürger erhält umgehend eine Antwort. Das erspart Zeit im Arbeitsablauf und fördert die Kundenzufriedenheit.“ Das Standesamt der Stadt Flensburg nutzt die E-Payment-Lösung, damit Bürger Personenstandsurkunden online beantragen und bezahlen können.

Auch der eGovernment MONITOR 2021 zeigt aufseiten der Anwender von Online-Verwaltungsdiensten einige positive Entwicklungen: Trotz leicht sinkender Nutzerzahlen gab es bei den Erstnutzern im Betrachtungsjahr starken Zuwachs. Um diese langfristig zu halten, bedarf es vor allem komfortabler Zugänge, die gleichsam barrierefrei, verzahnt und mobil gestaltet sind. Auch bei den restlichen Anwendern wächst der Wunsch nach einer Bezahloption auf mobilen Endgeräten laut eGovernment MONITOR deutlich.

Um diese mobile Bezahloption zu realisieren, können Verwaltungen QR-Codes auf Bescheide, Mahnungen und Rechnungen drucken. Die Bürger können diese scannen und die Leistungen via pmPayment bezahlen. Dabei sind alle Informationen wie der Betrag und das Kassenzichen im QR-Code hinterlegt. Das bringt beiden Seiten Vorteile: Die Bürger können komfortabel bezahlen und die Kommunen die Daten ohne Fehler, wie etwa Zahlendreher, weiterverarbeiten. Außerdem lassen sich QR-Codes auf Verwar-

nungen aufdrucken, beispielsweise mit der pmOWI-App aus dem Hause GovConnect.

Damit möglichst wenig Aufwand bei der Verbuchung der Zahlungseingänge entsteht, sollte die E-Payment-Lösung die für die Buchung benötigten Informationen medienbruchfrei und automatisiert an das Finanzverfahren weitergeben. Um dies zu gewährleisten, können in der Lösung pmPayment im Vorfeld der Zahlungseingänge Kassenzichen, Nummernkreise und Vermerke individuell von der Verwaltung definiert werden. Die Buchungen werden nach dem Zahlungseingang gemäß den Vorgaben von pmPayment aufbereitet, anschließend an das jeweilige Finanzverfahren der Verwaltung übergeben und automatisiert verarbeitet. Aufgrund der offenen Schnittstelle lässt sich pmPayment grundsätzlich mit allen Finanzverfahren einsetzen.

Die niedersächsische Stadt Oldenburg nutzt die Lösung in Verbindung mit dem Finanzverfahren SAP. Torsten Brüggemann, Bereichsleiter Zahlungsverkehr und stellvertretender Stadtkassenleiter bei der Stadt, stellt fest: „Durch die automatisierten Prozesse, die wir eingeführt haben, insbesondere die automatische Weiterverarbeitung und Verbuchung aller Daten im angeschlossenen SAP-Verfahren, läuft das gesamte System gewissermaßen geräuschlos. Auch von den Bürgern gibt es praktisch keine Nachfragen oder Meldungen zu technischen Problemen; das System scheint problemlos und intuitiv bedienbar.“

*Sebastian Plog ist Produkt-Manager bei der GovConnect GmbH.*

# Kassensystem für VOIS

Christin Zschiebsch

Mit VOIS|GEKA steht ein Kassensystem als Baustein der VOIS-Welt zur Verfügung. Das leistungsfähige Verfahren dient der elektronischen Erfassung aller in der Verwaltung anfallender Gebühren und bietet umfangreiche Konfigurationsmöglichkeiten.

**A**ls Entwickler der fachverfahrensunabhängigen Plattform VOIS schafft das Unternehmen HSH die Voraussetzungen für eine neue, ganzheitliche und innovative Software-Generation. Die VOIS-Strategie besteht in der Verbindung von Online-Angeboten für Bürger und Unternehmen, aktuellen Fachverfahren und einer effektiven Organisation. Basis ist die gemeinsame VOIS-Software-Plattform, welche die Organisation und Kommunikation der integrierten Fachverfahren gewährleistet. Damit schafft sie die Voraussetzung, um sehr unterschiedliche und ehemals unabhängig voneinander agierende Fachverfahren zusammenzubringen und gewinnbringend kommunizieren zu lassen.

Über die Grenzen der einzelnen Fachverfahren hinaus werden für alle Lösungen, die wie in einem Baukasten auf der VOIS-Plattform installiert sind, Basiskomponenten wie beispielsweise das Drucken, die Handhabung der elektronischen Akte, die Benutzer- und Rechteverwaltung, die Formulargestaltung

und das Verwenden von Signaturtablets angeboten. Mit einem einheitlichen Look-and-feel, einer für alle integrierten Fachverfahren identischen Programm- und Vorgangslogik und einer optimierten User Experience werden eine einfache Handhabung und hohe Nutzerfreundlichkeit erreicht.

Die VOIS-Gebührenkasse (VOIS|GEKA) ist ein leistungsfähiges Verfahren zur elektronischen Erfassung aller in der Verwaltung anfallenden Gebühren. Der Gebührenadapter als Bestandteil der VOIS-Software-Plattform verbindet die VOIS-Fachverfahren mit der VOIS-Gebührenkasse, wodurch sie optimal in die VOIS-Welt integriert ist. Ausgelöst durch einen Fachverfahrensvorgang, wie die Beantragung eines Personalausweises, Fischereischeins oder einer Gewerbezentralregisterauskunft, erfolgt die Buchung jeder Gebühr automatisiert. Individuell konfigurierbare (Schnellwahl-)Buttons stellen eine komfortable, fachverfahrensunabhängige Benutzung der VOIS-Gebührenkasse sicher.

Durch einen Mausklick können individuell definierte Gebühren ausgewählt werden, zum Beispiel für Kopien, Müllsäcke oder Souvenirs. Dank einer Gebühren-Formu-

larverknüpfung werden Gebühren sowohl fachverfahrensbezogen als auch fachverfahrensunabhängig, ebenfalls automatisiert durch einen Formulardruck, an die VOIS-Gebührenkasse übergeben. Damit lässt sich die Gebührenkasse als unabhängiges Verfahren in jedem Verwaltungsbereich, aber auch in anderen kommunalen Einrichtungen wie Museum, Schwimmbad oder Bibliothek einsetzen. Durch Web-Services ist die Anbindung nicht zur VOIS-Community gehörender Fachverfahren etwa im Personenstandswesen an die VOIS-Gebührenkasse möglich, sodass die Buchungen übergeben und von der Kasse weiterverarbeitet werden können.

Bestandteil der VOIS-Gebührenkasse ist eine Bestands- und Artikelverwaltung (BEA). Diese dient der komfortablen Erfassung von Artikeln sowie der standortbezogenen Verwaltung von Lagern und Artikelbeständen. Dabei wird zwischen Artikel (unabhängig von einem Lager) und Bestandsartikel (Artikel im Lager) unterschieden. Wird über die VOIS-Gebührenkasse ein Beleg für einen mit der BEA verwalteten Artikel, zum Beispiel Müllsack oder Souvenir, erstellt, reduziert sich automatisch die Anzahl der verfügbaren Artikel in der

## Link-Tipp

Weitere Informationen zur VOIS-Welt finden Sie unter:

- [www.vois.org](http://www.vois.org)

BEA. Ebenso erhöht sich dort der Artikelbestand, wenn in der VOIS-Gebührenkasse ein Beleg über einen Artikel storniert oder minusgebucht wird.

Um Manipulationen wirksam zu verhindern, müssen die Integrität, Authentizität und Vollständigkeit der in der VOIS-Gebührenkasse erfassten Daten oder Buchungen sichergestellt werden. Demnach wird sowohl das Hinzufügen einer Gebühr zu einem Beleg als auch das Entfernen (Stornieren) einer Gebühr von einem Beleg unmittelbar an die technische Sicherheitseinrichtung übermittelt. Gleiches gilt für den Abschluss eines Belegs durch den Bezahlvorgang und die Stornierung oder Minusbuchung (Auszahlung) eines Belegs. Die Lösung „fiskaly Cloud Crypto Service Provider“ ist integrierter Bestandteil der VOIS-Gebührenkasse, um eine einheitliche und aufwandsarme Installation, Pflege und Betreuung absichern zu können.

Neben der Barzahlung ist die Belegzahlung via Kartenzahlung,

Scheck, Lastschrift oder PayPal möglich. In die VOIS-Gebührenkasse ist für die Kommunikation mit einem Karten-Terminal das ZVT-Kassenprotokoll integriert. Dadurch ist gewährleistet, dass der zu zahlende Betrag an das Karten-Terminal übergeben werden kann und dass die Information über die erfolgte Zahlung von diesem an die VOIS-Gebührenkasse zurückgemeldet wird. Darüber hinaus können Belege in Form von Kostenbescheiden und Rechnungen erstellt werden, die einen QR-Code enthalten, um Zahlungsdaten automatisiert in einer Banking-App anzuzeigen.

Sammelbelegzahlern, zu denen unter anderem wiederkehrende Zahler oder Dienstleister wie zum Beispiel Zulassungsdienste gehören, kann mithilfe der Sammelbelegfunktion die Möglichkeit eingeräumt werden, diverse Vorgänge und die damit einhergehenden Gebühren beispielsweise monatlich zu begleichen. Darüber hinaus können sie zwischen einem Gesamtbeleg, also einem Beleg, der alle einzelnen Vorgänge zusammenfasst, oder ei-

nem Gesamtbeleg inklusive aller Einzelbelege wählen.

Zu zahlende Gebühren werden dem Bürger während der Belegerstellung auf dem Bürgermonitor angezeigt, ebenso wie der nach Auswahl der Zahlungsart PayPal generierte QR-Code, den es mit dem Handy zu scannen gilt, um die Gebühr(en) zu begleichen. Die Übergabe der zu zahlenden Gebühren an einen Kassenautomaten erfolgt per Web-Service. Für die Anbindung an das Haushaltskassenrechnungswesenverfahren stehen verschiedene Schnittstellen zur Verfügung. Um dem Bedarf aller VOIS-Fachverfahren gerecht zu werden, bietet die VOIS-Gebührenkasse umfangreiche Konfigurationsmöglichkeiten hinsichtlich des Programmverhaltens und der Vergabe von Benutzerrechten. Außerdem unterliegt die Gebührenkasse einer permanenten Weiterentwicklung.

*Christin Zschiebsch ist Referatsleiterin bei der HSH Soft- und Hardware Vertriebs GmbH.*

Anzeige



## EINFACH UNKOMPLIZIERT: DER KASSENAUTOMAT VARIOPAY

### Bargeldloser Zahlungskomfort für Ihre Kunden

Der CSG-Kassenautomat **VarioPay** bietet Ihren Kunden alle Vorzüge des bargeldlosen Zahlens mit Karte oder Mobile Payment – schnell, einfach und sicher. Die Nutzung des Automaten ist dank perfekter Ergonomie und interaktiver Bedienerführung am Touchscreen bequem.

Mehr über den VarioPay oder unsere weiteren Automaten, Kassensysteme oder unsere Software unter [www.csq-systems.de](http://www.csq-systems.de)



# Vertrauen ist entscheidend

Ralf Linden

Die Erwartungen der Bevölkerung haben die Verwaltungsdigitalisierung überholt. Insbesondere die jüngere Bevölkerung muss von der Leistungsfähigkeit des Staates überzeugt werden. Eine Komponente ist die Integration von Bezahlverfahren in Online-Services.

**D**ie Digitalisierung hat neue Fragen zur Leistungsfähigkeit unseres Gemeinwesens aufgeworfen. Spätestens seit Mitte 2021 ein massiver und koordinierter Hacker-Angriff den Landkreis Anhalt-Bitterfeld für mehrere Monate lahmlegte, diskutiert nicht nur eine informierte Fachöffentlichkeit die Frage, wie gut unsere Verwaltungen auf die Anforderungen einer digitalen Gesellschaft vorbereitet sind.

Widerlegen müssen wir nicht nur die Zweifel an der Sicherheitsarchitektur, sondern auch an den Digitalkompetenzen der Verwaltung. Hierbei geht es nicht nur um Technologie, sondern auch um eine Veränderung hin zum Prinzip proaktiver Verwaltung. Viele unserer europäischen Nachbarn sind uns hier bereits voraus. Studien unterschiedlichster Herkunft und Intention bescheinigen den deutschen Verwaltungsebenen bestenfalls ein mittelmäßiges Vorankommen bei der digitalen Transformation.

Die Europäische Union vergleicht jedes Jahr die digitale Leistungsfähigkeit der Verwaltungen ihrer Mitglieder und ihrer Nachbarn. Der so genannte eGovernment Benchmark

misst hierzu unter anderem den Einsatz von Schlüsseltechnologien oder die Transparenz von digitalen Angeboten. Ergebnis ist ein Ranking, in dem Deutschland in fast allen Kategorien unterdurchschnittlich abschneidet. Der eGovernment Benchmark berücksichtigt allerdings



Bezahloption entscheidend für Bürgerservices.

nicht, dass deutsche Kommunen eine deutlich höhere Verwaltungslast zu schultern haben als die meisten ihrer Pendanten und auch nicht, dass kleinere, zentralisierte Länder wesentlich agiler mit Veränderungen umgehen können. Um besser zu verstehen, wo die deutsche digitale Verwaltung steht, muss die Erwartungshaltung der Bevölkerung berücksichtigt werden. Der repräsentative eGovernment MONITOR der Initiative D21 und der Technischen Universität München misst jährlich die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den digitalen Leistungen des

Staates. In der jüngsten Ausgabe hat die Studie ermittelt, dass nur 47 Prozent der Menschen in Deutschland mit der Digitalisierung der Verwaltung zufrieden sind – ein Rückgang von 15 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr und der bisher niedrigste je gemessene Wert.

Gleichzeitig stagniert die Nutzung. Nur etwa die Hälfte der Bevölkerung hat 2021 überhaupt E-Government-Dienstleistungen in Anspruch genommen. Zwei der Hauptgründe für die Befragten: mangelndes Vertrauen in die digitale Leistungsfähigkeit der Kommune und mangelnde Angebote.

Das bedeutet jedoch nicht, dass die Leistungsfähigkeit der digitalen Verwaltung abgenommen hat, denn die Anzahl der Angebote ist sogar leicht gestiegen. Noch stärker gestiegen sind aber die digitalen Kompetenzen in allen Bevölkerungsgruppen. E-Commerce, Homeoffice, Videotelefonie, Streaming und in begrenztem Maß Homeschooling haben auch bisher skeptischen Bevölkerungsgruppen gezeigt, welche Möglichkeiten die Digitalisierung bietet. Die Bürgerinnen und Bürger fragen sich nun, warum sie nicht auch ihre Behördengänge online erledigen können.

Die Digitalisierung der Verwaltung macht Fortschritte. Doch wurde sie inzwischen deutlich von den Erwartungen der Bevölkerung überholt. Der Rückstand kann allerdings nicht aufgeholt werden, wenn das Altbewährte lediglich digital gespiegelt wird.

Verwaltungen brauchen auch das Vertrauen der Bevölkerung. Wenn die Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, dass die Verwaltungen ihre Aufgaben nicht mehr zeitgemäß erfüllen können, werden sie das Vertrauen verlieren und sich im schlimmsten Fall Alternativen suchen. Erste Anzeichen sind bereits sichtbar. So ist es besorgniserregend, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung unter 50 Jahren digitale Angebote des Staates nicht wahrnimmt, weil das Vertrauen

fehlt, dass der Staat sein Leitungsversprechen auch weiterhin einhalten kann.

Ein einfaches Beispiel sind Gebühren. Zwei von drei Kontakten zwischen Verwaltung und Bevölkerung haben eine Gebührenkomponente: Vom Beantragen eines Ausweises über das Bürgerparken oder das Ummelden bis hin zum Begleichen vom Knöllchen oder zum Eintritt bei Bürgerfesten. In mehr als der Hälfte aller Kommunen können die Gebühren aber nicht digital beglichen werden. Und keine Kommune hat ihren Gebühreneinzug komplett digitalisiert. Ist die Bezahlkomponente eines Verwaltungsprozesses nicht digitalisiert, ist der gesamte Prozess nicht digitalisiert. Aber genau das ist es, was die Bürgerinnen und Bürger erwarten.

Das Ziel darf es jetzt nicht sein, Vergleiche mit den europäischen Nachbarn zu gewinnen. Vielmehr muss es gelingen, insbesondere die jüngere Bevölkerung erneut von der Leistungsfähigkeit der digitalen Verwaltung zu überzeugen. Es gilt, ihr Vertrauen darin zurückzugewinnen, dass der Staat seine Aufgaben auch im Zeitalter der Digitalisierung erfüllen kann.

Dafür reicht es nicht aus, Verwaltungsprozesse lediglich zu digitalisieren. Der Fokus sollte darauf liegen, welche zeitgemäßen Mehrwerte Verwaltungsdigitalisierung der Bevölkerung bieten kann.

*Ralf Linden ist Geschäftsführer der S-Public Services GmbH, dem Kompetenzzentrum für E-Government der DSV-Gruppe.*

Anzeige

E-GOVERNMENT UND PAYPAL:

# SO EINFACH KANN VERWALTUNG SEIN.

Entlasten Sie Ihre Mitarbeiter und bieten Sie Ihren Bürgern ein neues Maß an Service – mit PayPal.

Zahlreiche Kommunen und Behörden setzen PayPal bereits ein, um Zahlungen für Verwaltungsleistungen zu empfangen. Informieren Sie sich jetzt und beantragen Sie unser Gebührenmodell für den öffentlichen Sektor: [www.paypal.de/verwaltung](http://www.paypal.de/verwaltung)



Hohe Akzeptanz



Sichere Bank



Großes Einsparpotential

 **PayPal**

# Mehr Zeit für Kinder

Friederike von Holwede/Jasmin Block

Das E-Kita-Management-System KIVAN aus dem Hause Lecos hat einen neuen starken Partner an seiner Seite: die CARE Kita-App. So erleichtert KIVAN die Kommunikation zwischen Eltern und Einrichtungen und erfüllt damit die Anforderungen der Kunden.

**W**ährend der beiden Pandemie-Jahre musste auf neue, digitale Kanäle umgeschwenkt werden. Das galt auch für den Kita-Alltag, für dessen Bewältigung in den vergangenen Monaten spannende Projekte und Apps entwickelt wurden. Eines davon ist die CARE Kita-App von Carlo & Friends aus Hamburg.

Für sein E-Kita-Management-System KIVAN suchte Anbieter Lecos schon länger nach einer Möglichkeit, die Kommunikation zwischen Einrichtungen und Eltern in die Anwendung zu integrieren. Die Aufmerksamkeit des Teams fiel dabei auf die CARE Kita-App, eine Software-Lösung, die auf die direkte Kommunikation aller Beteiligten im Kita-Alltag spezialisiert ist. KIVAN und CARE waren sich schnell über eine partnerschaftliche Zusammenarbeit einig. Mit dem Ziel, die Digitalisierung in Kinderbetreuungseinrichtungen voranzutreiben, arbeiten beide Teams an neuen Lösungen.

CARE wurde ursprünglich als Initiative von Beiersdorf gegründet und von appmotion aus Hamburg entwickelt. Im Jahr 2020 wurde CARE vollständig von Carlo & Friends übernommen, einer eigens dafür gegründeten Tochtergesell-



CARE Kita-App und KIVAN: Kooperation für mehr Kommunikation.

schaft von appmotion. Ziel von CARE ist es, den Kindertageseinrichtungen einen smarten, digitalen Helfer zur Verfügung zu stellen, der den organisatorischen Alltag und die pädagogische Arbeit unterstützt. Hierfür arbeitet CARE mit Grundprämissen, die sich auf drei Ebenen verteilen.

Auf Ebene des Kindes ist Ausgangs- und Mittelpunkt der Bemühungen das Wohl jedes einzelnen Kindes. Damit es ihm gut geht, ist eine gelingende Kommunikation zwischen Familie und Kita bedeutsam. Eltern erhalten über die App wichtige Informationen aus der Kita und können Hinweise an das Kita-Team weitergeben, wie etwa Abhol-

zeiten, berechnete Abholpersonen oder eine Meldung bei Abwesenheit durch Urlaub oder Krankheit. Des Weiteren haben Eltern und Fachkräfte in der App die Möglichkeit, eine Chat-Funktion zu nutzen. Die integrierte Übersetzungsfunktion der Nachrichten in über 50 Sprachen ermöglicht außerdem die unkomplizierte Kommunikation mit fremdsprachigen Familien.

Für die Ebene der Kita gilt, dass deren Organisation darauf ausgerichtet ist, die personellen Ressourcen effektiv zum Wohl des Kindes einzusetzen. Mithilfe der CARE Kita-App lässt sich der zeitliche Aufwand für organisatorische Anliegen reduzieren, da Kommunika-

tions- und Verwaltungsprozesse effizienter ablaufen. Doppelpersonal wird vermieden, die Transparenz steigt – auch innerhalb des Kita-Teams. Einrichtungsleitungen bieten CARE einen guten Überblick über sämtliche Stammdaten. Initial werden in dieser Anwendung die Stammdaten eingepflegt, Auswertungen vorgenommen und wichtige Änderungen rund um die Kinderprofile eingesehen.

Da der Kita-Träger daran interessiert ist, bestimmte Kennzahlen im Blick zu behalten, stehen in CARE auch Auswertungsmöglichkeiten zur Verfügung, welche die Ebene der Träger betreffen. Ziel ist es, den Entscheidungsträgern umfassende Steuerungsmöglichkeiten zu eröffnen. Vereinzelte Daten können ohne doppelte Datenpflege konsolidiert

und weiterverarbeitet werden. Träger haben mit CARE den Überblick über all ihre Einrichtungen und können auf einen Blick sehen, wie viele Kinder in welcher Kita anwesend, krank oder entschuldigt sind.

KIVAN und CARE passen so gut zusammen, weil beide Teams den Kita-Alltag für alle Beteiligten erleichtern wollen. Als Verwaltungssoftware unterstützt KIVAN dabei, die Kita-Platzvergabe zu managen. Der Fokus liegt dabei zum einen auf der Anmeldung, Vergabe und Verwaltung von Betreuungsplätzen, und zum anderen auf der Abrechnung von Elternbeiträgen, Sonder- und Zusatzleistungen. Indem die CARE Kita-App und KIVAN ihre Kernkompetenzen verknüpfen, entsteht ein medienbruchfreier Datenfluss vom operativen Alltagsge-

schäft in der Kita bis hin zur Auswertung und Steuerung auf strategischer Ebene.

Perspektivisch werden KIVAN und CARE an weiteren Verknüpfungen und Möglichkeiten arbeiten, um die Abläufe im Kita-Alltag zu unterstützen und die Digitalisierung in dem Bereich weiter voranzubringen. Dabei werden auch weiterhin die Wünsche und Ideen direkt aus den Kommunen und Einrichtungen in die Weiterentwicklung einfließen. Somit werden die Prozesse vereinfacht und am Ende bleibt deutlich mehr Zeit für die Kinder.

*Friederike von Holwede ist Content Marketing Managerin bei Lecos; Jasmin Block ist Fachberaterin bei der Carlo & Friends GmbH.*

## Nach der Platzvergabe ist vor der Platzvergabe

### Ein Vergabeprozess für alle: Tagespflege + Krippe + KiTa + OGS



Im Zuge der Digitalisierung und angetrieben durch die Nöte zu Corona-Zeiten haben viele Kommunen bereits Online-Verfahren für die KiTa-Anmeldung und Platzvergabe eingeführt.

Die KiTa ist aber nur ein Element der Kinderbetreuung. Viele Familien sind auf die Versorgung ihres Kindes in Krippen oder bei Tagespflegestellen angewiesen. Und nach der KiTa kommt die OGS mit dem ab 2025 geltenden Ganztags-Rechtsanspruch für Grundschulkindern als ein weiteres Element hinzu. Wenn nur ein einzelner Schritt in dieser Kette digital abgebildet wird, entstehen aufwändige, fehleranfällige Schnittstel-

len. Dies gilt es zu vermeiden!

Kommen integrierte Module für Tagespflege, Krippe, Kita und OGS zum Einsatz, bilden sie den Gesamtprozess ab: Eltern melden ihre Kinder nur genau ein Mal an, und geben später bei Betreuungswechsel nur ihre Wünsche online ein. So versteht sich optimaler Bürgerservice.

Auch für die Jugendhilfeplanung ist ein reibungsloser Wechsel der Kinder zwischen den Betreuungsformen wichtig. Dort, wo der durchgängige Prozess digital integriert ist, stehen auf Knopfdruck tagesaktuelle Zahlen für die Bedarfsplanung zur Verfügung. So kann für jede Betreuungsform frühzeitig und angemessen

auf die Bedarfslage reagiert werden.

Mit den Modulen kitaVM, mykitaVM und kitaTP bietet die Trinuts GmbH bereits eine weitreichende digitale Unterstützung für die Kinderbetreuung an. Zukünftig können mit dem neuen Modul eduVM auch die besonderen Anforderungen der OGS berücksichtigt werden.

Durchgängige, digital unterstützte Prozesse für die Kinderbetreuung – das spart Arbeit und bietet optimale Servicequalität für die Bürger.

Weitere Informationen unter:  
[www.trinuts.de](http://www.trinuts.de)  
[www.kitavm.de](http://www.kitavm.de)

# Konflikte lösen per App

Barbara Lenze

Um Spannungen bei der Umsetzung von Digitalisierungsprojekten schnell zu lösen, wurden für das IT-Referat der Stadt München ein Konflikt-Management-System und eine begleitende App entwickelt. Die Anwendung könnte künftig in weiteren Referaten zum Einsatz kommen.

**K**onflikte können im Arbeitsalltag aus verschiedenen Gründen und zwischen den unterschiedlichsten Personen entstehen. Rechtzeitiges Konflikt-Management kann dazu beitragen, diese schnell zu lösen und das positive Arbeitsklima zu erhalten – im IT-Referat der bayerischen Landeshauptstadt München kommt hierfür künftig auch eine App zum Einsatz.



In München soll eine App dazu beitragen, Konflikte beizulegen.

Digitalisierung und Konflikt-Management bedingen sich gegenseitig. Auf der einen Seite kommt es während der Umsetzung von Digitalisierungsprojekten immer wieder zu Widerstand, der in Konflikten eskalieren kann. Auf der anderen Seite hilft die Digitalisierung, Konflikte zu bearbeiten – unabhängig von Zeit und Ort. So sind Beratungen oder moderierte Konfliktgespräche beispielsweise via Videotelefonie möglich.

Bei der Landeshauptstadt München (LHM) ist die IT in einem IT-Referat (RIT) und einem von diesem betreuten Eigenbetrieb (it@M) gebündelt. Der städtische IT-Bereich verfügt inzwischen über mehr als 1.400 Beschäftigte. Die Produkte und Dienstleistungen des RIT für die LHM reichen von der Bereitstellung der IT-Infrastruktur, der Ent-

wicklung digitaler Lösungen für die breite Palette der kommunalen Service- und Steuerungsaufgaben bis hin zur Unterstützung der Anwender bei der Nutzung dieser Produkte und Services. Die Erfahrung aus mehreren Umorganisationsprozessen und sprunghafte Weiterentwicklungen in der Digitalisierung machten deutlich, dass das Zusammenführen und das Aufeinanderprallen unterschiedlichster Führungs- und Arbeitskulturen diverse Konflikte auf verschiedenen Ebenen auslöst. Zudem war der Umgang mit Konflikten bisher unstrukturiert und Hilfsmittel zu deren Auflösung standen nur sehr intransparent zur Verfügung.

Auf Initiative der Geschäftsleitung wurde im Jahr 2016 daher das Thema „Konfliktmanagement bei it@M“ als neues Handlungsfeld

thematisiert und mit Unterstützung der Personalvertretung und Werkleitung die Stelle eines dezentralen Konflikt-Managers geschaffen. Im Rahmen des eineinhalbjährigen Projekts „Einführung eines kooperativen Konfliktklärungssystems bei it@M“ wurde in Arbeitsgruppen, deren Mitglieder sich repräsentativ aus allen Bereichen des Unternehmens zusammensetzten, ein auf it@M spezifisch zugeschnittenes Konflikt-Management-System entwickelt – das Konfliktklärungssystem. Ziel war es, geeignete Methoden, Instrumente und strukturierte Verfahrensschritte für die konstruktive Bearbeitung von Konflikten zu entwickeln. Zu den Bausteinen des Konfliktklärungssystems zählen zahlreiche niederschwellige Anlaufstellen wie das Konfliktbegleitungs-Team, das sich aus der Gruppe der geschulten Projektmitglieder grün-

dete (vor Ort und stadtweit), die Konfliktprävention durch geschulte Führungskräfte und Mitarbeitende sowie Instrumente und Methoden zur Konfliktbearbeitung.

Auch wenn die Inanspruchnahme der Angebote sehr unterschiedlich ist, hat sich das Konfliktklärungssystem im Sinne eines integrierten Konflikt-Managements bewährt. Die Führungskräfte werden in ihrer Rolle als Konflikt-Manager bestärkt und unterstützt, die Mitarbeitenden empowert und das System trägt zur Senkung der Konfliktkosten bei. Das Konfliktklärungssystem wurde und wird in einem iterativen Prozess weiterentwickelt und auf das gesamte IT-Referat ausgeweitet. Wichtig hierbei sind die Bedarfe der Kolleginnen und Kollegen aufgrund aktueller Change-Prozesse.

Nach mehreren Anfragen der Mitarbeitenden, ob es im Bereich des Konflikt-Managements nicht auch eine App, eine Software oder Ähnliches gebe, wurde überlegt, ob eine digitale Anwendung hier einen Mehrwert habe. Rückmeldungen hierzu erhielt die Leiterin der Gruppe im Rahmen vieler Interviews, in Konfliktgesprächen und Workshops. So war es den Beschäftigten oft nicht bekannt, an welche Anlaufstellen sie sich vor Ort und stadtweit wenden konnten und was jeweils die geeignete Stelle für ein bestimmtes Problem ist. Überdies gab es den Wunsch, sich durch das Themengebiet „hindurch zappen“ zu können: Die Mitarbeitenden wünschten sich eine niederschwellige Möglichkeit, sich mit dem Thema Konflikt zunächst eigenständig zu beschäftigen (Selbstklärung online, Do-it-yourself-Konfliktanalyse), bevor sie gegebenenfalls auf eine

Anlaufstelle zugehen. Vor allem für Mitarbeiter im Homeoffice und insbesondere für IT-affine Menschen wurde ein solcher Kanal daher als ein weiteres Angebot gesehen.

Der Prototyp für die KonfliktbegleitungsApp (KoBITApp), eine webbasierte Anwendung, wurde im Konfliktbegleitungs-Team gemeinsam mit IT-Nachwuchskräften entwickelt. Die App befindet sich aktuell noch in der Entwicklungsphase und wird nach erfolgreicher Testphase zunächst den Beschäftigten des IT-Referats, das als Pilot-Referat fungiert, als Service zur Verfügung gestellt. Die Vorgaben bei der Entwicklung lauteten: Es soll eine spezifische Anwendung für die Bedarfe der Mitarbeitenden des IT-Referats entstehen, die eine hohe Nutzerfreundlichkeit aufweist und ein intuitives Nutzererlebnis bietet. Da die Entwickler gleichzeitig Anwender waren, wurde der Prototyp entsprechend einer agilen Vorgehensweise stetig getestet und in vielen Lernschleifen weiterentwickelt.

Besucher der KoBITApp haben künftig die Möglichkeit, sich über alle Anlaufstellen der Stadt München zu informieren, die bei einem Problem oder im Konfliktfall unterstützen können. Zu jeder Anlaufstelle findet sich eine kurze Beschreibung der Unterstützungsleistungen, eine E-Mail-Adresse zur direkten Kontaktaufnahme und ein direkter Link zur ausführlichen Seite im stadtweiten Intranet. Für die Entscheidung, welche Anlaufstelle für das jeweilige Problem die geeignete ist, steht in der App der Unterstützungsfinder zur Verfügung. In Form eines Frage-Antwort-Chats erhält man nach der Beantwortung weniger Fragen eine Auf-

listung der geeigneten Stellen inklusive Druckmöglichkeit und direkter Kontaktaufnahme mit der entsprechenden Stelle via E-Mail. Im Bereich „Erfahre mehr“ der KoBITApp finden sich weitere Informationen rund um das Thema Konflikt-Management. Neben einem Glossar rund um das Themengebiet, FAQs und Downloads wurden stadtweite Prozesse zur Konfliktbearbeitung digitalisiert. In Form von Grafiken werden die Konflikt- und Kommunikationsmodelle digital veranschaulicht.

Die KoBITApp ist modular konzipiert, lässt sich vielfältig weiterentwickeln und auf andere Themengebiete und Referate der Stadt ausweiten. Fachlich lassen sich auf der Anwendung weitere Informationen abbilden, auch interaktive Zugänge wie etwa ein Quiz sind möglich. Ebenso lässt sich die Anwendung als Angebot für die Stadtgesellschaft im Rahmen der Digitalisierung nutzen. Die KoBITApp basiert ausschließlich auf quelloffenen Komponenten (Open Source) – dabei lässt sich auch ein Admin-Bereich schaffen, über den die Anwendung durch Nicht-ITler befüllt und abgeändert werden kann, ähnlich wie eine Website.

Durch die KoBITApp hat die Stadt München den Beschäftigten eine niederschwellige und nicht orts- und zeitgebundene Unterstützung beim Umgang mit Konflikten eröffnet – das ist besonders in Zeiten eines vermehrten Arbeitens von zu Hause aus wertvoll.

*Barbara Lenze ist Mediatorin und leitet im IT-Referat der bayerischen Landeshauptstadt München den Bereich Konflikt-Management.*

# Digitale Baugenehmigung

Roland Christoph

**Die Baurechtsbehörde Radolfzell hatte früher keinerlei Software im Einsatz und ist heute eine der ersten in Baden-Württemberg, die volldigitalisiert arbeitet.**

Im Rahmen einer freihändigen Vergabe mit vorangegangener Marktbeurteilung hatte sich die Baurechts- und Denkmalschutzbehörde der Stadt Radolfzell am Bodensee im Jahr 2020 für das elektronische Baugenehmigungsverfahren OK.BAU von kommIT und OTS entschieden. Damit wurde die klassische Papierakte Schritt für Schritt abgelöst und der Weg zum papierlosen Bauantrag geebnet. Seit Januar 2022 sind Bauanträge nun elektronisch einzureichen und das gesamte Baugenehmigungsverfahren wird vollständig digital abgewickelt. Alexander Wagner, Leiter der Abteilung Baurecht bei der Stadtverwaltung Radolfzell, erläutert: „Wir bieten nicht nur die Möglichkeit einer elektronischen Antragstellung, sondern wollen gemeinsam mit Bauherren und Architekten das Papier vollständig verbannen. Durch viele Gespräche ist uns bewusst geworden, dass insbesondere Pläne weitestgehend ausschließlich für die Behörde ausgedruckt werden. Es wurde eigentlich nur darauf gewartet, dass eine digitale Alternative zur Verfügung steht. Deshalb sind wir überzeugt, dass die Einführung für alle Beteiligten eine Win-win-Situation ist.“ Betroffene Architekten zeigen sich begeistert.



Radolfzell: Baugenehmigung ohne Papier.

„Endlich müssen wir keine Pläne mehr ausdrucken. Da heutzutage über CAD gezeichnet wird, liegen die Pläne sowieso schon digital vor.“

Die Entscheidung der Stadt Radolfzell für OK.BAU wurde in erster Linie aufgrund des Alleinstellungsmerkmals einer inkludierten E-Akte-Funktion gefällt. Aber auch die weiteren Anforderungen sind in OK.BAU realisiert: Web-Anwendung, Möglichkeit einer elektronischen Antragstellung im Verfahren sowie elektronische Fachstellen- und Angrenzerbenachrichtigung direkt aus der Lösung heraus. Zur Einführung und Umsetzung des Projekts wurde keine zusätzliche Stelle geschaffen. Der gesamte Prozess wurde während des laufenden Betriebs umgesetzt und fachlich sowie organisatorisch von OTS und dem kommIT-Projekt-Management begleitet. Eine Besonderheit des

Projekts bestand darin, dass in der Baurechtsbehörde Radolfzell anders als in anderen Baurechtsämtern ohne jegliche Software gearbeitet wurde. Die Digitalisierung startete also quasi bei null. Dafür ist die Behörde nun eine der ersten in Baden-Württemberg, die volldigitalisiert bis hin zur qualifizierten elektronischen Signatur arbeitet.

„Die Software entspricht unseren Erwartungen und kann unsere Prozesse vollständig abbilden. Die Zusammenarbeit mit kommIT

und OTS war durchweg positiv“, resümiert Alexander Wagner. Frank Perchtold, zuständig für Konzeption und Weiterentwicklung der Digitalisierung bei der Stadt Radolfzell, ergänzt: „Das elektronische Baugenehmigungsverfahren deckt gleich zwei Ziele unserer Digitalisierungsstrategie ab. Es leistet einen Beitrag zur digitalen Bürgerorientierung und ist ein Mittel, um bestehende Verwaltungsabläufe zu optimieren, zu verschlanken sowie komfortabler zu gestalten und damit die Arbeitsqualität in der Verwaltung nachhaltig zu verbessern.“

*Roland Christoph ist im Vertrieb der kommIT Gesellschaft für Informationstechnik mbH tätig.*



Gebündelte Infos für Bonner.

Bonn

### Smart mit Citykey

Die gemeinsam von der Stadt Bonn, der Deutschen Telekom und weiteren Städten entwickelte App Citykey ist ab sofort für Bonn verfügbar. Wie die Deutsche Telekom mitteilt, bündelt die App verschiedene Services und Informationen. Bürger können darüber zudem Dienste der Stadtverwaltung in Anspruch nehmen. In der Bonner Citykey-App werden laut Telekom-Angaben aktuell folgende Inhalte bereitgestellt: Online-Services, Kurzumfragen, Mängelmelder, Abfallplaner, Veranstaltungen und Ausflugsziele sowie Nachrichten aus der Stadt. Aufbau und Inhalte der App seien mit den teilnehmenden Städten erarbeitet worden.

[www.bonn.de](http://www.bonn.de)

Itzehoe

### Online Petitionen starten

Die Stadt Itzehoe stellt ihren Bürgern ab sofort das Petitionstool von Anbieter openPetition zur Verfügung. Die Bürger können darüber Vorschläge und Ideen einreichen. Bis zu fünf Personen aus einem Haushalt können nach Angaben der Stadtverwaltung mit derselben E-Mail-Adresse eine Petition unterschreiben. Das stelle sicher, dass hinter jeder Unterschrift und Petition eine eindeutige Person stehe und schließe andererseits Menschen ohne Computer-Kenntnisse nicht von der Bürgerbeteiligung aus.

[www.itzehoe.de/mitmachen](http://www.itzehoe.de/mitmachen)

[www.kommune21.de](http://www.kommune21.de)

Gerabronn

### Neue Kita-Software

Als erste Kommune in Baden-Württemberg setzt Gerabronn die Software NOLIS | Kita-Platz ein. Wie Anbieter NOLIS mitteilt, können die Eltern ihre Kinder darüber seit März 2022 online für einen Kita-Platz anmelden. Dabei können sie außer der Wunscheinrichtung auch eine Alternative angeben. Die Stadtverwaltung sowie die Kita-Leitungen bearbeiten die Anmel-

dungen anschließend zentral in der Software. NOLIS | Kita-Platz wird bereits in Niedersachsen, Hessen, Sachsen und Rheinland-Pfalz eingesetzt. Für die Anwendung in Baden-Württemberg habe NOLIS die Lösung an die regionalen Gegebenheiten angepasst. Wie wichtig Anpassungsmöglichkeiten für den erfolgreichen Einsatz einer Software sind, habe sich einmal mehr in der Einführungsphase gezeigt.

[www.gerabronn.de](http://www.gerabronn.de)

Anzeige

LEADING  
EMPLOYER

DEUTSCHLAND  
2022

EXCLUSIVELY AWARDED  
TO THE COUNTRY'S TOP 1%



**OPTIMAL SYSTEMS**  
A KYOCERA GROUP COMPANY



## Verwaltungsdaten jederzeit und überall?

## Wir machen das schon.

Erleben Sie das Maximum an mobiler Arbeit für die Öffentliche Verwaltung. Mit dem enaio® webclient können Sie plattformunabhängig und von überall auf Ihre Daten und Dokumente in enaio® zugreifen. Die übersichtliche, dynamische Darstellung des enaio® webclient rufen Sie entspannt über marktübliche Browser auf. Und der Desktopbereich lässt sich an Ihre persönlichen Bedürfnisse anpassen.

Digitalisierung. Wir machen das schon.

[optimal-systems.de/hannover](http://optimal-systems.de/hannover)

Software für Macher.

# Netze rechtssicher planen

Sven-Joachim Otto

Der Ausbau von Glasfasernetzen beinhaltet in allen Planungsschritten rechtliche Rahmenbedingungen, die es zu beachten gilt. Diese reichen von der korrekten Durchführung eines Markterkundungsverfahrens bis hin zu vergabe- und beihilferechtlichen Vorgaben.

Über den gesamten Planungsprozess beim Ausbaus eines Glasfasernetzes hinweg müssen Kommunen und ausbauende Unternehmen mit den dabei auftretenden rechtlichen Hindernissen umgehen können. So ist im ersten Schritt des Prozesses zunächst der konkrete Ausbaubedarf des Breitbandnetzes zu bestimmen. Dazu wird ermittelt, welche Gebiete bereits durch Telekommunikationsunternehmen (TKU) mit schnellem Internet versorgt sind und welche noch als unterversorgt gelten. Dabei muss auch beachtet werden, wo bereits geplante Ausbauprojekte durch TKU vorhanden sind, um eine doppelte Verlegung von Glasfasernetzen zu verhindern.

Im Anschluss daran müssen im Rahmen eines Markterkundungsverfahrens potenzielle Synergien im Hinblick auf Kostensenkungspotenziale bei der Planung und Umsetzung des Netzausbaus identifiziert werden. Exemplarisch dafür sind Mitnutzungsmöglichkeiten bestehender Infrastrukturen, wie Leerrohre oder Versorgungsleitungen, auf die bei der Verlegung des Netzes zurückgegriffen werden kann. Auch eine Verlegung des Netzes im Rahmen von ohnehin anstehenden Bauarbeiten kommt in Betracht. Aus rechtlicher Perspektive ist hier-



Der Weg zum Glasfaserausbau ist mit rechtlichen Hürden gespickt.

bei die Gigabit-Rahmenregelung zu beachten. Sollen Fördermittel für den Breitbandausbau in Anspruch genommen werden, ist die Durchführung eines Markterkundungsverfahrens obligatorisch.

In einem dritten Schritt wird bestimmt, wie das angestrebte Geschäfts- oder Trägermodell ausgestaltet werden soll. Die Wirtschaftlichkeit des Ausbaus eines Bezirks ist dabei für die Auswahl des Modells, nach dem der Ausbau stattfinden soll, maßgeblich. Entlang der drei Wertschöpfungsstufen Aufbau und Betrieb der passiven Netzinfrastruktur (Stufe 1), Aufbau und Betrieb der aktiven Netzinfrastruktur (Stufe 2) sowie Angebot

von Endkundendiensten (Stufe 3) sind verschiedene Modelle denkbar. Wird im geförderten Breitbandausbau das so genannte Betreibermodell gewählt, ist die Kommune regelmäßig Eigentümerin der passiven Infrastruktur und verpachtet diese an ein TKU, wodurch sie Einnahmen generieren kann. Die TKU wiederum übernehmen die aktive Infrastruktur und bieten Dritten in der Regel die jeweiligen Endkundendienste an. Wird die Gemeinde selbst unternehmerisch tätig, richtet sich die Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung nach dem jeweiligen Kommunalrecht der Länder. So hat etwa der Landesgesetzgeber in der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-

Westfalen ausdrücklich unter anderem den Betrieb von Telekommunikationsnetzen im Rahmen einer wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen für zulässig erklärt. Zu beachten ist hier auch eine etwaige Umsatzsteuerpflicht der Kommune. Als juristische Person des öffentlichen Rechts unterliegt sie bei der Durchführung eines flächendeckenden Breitbandausbaus nach dem neu eingeführten § 2b Abs. 4 Umsatzsteuergesetz (UstG) in Verbindung mit Anhang I Nr. 2 der Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie der EU (MwStSystRL) der Umsatzsteuerpflicht, welche sie zum Vorsteuerabzug berechtigt.

Beim so genannten Wirtschaftslückenmodell übernehmen die TKU den Breitbandausbau eigenständig. Da dieser flächendeckend nicht lukrativ umgesetzt werden kann, helfen Bund und Kommune aus: Fördergelder können die bestehenden wirtschaftlichen Lücken schließen. Die TKU sind aufgrund der finanziellen Beihilfe im Rahmen dieses Modells zum Open Access verpflichtet, müssen interessierten Wettbewerbern also freien Netzzugang gewähren.

Im nächsten Schritt ist zu prüfen, inwieweit vergabe- oder beihilferechtliche Vorgaben beim Ausbau des Glasfasernetzes zu berücksichtigen sind. Öffentliche Auftraggeber müssen bei der Verteilung der Aufträge grundsätzlich das Vergaberecht beachten. Jedoch enthält § 116 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) Bereichsausnahmen für den Betrieb und die Bereitstellung öffentlicher Kommunikationsnetze. Die Frage, welche Leistungen im Rahmen des Netzausbaus von diesen Ausnah-

men umfasst sind, war bereits häufiger Gegenstand der Rechtsprechung. Denn nicht jede Leistung, die im Zusammenhang mit der Errichtung eines öffentlichen Kommunikationsnetzes steht, wird von der Bereichsausnahme erfasst. Vielmehr ergibt sich aus dem Sinn und Zweck, dass diese nur noch öffentliche Aufträge auf solchen Märkten umfasst, auf denen noch kein wirksamer Wettbewerb stattfindet, weil die europarechtlich veranlasste Überleitung von monopolistischen zu wettbewerblichen Strukturen noch nicht vollständig erfolgt ist.

In der Praxis erfolgt dennoch regelmäßig eine vergaberechtliche Ausschreibung, wobei in der Regel einerseits der Tiefbau und andererseits der Netzbetrieb gesondert ausgeschrieben werden. Eine gemeinsame Ausschreibung ist aber ebenso denkbar. Im Ergebnis darf sich die öffentliche Hand ihre Vertragspartner nicht vollkommen frei aussuchen und muss die Ausschreibung in einem wettbewerblichen und diskriminierungsfreien Verfahren durchführen.

Beihilferechtlich ist für die Inanspruchnahme von Fördergeldern die bereits erwähnte Gigabit-Rahmenregelung relevant. Diese Förderung stellt aufgrund der Begünstigung eines Unternehmens eine Beihilfe im Sinne des Artikel 107 Abs. 1 AEUV dar, welche ebenfalls diskriminierungsfrei gewährt werden muss. Zu beachten ist, dass bei der Anwendung des Betreibermodells und der Errichtung eines passiven Netzes ein marktüblicher Pachtzins vereinbart und das Unternehmen nicht anderweitig begünstigt wird. Andernfalls könnte hier

eine nach Art. 107 Abs. 1 AEUV verbotene Beihilfe vorliegen.

Im letzten Schritt wird das zuvor sorgfältig geplante Ausbauprojekt durchgeführt. Eine Genehmigung nach allgemeinem Baurecht ist dabei regelmäßig nicht erforderlich, da der Netzausbau mit dem Ziel eines raschen Breitbandausbaus dem Anwendungsbereich der Landesbauordnungen entzogen ist. Das nordrhein-westfälische Baurecht enthält beispielsweise eine Regelung, die unter anderem Leitungen, die der Telekommunikation dienen, aus dem Anwendungsbereich der Bauordnung ausklammert.

Gemäß § 125 Telekommunikationsgesetz (TKG) kann die Berechtigung, öffentliche Verkehrswege für öffentlichen Zwecken dienende Telekommunikationslinien unentgeltlich zu nutzen, auf die Betreiber und Eigentümer öffentlicher TK-Netze übertragen werden und muss im Vorfeld vom ausbauenden Eigentümer oder Netzbetreiber eingeholt werden. Jedoch verlangt das TKG für die Verlegung oder die Änderung von Telekommunikationslinien die schriftliche oder elektronische Zustimmung des Wegebausträgers. Sofern die Genehmigung nicht binnen drei Monaten nach Eingang des Antrags erteilt wurde, fingiert § 127 Abs. 3 TKG diese mit dem Hintergrund der gesetzgeberischen Intention des zügigen Breitbandausbaus. Jedoch versuchen in der Praxis die Kommunen regelmäßig, diesen Prozess durch Heranziehung sachfremder Ablehnungsgründe oder den Erlass sachfremder Nebenbestimmungen zu verzögern.

*Prof. Dr. Sven-Joachim Otto ist Rechtsanwalt bei EY Law.*

# Gekommen, um zu bleiben

Der privatwirtschaftliche Breitbandanbieter BBV Deutschland wird den Main-Tauber-Kreis flächendeckend mit Glasfaser erschließen. Landrat Christoph Schauder und Manfred Maschek, Geschäftsführer von BBV Deutschland, erläutern im Interview das Vorhaben.

*Herr Maschek, bereits drei Monate vor dem Ende der Vermarktung hatte BBV Deutschland im Main-Tauber-Kreis das Minimalziel von kreisweit 13.192 Verträgen erreicht. Aktuell liegen schon über 18.000 Verträge vor. Wie erklären Sie sich diesen Erfolg?*

*Manfred Maschek:* Der Informationsstand der Haushalte und Betriebe über die Zukunftstechnologie ist im Verlauf der Vermarktung angestiegen. Vor allem in den eher ländlich geprägten Kommunen des Main-Tauber-Kreises gab es eine erhebliche Nachfrage, die wir zu großen Teilen nutzen konnten. Inzwischen nehmen selbst in den mit Koax-Infrastrukturen versorgten größeren Städten des Kreises die Zahlen deutlich zu.



Christoph Schauder (l.) und Manfred Maschek unterzeichnen Kooperationsabkommen.

*Herr Landrat Schauder, welchen Stellenwert hat die Ausbauzusage für Ihren Landkreis?*

*Christoph Schauder:* Durch die Corona-Pandemie haben sich berufliche und private Treffen sowie der

Schulalltag in die virtuelle Welt verlagert. Viele der dadurch angestoßenen positiven Entwicklungen werden uns erhalten bleiben. Daher hat der so früh feststehende Ausbau für die Entwicklung unseres Kreises als Wohn- und Wirtschaftsstandort sowie für unsere Wettbewerbsfähigkeit eine positive Bedeutung.

*Wie wichtig ist die Glasfaser für die Digitalisierung im Main-Tauber-Kreis?*

*Christoph Schauder:* Es handelt sich um eines unserer wichtigsten Zukunftsthemen. Der im August vergangenen Jahres vollzogene Schulabschluss zwischen dem Landkreis, unseren Gemeinden und dem Unternehmen BBV belegt, dass interkommunale Zusammenarbeit mit privaten Investoren deutlich schneller zur Glasfaser führt.

## Das Projekt

Mit rund 132.400 Einwohnern und einer Fläche von circa 1.300 Quadratkilometern weist der Main-Tauber-Kreis die geringste Einwohnerdichte aller 35 Landkreise in Baden-Württemberg auf. Das Unternehmen BBV Deutschland, das sich der flächendeckenden privatwirtschaftlichen Glasfasererschließung ganzer Landkreise im Ländle verschrieben hat, sagte dem Main-Tauber-Kreis zu, ein Glasfasernetz

mit Open Access in allen 18 Städten und Gemeinden bereitzustellen. Für die bis Ende April 2022 laufende Vermarktung streben die Beteiligten eine Quote von 30 Prozent an. Nach der Ausbauzusage haben die Vorplanungen für den auf drei bis vier Jahre veranschlagten Ausbau bereits begonnen. Das 135-Millionen-Euro-Projekt finanzieren die BBV und deren Gesellschafter Infracapital vollständig privat.

*Der Main-Tauber-Kreis folgt einem fünfstufigen Ausbaukonzept. Wo stehen Sie aktuell?*

*Christoph Schauder:* In Stufe 1 haben wir bereits vor einigen Jahren 98 Prozent der Haushalte und Unternehmen mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde erschlossen. In Stufe 2 erhielten im Rahmen der Sonderregelung Schulen kreisweit alle 82 Schulen und Bildungsein-

ern in den Kommunen. Unser Ziel ist es, zu zeigen, dass Genehmigungen und Ausbau in enger Abstimmung wesentlich rascher erfolgen können.

*Christoph Schauder:* Das Landratsamt wird als Anlaufstelle auch nach der Vermarktung die Bürgerinnen und Bürger über anstehende Baumaßnahmen sowie technische Fragestellungen informieren. Darüber

*Welche besonderen Herausforderungen erwarten Sie?*

*Manfred Maschek:* Der flächendeckende innerörtliche Ausbau ist für jede Kommune quasi eine Operation am offenen Herzen. Wir benötigen sehr viel Realitätssinn bei allen Beteiligten. Ein zentrales Element ist eine offene, begleitende Kommunikation. Hier wollen wir Maßstäbe für die Branche setzen. Denn letzt-

## „Der flächendeckende innerörtliche Ausbau ist für jede Kommune quasi eine Operation am offenen Herzen.“

richtungen einen direkten Glasfaseranschluss. Die Ausbaustufen 3 und 4 umfassen die restlichen weißen Flecken und Gewerbegebiete; sie werden voraussichtlich bis Sommer 2023 erfolgreich abgeschlossen. Mit der BBV gehen wir nun ab dem dritten Quartal 2022 die innerörtliche Erschließung an.

*Und welchen Umfang hat die Stufe 5?*

*Christoph Schauder:* Die BBV wird 135 Millionen Euro in den komplett privat finanzierten Auf- und Ausbau von über 248 Kilometern Backbone-Leitungen, 1.000 Kilometern Längstrassen und rund 117 Kilometern Haustrassen zur Anbindung der Siedlungsflächen investieren.

*Wie geht es weiter?*

*Manfred Maschek:* Mit der Feinplanung, den Ausschreibungen und dem innerörtlichen Ausbau der Kommunen beginnen jetzt die eigentlichen Herausforderungen. Gefragt ist dabei eine engmaschige Kooperation mit den Fachämtern des Landratsamts und den entsprechenden Stellen und Ansprechpart-

ner. hinaus steht die Wirtschaftsförderung weiterhin für Fragen bereit und leitet diese direkt an die zuständigen Ansprechpartner bei BBV Deutschland weiter.

lich sind wir gekommen, um als Partner zu bleiben.

*Interview: Thomas Fuchs, Geschäftsführer fuchs media consult, Gummersbach*

Anzeige



AVA und Kostenplanung  
für Bau und Bauunterhalt  
im kommunalen Bereich.

**California im BIM-Prozess**

IFAT 2022 in München  
G&W in Halle B2, Stand 135



**G&W**

[www.gw-software.de](http://www.gw-software.de)

# Der Weg zum Bürgernetz

Angie Hagemann

Für ein flächendeckendes digitales Bürgernetz müssen in Deutschland noch viele Anschlüsse geschaffen werden. Das gilt auch für die ländlichen und suburbanen Regionen. Hier treibt das Unternehmen Deutsche Glasfaser den Ausbau mit stabilen Kooperationen voran.

**D**eutschland braucht eine flächendeckende Glasfaserinfrastruktur. Anders kann die umfassende Digitalisierung nicht gelingen. Wo die Bundesrepublik beim Fibre-to-the-Home-Ausbau (FTTH, Glasfaser bis ins Haus) bislang steht, machen Zahlen von Ende 2020 deutlich: Nur bei 5,4 Prozent aller stationären Breitbandanschlüsse handelte es sich um reine Glasfaseranschlüsse bis in die Wohnung. Damit zählt das Land im internationalen Vergleich zu den Schlusslichtern. Für das benötigte Bürgernetz müssen also noch jede Menge Anschlüsse geschaffen werden. Das gilt auch für die ländlichen und suburbanen Regionen – eine Herausforderung, der sich das Unternehmen Deutsche Glasfaser angenommen hat.

Dessen selbst gesteckter Anspruch lautet: Beim Netzausbau Geschwindigkeit mit Qualität vereinen. So hat der Glasfaserversorger in den vergangenen zehn Jahren bundesweit über 1,1 Millionen FTTH-Anschlüsse in ländlichen und suburbanen Regionen realisiert. Selektiv und klug wurde dabei der privatwirtschaftliche Ausbau um staatliche Förderung ergänzt. Aktuell beträgt die Bauleistung bis zu 40.000 Anschlüsse im Monat. Diese Schlagzahl soll bis 2025 ver-



Kabelverlegung durch Deutsche Glasfaser.

doppelt werden. Um den ländlichen Raum schnell und effizient versorgen zu können, sichert sich Deutsche Glasfaser in strategischen Partnerschaften zusätzliche Baukapazitäten. Mittlerweile rund 30 Kooperationen ist der Versorger eingegangen, zuletzt beispielsweise Ende 2021 mit der Firma Geodesia.

Beim Glasfaserausbau selbst geht Deutsche Glasfaser minimalinvasiv vor, wo immer es die Bausituation vor Ort zulässt. In Abstimmung mit den Kommunen werden anerkannte, moderne Verlegemethoden wie Fräsverfahren für Arbeiten entlang

der Verkehrswege, die Spülbohrung für Überlandstrecken, Straßen-, Bach- und Bahnlinienquerungen oder die so genannte Erdrakete für den Hausanschluss verwendet. Diese Verfahren werden gezielt mit der klassischen offenen Bauweise kombiniert. Wird beispielsweise in der Nähe einer sensiblen Infrastruktur gearbeitet, kommen auch (Mini-) Bagger oder die Handschachtung zum Einsatz.

Da Glasfaser keine elektrischen sondern Lichtsignale überträgt, können ihr äußere Einflüsse wie Frost, Feuchtigkeit oder Blitzschlä-

ge nichts anhaben. Deutsche Glasfaser verlegt deshalb bevorzugt auf der so genannten Glasfasertiefe von circa 40 Zentimetern und in entsprechend geringerer Breite. Das reduziert den Bodenaushub und die Belastung für Mensch und Natur. Mit einem deutlich besseren CO<sub>2</sub>-Fußabdruck ist Glasfaser außerdem die ökologisch beste technische Alternative unter den Internet-Zugängen, denn sie benötigt nur einen Bruchteil der Strommenge eines Kupfernetzes.

Auf Basis der rechtlichen Grundlage nach § 125 Telekommunikationsgesetz (TKG) erhalten Unternehmen beim Ausbau der Glasfasernetze das Wegerecht für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Daraus resultiert ein Nutzungsrecht an öffentlichen Verkehrswegen für die Verlegung von Glasfaserleitungen und Leerrohrsystemen. Deutsche Glasfaser bewertet den Netzausbau allerdings als eine gemeinsame Koordinationsleistung, die sich durch Umsicht, Transparenz und vor allem die Zusammenarbeit mit Akteuren vor Ort

auszeichnet. Mit standardisierten Rahmenverträgen schafft das Unternehmen für die Kommunen Verbindlichkeit und eine klare Definition der Zuständigkeiten, die über die im TKG vorgesehenen Regelungen hinausgehen. Integraler Bestandteil ist eine kontinuierliche Abstimmung mit allen Beteiligten sowie eine kontinuierliche Qualitätssicherung, welche die Überwachung der zertifizierten Baupartner von Deutsche Glasfaser einschließt.

Zu bedenken ist bei einer Baumaßnahme nach § 125 TKG außerdem, dass der Wettbewerber eines erstausbauenden Telekommunikationsanbieters keinen Rechtsanspruch auf Mitverlegung eigener Infrastruktur hat. Diese Einschränkung hat der Gesetzgeber aus gutem Grund festgelegt. Ein Doppelausbau würde wertvolle Ressourcen verschwenden und den flächendeckenden Glasfaserausbau unnötig in die Länge ziehen. Es darf deshalb keinen Infrastrukturwettbewerb geben. Der Wettbewerb muss auf dem Netz ausgetragen werden. Im Strombereich funktioniert das nicht

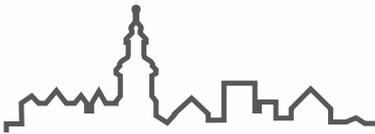
anders: Es kann mit nur einem Anschluss im Keller aus unterschiedlichen Anbietern ausgewählt werden. Deutsche Glasfaser baut aus Überzeugung offene Netze und stellt diese dem Wettbewerb zur Verfügung. Mit Open Access lassen sie sich wirtschaftlich, nachhaltig und im Sinne aller Beteiligten nutzen. Auch sichert das Unternehmen damit eine bessere Auslastung der Netzkapazität und ermöglicht den Kunden eine größere Anbieter- und Angebotsauswahl.

Insgesamt sieht sich Deutsche Glasfaser in der Verantwortung, ein nachhaltiges Bürgernetz zu realisieren. Dem wird das Unternehmen durch die stabilen Partnerschaften zu Kommunen und Baupartnern sowie die etablierten Bauverfahren gerecht. Das gemeinsame Ziel einer flächendeckenden Glasfaserinfrastruktur für Deutschland kann so schnellstmöglich und effizient erreicht werden.

*Angie Hagemann ist Geschäftsführerin Construction bei der Deutsche Glasfaser Holding GmbH.*

Anzeige

## E-Government endlich einfach! Ihr Bürgerportal



**OPENR@THAUS**

- Integration Servicekonto inkl. Postkorb
- Integration e-Payment und eID
- Integration Fachverfahren und DMS
- startbereite Basisprozesse

[www.open-rathaus.de](http://www.open-rathaus.de)

# Strategien für den Ausbau

Da Förderverfahren lange dauern, stocken vielerorts die Planungen für den Glasfaserausbau. Mit der richtigen Strategie lässt sich das vermeiden. Was es dabei alles zu beachten gilt, erläutert Dirk Fieml, CEO der tktVivax Group.

*Herr Fieml, man liest immer wieder, dass die Fördermittel nicht ausgeschöpft werden und der Breitbandausbau schneller gehen könnte. Woran liegt das?*

Zunächst muss man feststellen, dass die Förderverfahren sehr langwierig sind und sich teilweise über zwei, drei Jahre erstrecken. Vielerorts sind also die Anträge in Vorbereitung oder wurden bereits gestellt, aber eben noch nicht bewilligt.

*Was können Kommunen tun, um schneller voranzukommen?*

Sie sollten nicht nur auf die Fördermittel setzen, sondern auch den eigenwirtschaftlichen Ausbau vorantreiben. Beides muss sich ergänzen. Im Rahmen der 3.3er-Förderung des Bundes sollte jede Kommune untersuchen, was förderfähig wäre und was nicht. Gleichzeitig lohnt es sich bereits in dieser Phase, mit Investoren darüber zu sprechen, ob es Interesse gibt, sich in der jeweiligen Region eigenwirtschaftlich zu betätigen. Hier ändert sich der Markt derzeit enorm, weil viele Investoren – vor allem solche aus dem Ausland – den deutschen Breitbandausbau als Chance begreifen und teilweise Summen im Millionenbereich investieren wollen. So besteht die Möglichkeit,

schnell mit dem eigenwirtschaftlichen Ausbau zu starten, weil man hier kein langwieriges Verfahren durchlaufen und die benötigten Fördermittel nur dort beantragen muss, wo keine Ausbauzusagen von möglichen Investoren bestehen. Die Gebäude, bei denen sich eine wirtschaftliche Erschließung nicht darstellen lässt, können dann im Zuge des geförderten Ausbaus erschlossen werden.

*Bis zu 90 Prozent der Kosten eines Glasfasernetzes entfallen auf den Tiefbau, die Montage und das verwendete Material. Was ist zu beachten, um die Kosten im Griff zu behalten?*

Die Weichen für den Erfolg eines Glasfaserprojekts werden schon bei der Auswahl des Beratungspartners gestellt. Denn nicht jedes Ingenieurbüro, das sich mit allgemeinen Infrastrukturprojekten beschäftigt, bringt die notwendige Spezial-Expertise für ein Glasfasernetz mit. Zudem ist der Planungsprozess zwar naturgemäß der allererste Kostenfaktor eines Ausbauprojekts, dennoch müssen bereits an dieser Stelle die Folgekosten bedacht werden. Es bringt wenig, wenn ein Einkäufer schon in dieser Phase ausschließlich auf den Preis achtet. Wichtig ist auch, sich nicht allein auf die IT zu verlassen. Zwar wird



Dirk Fieml

der Planungsprozess damit enorm beschleunigt. Doch abhängig von der Qualität des Inputs ist das Ergebnis einer softwaregestützten Planung oft sehr ungenau und sollte daher immer manuell ergänzt und angereichert werden. Neben möglichen Unstimmigkeiten bei der Trassenführung können an dieser Stelle beispielsweise so genannte „vergessene Adressen“ identifiziert werden.

*Was verbirgt sich dahinter?*

Das sind Hausanschlüsse, die in den benutzten Datenbanken fehlen. Etwa weil das kartografische Material fehlerhaft aufgearbeitet wurde, falsche vorhandene Bandbreiten hinterlegt sind oder weil das Haus gar keine Straßenadresse hat. Aber auch die digital vorliegenden Daten,

etwa diejenigen des Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystems ALKIS, können fehlerhaft oder unvollständig sein. Die Ursache liegt in unserem föderalen System. Denn die erste Erfassung erfolgt immer auf der untersten, also der kommunalen Ebene. Bis sie beim Bundesamt für Geodäsie ankommt, kann viel Zeit vergehen. Sie liefert aber die Datenbasis für das Markterkundungsverfahren. Das führt

bandprojekt aufbauen, über das Adressen aktiv abgefragt werden. Mit Unterstützung der tktVivax-Tochter Vivax Solution konnten wir ein solches Verfahren bereits in unterschiedlichen Ausbauräumen implementieren. In einem solchen Portal können die Anfragen der Bürgerinnen und Bürger automatisiert mit der für das Förderverfahren eingereichten Adressliste abgeglichen werden.

dann üblicherweise einen Risikoaufschlag einkalkuliert. Man sollte zudem darauf achten, dass der Planungspartner in der Lage ist, den Netzausbau auch während der Umsetzung zu begleiten. Denn in jedem Projekt kommt es zu unvorhersehbaren Vorfällen. Dann ist es entscheidend, dass der Planungspartner schnell vor Ort ist und die Planung entsprechend anpasst. Vor allem im geförderten Ausbau ist das

## „Es bringt wenig, wenn ein Einkäufer schon in der Planungsphase ausschließlich auf den Preis achtet.“

nicht selten dazu, dass den Projektträgern nicht der aktuelle Stand als Planungsbasis für den Breitbandausbau zur Verfügung steht. Vergessene Adressen nachträglich anzuschließen ist aber meist gar nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich. Gleichzeitig ist der Ärger dann groß und vor allem öffentlich, weil sich die Betroffenen in der Regel lautstark zu Wort melden. Deswegen sollte man beispielsweise ein eigenes Internet-Portal für das Breit-

*Wie kann man sonstige Kostenfallen vermeiden?*

Man sollte die Planung von einem unabhängigen Beratungspartner umsetzen lassen und schon in der Feinplanung ein enges Korsett für die Ausführung schnüren. Das ist auch im Sinne des Tiefbauers. Denn je weniger Spielraum er hat, desto genauer kann er das Projekt kalkulieren. Je ungenauer die Vorgaben in einer Ausschreibung sind, desto teurer bietet ein Tiefbauer an, da er

von entscheidender Bedeutung. Werden hier durch Abweichungen während der Umsetzung plötzlich Formalien nicht mehr eingehalten, die Voraussetzung für die Förderfähigkeit sind, besteht das akute Risiko, ganz aus der Förderung zu fallen. Und das ist bei den in der Regel im zweistelligen Millionenbereich liegenden Investitionskosten ein absolut nicht tragbares Risiko.

*Interview: Uwe Pagel, Geschäftsführer der Press'n'Relations GmbH, Ulm*

Anzeige

# LÄSST ORTE AUFBLÜHEN: UNSER SCHNELLSTES GLASFASER-NETZ.

## Zusammen machen wir's möglich.

Gemeinsam die Zukunft realisieren – Dafür sorgen wir mit unseren Glasfaser-Anschlüssen, die Ihre Kommune noch lebenswerter machen. Denn die vielen Möglichkeiten unseres Breitbandnetzes bringen jede Menge Standortvorteile für Einwohner und Geschäfte in Ihrer Region. Lassen Sie uns jetzt gemeinsam starten: Deutsche Glasfaser – der führende Glasfaserversorger für den ländlichen Raum.

Jetzt direkt  
informieren!

# Ganzes Haus auf **Highspeed**

Auf der Messe ANGA COM stellt devolo seine neue Giga Bridge erstmals vor. Mit der Funktion Multipoint können Glasfaseranschlüsse mit vorhandenen Telefon- oder Koax-Kabeln im gesamten Gebäude verteilt werden.

**D**ie volle Geschwindigkeit des Glasfaseranschlusses im Haus verteilen, ganz ohne Kabelverlegen: Das bietet die neue Multipoint-Funktion der devolo Giga Bridge. Diese Weiterentwicklung der devolo Giga Bridge verteilt durch eine neue Netzwerkfunktion die Daten des Breitbandanschlusses in jeden Raum. So können etwa bei IPTV-Anwendungen die 4K/8K-Inhalte genau dorthin geliefert werden, wo sie benötigt werden – beispielsweise direkt an Endgeräte wie Smart TVs oder Set-Top-Boxen.

Darüber hinaus können mithilfe der Giga Bridge auch andere IP-basierende Geräte vernetzt werden wie WLAN-Access-Points oder NAS-Netzlaufwerke. Die Multipoint-Funktion nutzt dafür bereits im Gebäude vorhandene Koax- oder Telefonleitungen. Mit dieser Erweiterung des Funktionsumfangs stärkt der Heimnetzungsspezialist devolo sein innovatives FTTH-Produkt und ermöglicht eine breitere Anwendbarkeit.

Mit der Giga-Bridge-Multipoint-Funktion will devolo die Erfolgsgeschichte der Giga Bridge weiter fortschreiben: Durch diese Erweiterung sind laut Firmenangaben, nach der Punkt-zu-Punkt-Verbindung der



Giga Bridge: Volle Geschwindigkeit in allen Räumen.

ersten Firmware-Generation, jetzt auch Punkt-zu-Multipunkt-Verbindungen möglich. Dabei ist sowohl eine sternförmige als auch eine Daisy-Chain-Koaxialverkabelung nutzbar. Damit wird das Produkt besonders flexibel. Der zentrale Vorteil: Mehrere Giga-Bridge-Multipoint-Adapter bringen die Gigabit-Geschwindigkeit genau in die Räume des Zuhauses, wo sie benötigt wird.

Die devolo Giga Bridge Multipoint wurde als Plug-and-Play-Gerät entwickelt: Die Installation ist

einfach, alle gängigen Router und Home Gateways werden unterstützt. Durch die integrierte Steckdose geht kein Stromanschluss verloren, und die Giga Bridge kann einfach zusätzlich installiert werden. Weitere Software oder Treiber werden nicht benötigt. Anwender profitieren auch von der Sicherheit: Da die Adapter untereinander verschlüsselt kommunizieren, sind sie vor unbefugtem Zugriff geschützt.

Mit dem innovativen Ansatz der Giga Bridge Multipoint nutzt devo-

lo bestehende Ressourcen in einem Gebäude aus: Durch den Glasfaseranschluss werden Telefonleitungen oder Koaxnetze nicht mehr benötigt. Diesen kommt nun eine neue Anwendung zu – als Netzwerkverbindung. Zentraler Vorteil: Die Leitungen enden zu meist genau dort, wo eine LAN-Verbindung benötigt wird, etwa direkt an TV-Geräten oder im Arbeitszimmer.

Die Installation der Giga Bridge kann vom Endkunden selbst vorgenommen werden. Die Giga-Bridge-Adapter werden bereits vorkonfiguriert ausgeliefert, sodass lediglich das erste Gerät mit dem an die Glasfaser angeschlossenen Router sowie mit der Koaxial-Anschlussdose verbunden werden muss. So

gelangt das IPTV- oder Internet-Signal über die freie Bestandsverkabelung im Haus zu jeder Anschlussdose. Dort nimmt ein weiterer Giga-Bridge-Adapter das Signal auf gleichem Wege entgegen und überträgt es per LAN-Kabel an die Set-Top-Box, den Smart TV, die Spielekonsole oder einen WLAN-Access-Point. Nach Angaben von devolo können bis zu acht Giga-Bridge-Adapter in einem Heimnetzwerk betrieben werden.

Neben der hohen Akzeptanz und Kundenzufriedenheit durch die einfache Installation profitieren Anwender und Netzbetreiber von den geringen Installationskosten: Die Nutzung der Bestandsverkabelung ist deutlich kosteneffizienter als das Neuverlegen von Leitungen. Die

Giga Bridge sorgt für ein besseres Nutzungserlebnis für alle verfügbaren Dienste. Insbesondere die extrem breitbandigen TV-Inhalte werden sicher und störungsfrei an die Fernsehgeräte übertragen, aber auch die drahtgebundene Versorgung entfernter WLAN-Access-Points im Haus kann damit einfach und schnell realisiert werden. Durch die Integration des Standards TR-069 sind sowohl Fernwartung als auch Monitoring durch Netzbetreiber möglich.

Die Giga Bridge Multipoint feiert ihre Premiere auf der ANGA COM (Halle 7, Stand B60). Die führende Kongressmesse Europas für Breitband- und Mediendistribution findet vom 10. bis zum 12. Mai 2022 in Köln statt (siehe auch Seite 56). (al)

Anzeige

**22/23  
JUNI**  
BERLIN &  
DIGITAL

Handelsblatt  
**GOV TECH  
GIPFEL 2022**  
In Kooperation mit **PUBLIC**

**TRANSFORMATION *durch* TECHNOLOGIE**

Der Handelsblatt GovTech-Gipfel 2022 bringt die wichtigsten Köpfe aus Politik, Verwaltung und GovTech zusammen, um über Zukunftsthemen wie Public Cloud, Plattformen, Open Source und digitale Souveränität zu diskutieren und Lösungswege aufzuzeigen.

Jetzt anmelden und 100 € sparen  
mit dem Code D2200410K21



Strategischer Partner:

**sopra**  **steria**

**Handelsblatt**  
Substanz entscheidet.

# Restart im Frühsommer

Peter Charissé

Netzbetreiber, Ausrüster und Inhalteanbieter zu allen Fragen der Breitband- und Mediendistribution treffen sich vom 10. bis 12. Mai 2022 auf der ANGA COM in Köln.

Vom 10. bis 12. Mai 2022 feiert die ANGA COM, Europas führende Kongressmesse für Breitband, Fernsehen & Online, ihr Comeback in Köln. Die Bruttoausstellungsfläche für die ersten 300 Aussteller beträgt aktuell schon mehr als 20.000 Quadratmeter. Das Flächenvolumen der europäischen und amerikanischen Aussteller bewegt sich durch diverse Standvergrößerungen bereits jetzt auf dem Niveau der vorherigen Veranstaltung im Jahr 2019. Die ANGA COM wird das erste große Branchentreffen sein, das frühlingshafte Bedingungen erwarten lässt. Mit ihren luftigen, 15 Meter hohen Messehallen, verbreiterten Gängen, einem riesigen Foyer und der beliebten Open Air Plaza mit Food Trucks war deren Location in Köln noch nie attraktiver.

Zum Auftakt bietet das Kongressprogramm einen hochkarätig besetzten Digitalgipfel, an dem Hannes Ametsreiter (CEO Vodafone

Deutschland), Thorsten Dirks (CEO Deutsche Glasfaser), Srinji Gopalan (Vorstandsmitglied Deutsche Telekom und Sprecher der Geschäftsführung Telekom Deutschland), Timo



Nach drei Jahren Pause jetzt wieder Messe in Köln.

von Lepel (Geschäftsführer NetCologne) und Christoph Vilanek (CEO freenet) teilnehmen. Das Thema der Diskussion lautet: „Netze, Dienste, Konnektivität: Wie schaffen wir den digitalen Aufbruch?“ Für das Grußwort zur Eröffnung der ANGA COM zeichnet das Bundesministerium für Digitales und Verkehr verantwortlich. Alle bereits bestätigten Top-Sprecher sind auf der Website der Veranstaltung genannt.

Zu den Schwerpunkten des Kongresses zählen Themen wie Glasfaser/FTTH, DOCSIS 4.0, 10G, Cloud Services, OTT, AppTV, Videostreaming, Fixed Mobile Convergence,

Nachhaltigkeit, Artificial Intelligence, Smart City und Smart Home sowie die politischen, rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen der Breitband- und Medienbranche. Kooperationspartner des Kongressprogramms sind in diesem Jahr die Allianz für Rundfunk- und Kulturfrequenzen, die Deutsche TV-Plattform, das Gigabitbüro des Bundes sowie die Verbände VATM und ZVEI. Als Sponsoring-Partner fungieren ASTRA Deutschland, AVM, QVC und Vodafone Deutschland.

Die wachsende Vorfreude der Aussteller und Referenten ist täglich zu spüren. Die Breitband- und Medienbranche erlebt eine neue Aufbruchstimmung. Allein in Deutschland mit seinen mehr als 40 Millionen Haushalten haben sowohl die Netzbetreiber als auch eine stetig wachsende Zahl internationaler Investoren viele Milliarden Euro an Investitionsvolumen in Aussicht gestellt. Mit Unternehmen wie Deutsche Glasfaser, Deutsche GigaNetz, Unsere Grüne Glasfaser oder Vattenfall Eurofiber sind sie auch im Kongressprogramm prominent vertreten.

*Dr. Peter Charissé ist Geschäftsführer der ANGA COM.*

## Link-Tipp

Anmeldung für Kongress- oder Messebesucher ab sofort unter:

- [www.angacom.de](http://www.angacom.de)

# Leitmesse zum Glasfaserausbau

Anna Nass

Am 14. und 15. Juni 2022 findet in den Messehallen des RheinMain CongressCenter Wiesbaden (RMCC) die Glasfaser- und Digitalmesse Fiberdays statt.

Die Digitalmesse Fiberdays startet in diesem Jahr mit einem prominent besetzten Eröffnungskongress. Dieser bietet Keynotes von Daniela Kluckert, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Digitales und Verkehr, der hessischen Digitalministerin Kristina Sinemus sowie von Norbert Westfal, Präsident des Bundesverbands Breitbandkommunikation (BREKO) und Sprecher der Geschäftsführung des Unternehmens EWE TEL. Außerdem diskutieren dort die CEOs führender Telekommunikationsnetzbetreiber die Zukunft des Glasfaserausbaus. Auf dem Podium sitzen Jan Georg Buden (Deutsche GigaNetz), Thorsten Dirks (Deutsche Glasfaser), Alexander Lucke (DNS:NET), Jürgen Hansjosten (InfraFibre Germany) und Jens Prautzsch (Unsere Grüne Glasfaser). Durch den Kongress führt Branchenexperte Jens Böcker, Professor an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg.

„Für die Fiberdays22 konnten wir ein einzigartiges Paket aus hochkarätig besetzten Diskussionsrunden, Vorträgen zu brandaktuellen Themen der Digitalisierung und Work-

shops mit echtem Mehrwert für die Praxis schnüren“, so BREKO-Geschäftsführer Stephan Albers. „In diesem Jahr haben wir das Kongressprogramm so ausgerichtet, dass es über die direkt am Glasfaserausbau beteiligten Akteure hinaus auch Kommunen, Länder und Organisationen anderer Branchen anspricht, die bei der Ausübung ihrer Aktivitäten und Geschäftsmodelle auf eine leistungsfähige digitale Infrastruktur angewiesen sind.“

Während mehr als 200 nationale und internationale Unternehmen der Glasfaser- und Digitalbranche auf über 10.000 Quadratmetern in zwei Messehallen die neuesten Innovationen und Dienstleistungen vorstellen, bieten über 150 Sprecherinnen und Sprecher rund 70 Diskussionsrunden, Workshops und Seminare an. Auf vier Bühnen ist Platz für Panels und Präsentationen zu den Themen Smart City und Smart Regions sowie zu Rechenzentren und Nachhaltigkeit. Auch die Themenfelder Tiefbau, Gebäudeverkabelung, 5G-Campusnetze, Start-up-Kooperationen und Open Access werden prominent vorgestellt und debattiert. In praxisnahen Workshops sprechen Experten zu topaktuellen Themen wie Cyber-Sicherheit und Smart Factory für den Mittelstand. Im Kongressprogramm finden sich darüber hinaus Panels



Fiberdays22: Leitmesse zum Glasfaserausbau.

zur Digitalisierung der Kommunen, unter anderem mit Alexander Handschuh vom Deutschen Städte- und Gemeindebund, sowie Vorträge wissenschaftlicher Experten zu Aspekten des Glasfaserausbaus, darunter Professor Kristof Obermann von der TH Mittelhessen und Professor Gerold Janssen von der TU Dresden.

In der erstmals auf den Fiberdays22 vorgestellten Media Hall für die Vernetzung von TV-Sendern, Content-Anbietern und Netzbetreibern wird es neben der Vorstellung einer Studie zum Thema IPTV zahlreiche Podiumsdiskussionen zum Fernsehen der Zukunft geben. Dabei geht es unter anderem um Video-on-Demand, 5G und TV sowie die Individualisierung des Fernsehens.

*Anna Nass ist Leiterin Strategie & Finanzen beim BREKO Bundesverband Breitbandkommunikation e.V.*

## Link-Tipp

Programm und Tickets unter:

- <https://www.fiberdays.de>

Zahlreiche Unternehmen bieten Lösungen und Dienstleistungen für den Public Sector an. Behalten Sie den Überblick und orientieren Sie sich bei Ihren Investitionsentscheidungen am IT-Guide von Kommune21. Die Marktübersicht finden Sie auch im Internet unter [www.kommune21.de](http://www.kommune21.de).

- E-Government / E-Partizipation ..... 58
- CMS | Portale / Spezial-Software ..... 59
- Finanzwesen / Schul-IT / E-Procurement ..... 60
- Geodaten-Management / Dokumenten-Management ..... 61
- E-Formulare / Personalwesen / Inventarisierung /  
RIS | Sitzungsmanagement / IT-Infrastruktur ..... 62
- IT-Security / Breitband / Consulting / Online-Termine ..... 63
- Komplettlösungen ..... 63-65

Anzeige

D-0	 <p><b>Govii</b> Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe</p>	<p><b>Govii UG (haftungsbeschränkt)</b> Ansprechpartner: Michael Schmidt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: <a href="mailto:info@govii.de">info@govii.de</a> Internet: <a href="http://www.govii.de">www.govii.de</a></p>	<p>Der Behördenbot Govii steht für moderne Kommunikation zwischen Verwaltung und Kunden. Er bedient sich bestehender Datenbestände und beantwortet Fragen zu behördlichen Themen, wie z.B. Personalausweis beantragen, Auto ummelden etc. Govii ergänzt Portale, Bürgerservice und Servicecenter. Govii ist modular aufgebaut und nutzt verfügbare (XÖV) Standards.</p>
D-0	 <p><b>TSA</b> Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe</p>	<p><b>TSA Public Service GmbH</b> Ansprechpartner: Thomas Patzelt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: <a href="mailto:info@tsa.de">info@tsa.de</a> Internet: <a href="http://www.tsa.de">www.tsa.de</a></p>	<p>TSA ist Ihr Partner für Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung. Bund, Länder, Kommunen und Dienstleister setzen auf unsere Lösungen und Know-how rund um Zuständigkeitsfinder, Bürgerservice, Servicecenter/II5, Ideen- und Beschwerdemanagement, Integration von Verwaltungsdaten, II5-Datenbereitstellung und OZG-Umsetzung.</p>
D-0	 <p><b>brain-SCC</b> PORTALLÖSUNGEN</p>	<p><b>brain-SCC GmbH</b> Ansprechpartner: Sirko Scheffler Fritz-Haber-Str. 9 D-06217 Merseburg Telefon: +49 (0) 3461 / 25 99 510 Fax: +49 (0) 3461 / 25 99 511 E-Mail: <a href="mailto:info@brain-scc.de">info@brain-scc.de</a> Internet: <a href="http://www.brain-scc.de">www.brain-scc.de</a></p>	<p>Die brain-SCC GmbH verfügt über umfassende Kompetenzen bei der Entwicklung und Betreuung von Portallösungen der öffentlichen Hand. Gestalten Sie Ihr Verwaltungs- und Geoportal mit dem leicht bedienbaren Content-Management-System brain-GeoCMS®, individuellem Design und zahlreichen Servicemodulen zur OZG-Umsetzung – nutzerorientiert und bürgernah.</p>
D-2	 <p><b>Governikus KG</b></p>	<p><b>Governikus GmbH &amp; Co. KG</b> Hochschulring 4 D-28359 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 204 95-0 Telefax: +49 (0) 421 / 204 95-11 E-Mail: <a href="mailto:kontakt@governikus.de">kontakt@governikus.de</a> Internet: <a href="http://www.governikus.de">www.governikus.de</a></p>	<p>Digitale Souveränität in einer komplex vernetzten Welt! Mit sicheren und innovativen IT-Lösungen sorgen ca. 200 engagierte Mitarbeiter:innen für den Schutz personenbezogener Daten. Sichere Identitäten, vertrauliche und rechtssichere Kommunikation sowie der Umgang mit schützenswerten Daten stehen hierbei im Vordergrund.</p>
D-4	 <p><b>ITEBO</b> Unternehmensgruppe</p>	<p><b>ITEBO GmbH</b> Dielingerstraße 39/40 D-49074 Osnabrück Telefon: +49 (0) 541 / 9631-0 Fax: +49 (0) 541 / 9631-196 E-Mail: <a href="mailto:info@itebo.de">info@itebo.de</a> Internet: <a href="http://www.itebo.de">www.itebo.de</a></p>	<p>Die ITEBO-Unternehmensgruppe ist Ihr Dienstleister für Kommunen und Kirchen. Wir bieten kompetente Prozess- und Organisationsberatung sowie die Vernetzung von Fachverfahren und Onlinediensten im Bürgerportal. Fundierte Basisdienste im Bereich der IT-Sicherheit, des Datenschutzes und unser ITIL konformes Rechenzentrum runden unser Portfolio ab.</p>
D-7	 <p><b>cit</b></p>	<p><b>cit GmbH</b> Ansprechpartner: Andreas Mühl Kirchheimer Straße 205 D-73265 Dettingen/Teck Telefon: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-0 Fax: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-9 E-Mail: <a href="mailto:vertrieb@cit.de">vertrieb@cit.de</a> Internet: <a href="http://www.cit.de">www.cit.de</a></p>	<p>Die cit GmbH ist mit cit intelliForm® führender Anbieter von E-Government-Lösungen speziell in den Bereichen Virtuelles Bauamt mit dem XBau-Standard, Efa-Dienste und OZG. Die modellbasierte Entwicklungsumgebung für formularbasierte Workflows ist in vielen Bundesländern auf landes- und kommunaler Ebene im Einsatz.</p>
D-7	 <p><b>Form Solutions</b></p>	<p><b>Form-Solutions GmbH</b> Ansprechpartner: Matthias Eisenblätter Bahnhofstraße 10 D-76137 Karlsruhe Telefon: +49 (0) 721 / 754055-0 Fax: +49 (0) 721 / 754055-17 E-Mail: <a href="mailto:info@form-solutions.de">info@form-solutions.de</a> Internet: <a href="http://www.form-solutions.de">www.form-solutions.de</a></p>	<p>Neben einem umfassenden Sortiment rechtssicherer Antragsassistenten können im Handumdrehen eigene Webapplikationen mit intelligenter Verfahrenslogik selbst erstellt und medienbruchfrei in die behördliche Umgebung integriert werden. Bundesweit nutzen über 2.200 behördliche Kunden das Antragsmanagement 4.0.</p>
D-8	 <p><b>Public Services</b></p>	<p><b>S-Public Services GmbH</b> Hauptstraße 27 a D-88699 Frickingen Telefon: +49 (0) 7554 / 97090-00 Fax: +49 (0) 7554 / 97090-09 E-Mail: <a href="mailto:info@s-publicservices.de">info@s-publicservices.de</a> Internet: <a href="http://www.s-publicservices.de">www.s-publicservices.de</a></p>	<p>S-Public Services ist als Kompetenzzentrum E-Government der Sparkassen-Finanzgruppe erster Ansprechpartner für die öffentliche Hand sowie kommunalnahen Organisationen und Unternehmen. Mit Plug'n'Play-Lösungen rund um Payment-Services helfen wir gemeinsam mit den Sparkassen vor Ort bei der digitalen Transformation unterschiedlichster Bürgerservices.</p>
D-6	 <p><b>WER DENKT WAS</b></p>	<p><b>wer denkt was GmbH</b> Ansprechpartner: Dr. Tobias Klug Robert-Bosch-Straße 7 D-64293 Darmstadt Telefon: +49 (0) 6151 / 6291550 Fax: +49 (0) 6151 / 6291551 E-Mail: <a href="mailto:kontakt@werdenktwas.de">kontakt@werdenktwas.de</a> Internet: <a href="http://www.werdenktwas.de">www.werdenktwas.de</a></p>	<p>Die wer denkt was GmbH bietet umfassendes Know-How aus Forschung und Praxis für Ihre erfolgreiche digitale Bürgerbeteiligung. Wir begleiten kleine und große Kommunen u.a. mit dem Mängelmelder, Bürgerbefragungen, Ideenkarten, Leitlinien, Vorhabenlisten und individuellen Lösungen. Referenzen: Bremen, Heidelberg, Wuppertal, Friedrichshafen, Bad Homburg.</p>

E-Government

E-Partizipation

D-2	 DAS KOMMUNALE CMS <b>iKISS</b>	<b>ADVANTIC GMBH</b> Ansprechpartnerin: Katrin Wiese-Dohse Vierhorn 2 a-b D-23556 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 6 09 72-0 Fax: +49 (0) 451 / 6 09 72-20 E-Mail: info@advantic.de Internet: www.advantic.de	Ob BITV oder OZG: Mit dem kommunalen CMS iKISS von Advantic ist Ihre Verwaltung bestens gerüstet. Advantic betreut über 350 kommunale Kunden – darunter jeden 5. Landkreis – in mehr als 700 Projekten. Profitieren auch Sie von der langjährigen Erfahrung, flexiblen Lösungen für Internet und Intranet und dem erstklassigen Kundenservice.
D-2	 ProCampaign®	<b>ProCampaign®</b> c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@procampaign.de Internet: www.procampaign.de/kommune	Bürger-Online-Formular-Management und Tourismus-/Bürger-Kommunikation sind die typischen Anwendungsfelder für die EuroPriSe-zertifizierte SaaS Private Cloud-Lösung ProCampaign®. Die DSGVO-konforme Automatisierung von digitalen Prozessen birgt Potentiale echte Effizienzsteigerung und hilft, Prozesse zu standardisieren und dabei die Kosten im Griff zu halten.
D-3	 <b>NOLIS</b>	<b>NOLIS GmbH</b> Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	Bundesweit vertrauen Kommunen auf E-Government-Lösungen von NOLIS. Kompetente Ansprechpartner helfen bei allen Aufgaben rund um Stadt- und Serviceportal, CMS und Online-Services. Fachverfahren wie Bewerbermanagement, Kita-Platzvergabe, Web-GIS, Bürgertipps und viele weitere sind für den Einsatz in Kommunalverwaltungen optimiert.
D-4	 <b>sitepark</b>	<b>Sitepark Gesellschaft für Informationsmanagement mbH</b> Ansprechpartner: Thorsten Liebold Neubrückerstraße 8-11, D-48143 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 48 26 55-0 Fax: +49 (0) 251 / 4 82 65-55 Internet: www.sitepark.com	Wissens- und Contentmanagement für Internet, Intranet, Bürgerbüro und D115. Fachanwendungen für die Virtuelle Verwaltung, Geschäftsverteilungsplan, Helpdesk Ticket System, internes Telefonbuch, Presseservice. Partnerprogramm für KRZs. Top-Referenzen: Landesverwaltung Saarland, Saarbrücken, Wiesbaden, Hannover, Dresden, Wuppertal, Duisburg, Bottrop.
D-7	 <b>SEITENBAU</b>	<b>SEITENBAU GmbH</b> Ansprechpartner: Dominik Kraus Seilerstraße 7 D-78467 Konstanz Telefon: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-00 Fax: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-11 E-Mail: kraus@seitenbau.com Internet: www.seitenbau.com	SEITENBAU unterstützt die digitale Transformation des öffentlichen Sektors seit 20 Jahren mit hochwertigen kundenspezifischen Softwarelösungen. Wir bieten unseren Kunden Konzeption, technische Realisierung und sicheren Betrieb von E-Government-Fachanwendungen, Verwaltungsportalen, Social Intranets und Mobilanwendungen für die moderne Verwaltung.
D-3	 <b>KDN.SOZIAL</b> Kommunale IT	<b>KDN.sozial</b> Eigenbetriebsähnliche Einrichtung des KDN Technologiepark 14 D-33100 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 132-2241 Fax: +49 (0) 5251 / 132-272241 E-Mail: info@kdn-sozial.de Internet: www.akdn-sozial.de	Seit über 40 Jahren sind wir einer der führenden Anbieter von Software für Sozial- und Jugendämter sowie Jobcenter. Wir unterstützen die ganzheitliche Sachbearbeitung bei der Berechnung und Zahlung von Sozialleistungen und beim Fallmanagement. Zudem bieten wir eine Office-Integration sowie die Anbindung für Finanz-, Einwohnermelde- oder Dokumentenmanagementsysteme.
D-3	 <b>BARTHAUER</b> SOFTWARE	<b>Barthauer Software GmbH</b> Pillastraße 1a D-38126 Braunschweig Telefon: +49 (0) 531 / 23533-0 Fax: +49 (0) 531 / 23533-99 E-Mail: info@barthauer.de Internet: www.barthauer.de	Ressourcen bündeln, Effizienz steigern und damit Kosten minimieren: Wir bieten innovative Lösungen für das Infrastrukturmanagement von Ver- und Entsorgungsnetzen. Grundlage ist eine ganzheitliche Datenbankstruktur für die Planung, Verwaltung, Betriebsführung und Instandhaltung von Wasser, Abwasser, Gas, Kabel, Straße und weitere Infrastrukturanlagen.
D-7	 <b>AIDA ORGA</b> Geschäftsführungssysteme	<b>AIDA ORGA GmbH</b> Ansprechpartnerin: Sonia Welter Gültlinger Straße 3/1 D-75391 Gechingen Telefon: +49 (0) 7056 / 9295-0 Fax: +49 (0) 7056 / 9295-29 E-Mail: info@aida-orga.de Internet: www.aida-orga.de	AIDA ORGA bietet für kommunale Einrichtungen modulare, paßgenau abgestimmte Lösungen zur Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Zutrittsberechtigung etc., sowie Bauhoflösungen mit bedarfsgerechten Anwendungen zur Produktzeiterfassung gemäß NKF/NKHR oder Arbeits- und Leistungserfassung im Bauhof mit Maschinen und Fahrzeugen.
D-8	 <b>G&amp;W</b>	<b>G&amp;W Software AG</b> Ansprechpartner: André Steffin Rosenheimer Straße 141 h D-81671 München Telefon: +49 (0) 89 / 5 15 06-4 Fax: +49 (0) 89 / 5 15 06-999 E-Mail: info@gw-software.de Internet: www.gw-software.de	CALIFORNIA von G&W – Ihre Software zur Optimierung der Prozesse und Kosten von Bau und Unterhalt in Kommunen und kommunalen Eigenbetrieben im NKF mit den Schwerpunkten Kostenplanung, AVA, Baucontrolling, Zeitvertragsarbeiten. Kosten senken durch integriertes Baumanagement. Kostenoptimierung bei und mit Rahmenverträgen.
D-9	 <b>LogoData</b> ERFURT GmbH Spezialist für Jugendamt-Weblösungen	<b>LogoData ERFURT GmbH</b> Ansprechpartner: Steve Purrotat Maximilian-Welsch-Straße 4 D-99084 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 5661222 Fax: +49 (0) 361 / 5661223 E-Mail: info@logodata.de Internet: www.logodata.de	Seit über 30 Jahren entwickelt LogoData® Softwarelösungen für verschiedene Abteilungen der Jugendämter und freien Träger. Unsere Arbeit umfasst u.a. Installationen, Implementierungen, Schulungen, Weiterentwicklungen und den Support unserer Produkte. Wir sind Ihr zuverlässiger Dienstleister im Bereich Software und Beratung.

D-2	 It's simple. It's digital.	<b>xSuite Group GmbH</b> Ansprechpartner: Torge Link Hamburger Straße 12 D-22926 Ahrensburg Telefon: +49 (0) 162/1069592 E-Mail: info@xsuite.com Internet: www.xsuite.com	Als Softwarehersteller der SAP-zertifizierten xSuite® bieten wir für öffentliche Auftraggeber eine standardisierte, SAP-integrierte Lösung zur Rechnungsverarbeitung. Angesprochen werden die SAP-Module FI, MM, PSM und PSCD sowie der Kommunalmaster Finanzen. Es können alle Rechnungsformate wie Papier, PDF, XRechnung, ZUGFeRD, etc. verarbeitet werden.	Finanzwesen
D-2		<b>Cloud IX</b> c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@cloudix.de Internet: www.cloudix.de/kommune	Cloud IX bietet als zertifizierter Dienstleister führende SaaS-Lösungen. Eigene Videokonferenzen auf JITSI Meet Basis, verschlüsselte Matrix + Element Messaging-Dienste und Nextcloud stehen zur Miete in ISO 27001-zertifizierten und KRITIS-konformen Rechenzentren in Bremen zur Verfügung. Compliance-konform sind alle Managed Server mit notwendigen AV-Verträge ausgestattet.	Schul-IT
D-3	 H+H Software GmbH Softwarelösungen mit System	<b>H+H Software GmbH</b> Ansprechpartner: Dipl.-Inf. Michael Etscheid Maschmühlenweg 8-10, D-37073 Göttingen Telefon: +49 (0) 551 / 52208-0 Fax: +49 (0) 551 / 52208-25 E-Mail: info@hh-software.com Internet: www.hh-software.com www.netmanforschools.de	Als IT-Dienstleister und Softwarehersteller begleiten wir Bildungseinrichtungen seit über 30 Jahren auf ihrem Weg in die Digitalisierung. Unsere Schul-IT Lösung NetMan for Schools gewährleistet den sicheren IT-Betrieb im Schulnetz sowie einen verlässlichen Unterricht mit digitalen Medien. Wir betreuen Schulen von der Projektplanung über die Installation bis zum täglichen Betrieb.	
D-4	 kraft network engineering driving digital learning	<b>KRAFT Network-Engineering GmbH</b> Ansprechpartner: Dipl.-Ing. Karsten Kraft Eintrachtstraße 95 D-45478 Mülheim-Ruhr Telefon: +49 (0) 208 / 46959-60 Fax: +49 (0) 208 / 46959-70 E-Mail: info@KNE.de Internet: www.KNE.de	Die KNE GmbH setzt Maßstäbe für eine erfolgreiche Schul-IT. Mit der innovativen Softwarelösung School@min und dem leistungsstarken Betriebskonzept kann jedes Schulnetz auch stadtweltweit kosteneffizient gemanagt werden. Die volle Abdeckung jedes administrativen und pädagogischen Anforderungsprofils und die hohe Skalierbarkeit begeistern Anwender und Kostenträger.	
D-5	 AIXCONCEPT Einfach. Digital. Lernen.	<b>AixConcept GmbH</b> Ansprechpartner: Dipl.-Kfm. Volker Jürgens Wallonischer Ring 37 D-52222 Stolberg Telefon: +49 (0) 2402 / 38941-0 Fax: +49 (0) 2402 / 38941-30 E-Mail: info@aixconcept.de Internet: www.aixconcept.de	AixConcept liefert als Experte für digitale Bildung schlüsselfertige IT-Lösungen für Schulen. Mehr als 1.900 Institutionen erhalten Beratung, Konzeption und Umsetzung aus einer Hand. Aus der Zentrale in Stolberg bei Aachen und mit Partnern sorgt AixConcept deutschlandweit für den reibungslosen Betrieb der Schul-Netzwerke.	
D-7	 Logo DIDACT	<b>SBE network solutions GmbH</b> Ansprechpartner: Sales Team Edisonstraße 21-23 D-74076 Heilbronn Telefon: +49 (0) 7131 / 89840-60 E-Mail: vertrieb@sbe.de Internet: www.sbe.de	Mit LogoDIDACT bekommen Sie Ihre Schul-IT im Handumdrehen in den Griff. Der modulare Schulserver vereint kinderleichte Bedienung mit umfassenden Funktionen, die auf die Bedürfnisse moderner Schulen zugeschnitten sind. Über 3.000 Schulen vertrauen bereits auf die führende IT-Lösung für Schulnetzwerke. Von SBE network solutions.	
D-1	 Deutsches Vergabeportal E-Vergabe - Einfach. Schnell. Sicher.	<b>DTVP Deutsches Vergabeportal GmbH</b> Ansprechpartner: Lucas Spänhoff Sickingenstraße 70 D-10553 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 374343-810 Fax: +49 (0) 30 / 374343-822 E-Mail: vergabestellen@dtvp.de Internet: www.dtvp.de	DTVP bietet eine umfassende E-Vergabe-Lösung für Vergabestellen und unterstützt diese bei der elektronischen Durchführung von Vergabeverfahren. Neben einem breiten Funktionsumfang und offenen Schnittstellen liegen die Besonderheiten des Portals u.a. in der intuitiven Benutzerführung, die ohne Einführungsprojekte verständlich ist.	E-Procurement
D-5	 subreport DEUTSCHLANDS TOR ZUR AUFTRAGSWELT	<b>subreport Verlag Schawe GmbH</b> Ansprechpartnerin: Daniela Hammami Buchforststraße 1-15 D-51101 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 985 78 -28 Fax: +49 (0) 221 / 985 78 -66 E-Mail: daniela.hammami@subreport.de Internet: www.subreportCAMPUS.de	subreport-Kunden greifen auf 98% aller öffentlichen Aufträge zu. subreport ELViS ist seit 2001 die eVergabe-Plattform mit über 75.000 Bietern, die ohne Schulungsaufwand sofort einsetzbar ist, anwenderfreundlich und selbsterklärend. Auf subreport CAMPUS tauschen Auftraggeber u.a. Erfahrungen aus, der Lieferantenpool vernetzt Auftraggeber und Unternehmen.	
D-7	 TEK-SERVICE AG	<b>TEK-Service AG</b> Ansprechpartnerin: Monika Schmidt Eisenbahnstraße 10 D-79541 Lörrach Telefon: +49 (0) 7621 / 914040 Fax: +49 (0) 7621 / 9140429 E-Mail: schmidt@tek-service.de Internet: www.tek-service.de	TEK-Service AG ist das inhabergeführte Dienstleistungsunternehmen für E-Einkauf. Seit 2000 arbeiten wir bundesweit für Verwaltungen und Organisationen. Als lieferantenneutraler Dienstleister bieten wir webbasierte Technologie, umfassende Services, Helpdesk sowie branchenspezifische Beratung und Begleitung im operativen Tagesgeschäft des Einkaufs.	

**Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 7071.855-6770.**

## Geodaten-Management • Dokumenten-Management

D-4	 <p><b>GIS Consult GmbH</b> Schuldenbusch 3 D-45721 Haltern am See Telefon: +49 (0) 2364 / 9218-11 Fax: +49 (0) 2364 / 9218-72 E-Mail: info@gis-consult.de Internet: www.gis-consult.de</p>	GIS Consult ist Ihr Partner für anspruchsvolle GIS- und Datenbankprojekte, mit Standorten in Haltern am See und Erfurt. Mit Produkten im Infrastrukturmanagement, wie Straßen-, Baum-, Grün-, Spielplatzkataster auf Basis des WebGIS OSIRIS, bieten wir bis zu Portallösungen ein ganzheitliches Portfolio.	Geodaten-Management
D-4	 <p><b>con terra GmbH</b> Martin-Luther-King-Weg 20 D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 59689 300 Fax: +49 (0) 251 / 590 697 05 E-Mail: info@conterra.de Internet: www.conterra.de</p>	con terra unterstützt Kommunen und Behörden mit geobasierten Lösungen auf dem Weg in die digitale Zukunft. Mit Informationsportalen, Partizipationsangeboten und aufgabenzentrierten Apps sowie einer zukunftssicheren Infrastruktur sorgen wir für Erkenntnisgewinn, Transparenz und zufriedene Nutzer.	
D-0	 <p><b>LCS Computer Service GmbH</b> Gartenstraße 45 D-04936 Schlieben Telefon: +49 (0) 35361 / 350-300 Fax: +49 (0) 35361 / 350-100 E-Mail: egov@lcs-schlieben.de Internet: www.winyard.de</p>	Die zertifizierte WINYARD Suite vereint Dokumenten-, Workflow- u. Identifikationsmanagement. Sie optimiert innerbetriebliche Prozesse u. reduziert Fehlerquoten. Zur Erfass-, Klassifizier- u. Bearbeitung von Dokumenten stehen zahlreiche Möglichkeiten zur Verfügung. Sie gewährt alle Funktionen der reversionssicheren Aufbewahrung.	Dokumenten-Management
D-3	 <p><b>OPTIMAL SYSTEMS Vertriebsgesellschaft mbH Hannover</b> Ansprechpartner: Jörg Huesmann Wöhlerstraße 42, D-30163 Hannover Telefon: +49 (0) 511 / 123315-0 Fax: +49 (0) 511 / 123315-222 E-Mail: hannover@optimal-systems.de Internet: www.optimal-systems.de/hannover</p>	Die Verwaltungseffizienz zu steigern ist das Ziel und das Versprechen von OPTIMAL SYSTEMS. Mit der ECM-Suite enaio® erfüllt das Unternehmen nahezu alle Anforderungen moderner Verwaltungen und bietet u. a. Landkreisen, kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden, Kirchen und Stiftungen eine solide Basis für ein ganzheitliches Informationsmanagement.	
D-3	 <p><b>Ceyoniq Technology GmbH</b> Ansprechpartner: Alexander Dörner Boulevard 9 D-33613 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 9318-1000 Fax: +49 (0) 521 / 9318-1111 E-Mail: eGov@ceyoniq.com Internet: www.ceyoniq.com</p>	Seit über 30 Jahren ermöglicht die Ceyoniq Technology GmbH als Spezialist für ECM Unternehmen und Verwaltungen einen einfachen und sicheren Umgang mit Informationen – durch digitale Lösungen, die Prozesse beschleunigen und optimieren. nscale eGov deckt von einem E-Akte-Basisdienst bis zur Schriftgutverwaltung alle Anforderungen der öffentlichen Verwaltung ab.	
D-4	 <p><b>Materna Information &amp; Communications SE</b> Ansprechpartnerin: Andrea Siwek-Schmidt Voßkuhle 37 D-44141 Dortmund Telefon: +49 (0) 231 / 55 99-82 92 Fax: +49 (0) 231 / 55 99-9 82 92 E-Mail: Andrea.Siwec-Schmidt@materna.de Internet: www.materna.de</p>	IT-Dienstleister für den Public Sector seit fast 40 Jahren. Unser Portfolio für die digitale Transformation der Verwaltung umfasst umfangreiche Beratung und zahlreiche Lösungsbausteine für die medienbruchfreie Prozessgestaltung in der Kommunikation mit Bürgern und Unternehmen sowie für die zeitgemäße E-Verwaltungsarbeit.	
D-4	 <p><b>d.velop public sector GmbH</b> Edisonstraße 2 D-49716 Meppen Telefon: +49 (0) 59 31/93 98-0 Fax: +49 (0) 59 31/93 98-25 E-Mail: info@pubs.d-velop.de Internet: www.d-velop.de/public-sector</p>	Die d.velop public sector GmbH (ehemals codia) ist seit über 20 Jahren innovativer Lösungsanbieter für das gesamte ECM-Umfeld mit Spezialisierung auf öffentliche Verwaltungen und Hochschulen sowie Universitäten. Die eingesetzten Lösungen lassen sich an die jeweiligen Anforderungen anpassen oder in Fachanwendungen integrieren.	
D-7	 <p><b>comundus regisafe GmbH</b> Ansprechpartnerin: Katja Benkenstein Heerstraße 111 D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 96528-233 Fax: +49 (0) 7151 / 96528-999 E-Mail: k.benkenstein@regisafe.de Internet: www.regisafe.de</p>	E-Government leicht gemacht – mit regisafe. Von Verwaltungsexperten entwickelt, bietet das DMS regisafe maßgeschneiderte Lösungen. Einführung der E-Akte, Anbindung von Fachverfahren, smarte Workflows, Ratsinformation, Onlineportale uvm. Wir begleiten öffentliche Verwaltungen ins digitale Zeitalter.	
D-7	 <p><b>GELAS GmbH</b> Digitalisierungssysteme Anton-Schmidt-Straße 3, D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 9534-70 Fax: +49 (0) 7151 / 9534-1 E-Mail: info@gelas.de Internet: www.gelas.de</p>	Questys und nunmehr die neue Produktgeneration Questys Next Generation – kurz QNG – ist heute eines der führend eingesetzten ECM-Systeme für das Dokumentenmanagement und die Archivierung in der öffentlichen Verwaltung in Baden-Württemberg. Im Rahmen der Cyber-Security-Strategie wird QNG heute mit WORM-Technologie eingesetzt.	
D-9	 <p><b>PDV GmbH</b> Haarbergstraße 73 D-99097 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 4407-100 Fax: +49 (0) 361 / 4407-299 Internet: www.pdv.de/kontakt</p>	Die PDV GmbH zählt zu den leistungsstärksten ECM-Herstellern & Service-Anbietern in Deutschland. Zu den Kunden zählen Verwaltungen auf Bundes- und Landesebene, Steuer- und Finanzbehörden, Kirchen und Wohlfahrtsunternehmen, Städte und Kommunen, Gerichte, Staatsanwaltschaften, Polizei, aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen.	

D-7		<b>S-Management Services GmbH</b> Ansprechpartner: Peter Höcherl Am Wallgraben 115 70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 782 129-00 E-Mail: peter.hoecherl@s-management-services.de Internet: www.s-management-services.de	Die S-Management Services GmbH ist Full-Service-Dienstleister für Formularanwendungen und bietet Kommunalverwaltungen und Landesbehörden einen breiten Katalog an Online-Formularen für die OZG-Umsetzung und andere E-Government-Vorhaben. Als Tochter des Deutschen Sparkassenverlags unterstützt sie mehr als 370 Sparkassen und Landesbanken.	E-Formulare
D-7		<b>W. Kohlhammer</b> <b>Deutscher Gemeindeverlag GmbH</b> Heßbrühlstraße 69, D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 78 63-73 55 Fax: +49 (0) 711 / 78 63-84 00 E-Mail: dgv@kohlhammer.de Internet: www.kohlhammer.de	Der Kohlhammer Formularserver KoFoS ist eine zukunftsorientierte Lösung für das eGovernment. KoFoS erfüllt die hohen Anforderungen des Media@Komm-Projektes und stellt Ihnen damit, in Verbindung mit unseren aktuellen und rechtsicheren Formularen, eine zuverlässige technologische Lösung zur Verfügung.	E-Formulare
D-2		<b>rexx systems GmbH</b> Ansprechpartner: Florian Walzer Süderstraße 75-79 D-20097 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 890080-0 Fax: +49 (0) 40 / 890080-120 E-Mail: info@rexx-systems.com Internet: www.rexx-systems.com	rexx systems bietet Software-Lösungen in den Bereichen Recruiting, Talent Management sowie Human Resources und überzeugt als ganzheitlicher Lösungsanbieter durch herausragende Effizienzsteigerung und zuverlässige Technik. Die einfach zu bedienende, hochskalierbare Software ist für Kunden jeder Größe und Branche geeignet.	Personalwesen
D-3		<b>NOLIS GmbH</b> Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	NOLIS   Recruiting ist eine komfortable Bewerbungsmanagement-Lösung mit zahlreichen speziell auf die öffentliche Verwaltung abgestimmten Features. Mit Schnittstellen zu relevanten Stellenbörsen, CV-Parsing und einem individuellen Karriereportal wirken Sie dem Fachkräftemangel clever entgegen.	Personalwesen
D-7		<b>MHM HR // MHM-Systemhaus GmbH</b> Ansprechpartner: Steffen Michel Presselstraße 25 a D-70191 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 120 909-31 Fax: +49 (0) 711 / 120 909-11 E-Mail: welcome@mhm-hr.com Internet: www.mhm-hr.com	MHM HR entwickelt Bewerbermanagement-Software für Profis. Mit MHM eRECRUITING können öffentliche Auftraggeber ihre Bewerbungen intelligent managen. Integrierte Zusatzfunktionen wie MHM MULTIPOSTING mit HR-ANALYTICS, CV-Parsing, FIRSTBIRD (Mitarbeiter-Empfehlungsprogramm) und diagnostische Testverfahren ergänzen das Angebot von MHM HR.	Personalwesen
D-5		<b>hallobtf! gmbh</b> Ansprechpartnerin: Yvonne Paris Breite Straße 28-30 D-50667 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 977 608-0 Fax: +49 (0) 221 / 977 608-20 E-Mail: info@hallobtf.de Internet: www.hallobtf.de	Kai: Marktstandard für die kommunale Inventarisierung. In mehr als 500 öffentlichen Verwaltungen im Einsatz. Erstfassung und laufende Bestandsführung im perfekten Zusammenspiel mit dem Anlagenbuch (u.a. SAP, INFOMA). Revisions sichere Inventur-Planung und Durchführung. Frei konfigurierbare Datenfelder. Barcode. Mobile Erfassung.	Inventarisierung
D-2		<b>CC e-gov GmbH</b> Tempowerkring 7 D-21079 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 2271 99-0 Fax: +49 (0) 40 / 2271 99-71 E-Mail: info@cc-egov.de Internet: www.cc-egov.de	ALLRIS – Sitzungsmanagement der Premiumklasse. Sitzungsdienst, Gremieninformation und -kooperation, Bürgerbeteiligung. Komplettlösung inkl. Webhosting aus einer Hand. CC ECM – E-Akte, Workflow und Archiv für die ganze Verwaltung. Integration von Fachverfahren und Bürossoftware. Ihr Partner vom Konzept bis zur Umsetzung.	Sitzungsmanagement
D-3		<b>STERNBERG Software GmbH &amp; Co. KG</b> Ansprechpartner: Jan-Christopher Reuscher Kerkmannstraße 1 D-33729 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 97700 0 Fax: +49 (0) 521 / 97700 99 E-Mail: info@sternberg24.de Internet: www.sitzungsdienst.net	STERNBERG bietet mit seinem Sitzungsmanagement SD.NET, dem Gremieninfosystem SD.NET RIM und den RICH SitzungsApps für iOS, Android und Windows eine Lösung für die digitale Verwaltungs- und Gremienarbeit. In Politik, Wirtschaft und Bildung arbeiten Sie so plattformübergreifend, nutzen Informationen gemeinsam und optimieren zahlreiche Prozesse.	RIS   Sitzungsmanagement
D-5		<b>more! software GmbH &amp; Co. KG</b> Ansprechpartner: Dipl. Inf. Thomas Franz Aubachstraße 30 D-56410 Montabaur Telefon: +49 (0) 2602 / 838870 E-Mail: vertrieb@more-rubin.de Internet: www.more-rubin.de	more! rubin - Sitzungsmanagement und Gremieninfo - mobil, digital, sicher. Die professionelle Lösung für Sitzungsmanagement aus einer Hand. Langjährige Erfahrung im Bereich der digitalen Gremienentscheidungen und der schnellen, papierlosen Gremienkommunikation.	Sitzungsmanagement
D-2		<b>ColocationIX GmbH</b> Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@colocationix.de Internet: www.colocationix.de/kommune	Nach EN50600 Klasse 4 designt, mit Grünstrom betrieben und mit Geothermie gekühlt ist ColocationIX Deutschlands innovativstes Rechenzentrum für den Public Sector und KRITIS. Außerdem: ISO 27001 ISMS, Sauerstoff-Reduktion, 3-fach-Zutrittskontrolle, Anbindungen mit mehr als 2.000 Peers und Direktverbindungen zu DECIX, AMSIX und LINX.	IT-Infrastruktur

D-3		<b>Net at Work GmbH</b> Ansprechpartnerin: Aysel Nixdorf Am Hoppenhof 32A D-33104 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 304 600 E-Mail: aysel.nixdorf@netatwork.de Internet: www.nospamproxy.de	NoSpamProxy von Net at Work ist eine umfassende Lösung für sichere E-Mail-Kommunikation ‚Made in Germany‘. Sie schützt besonders zuverlässig vor Spam, Malware und anderen Cyber-Bedrohungen, bietet eine praxistaugliche und rechtskonforme E-Mail-Verschlüsselung und wurde wiederholt zum benutzerfreundlichsten Produkt ausgezeichnet.	IT-Security
D-9		<b>NCP engineering GmbH</b> Ansprechpartner: Bernd Nüßlein Dombühler Straße 2 D-90449 Nürnberg Telefon: +49 (0) 911 / 9968-0 Fax: +49 (0) 911 / 9968-299 E-Mail: info@ncp-e.com Internet: www.ncp-e.com	NCP entwickelt seit über 30 Jahren universelle Software für die einfache und sichere Vernetzung von Endgeräten und Systemen über öffentliche Netze. Um Digitalisierungsinitiativen voranzutreiben, nutzen viele Ministerien und Verwaltungseinrichtungen NCP-Produkte mit BSI-Zulassung u.a. für flexible Homeoffice-Anbindung.	Breitband
D-1		<b>DNS:NET Internet Service GmbH</b> Zimmerstraße 23 D-10969 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 66765-0 Fax: +49 (0) 30 / 66765-499 E-Mail: info@dns-net.de Internet: www.dns-net.de	DNS:NET als Experte für Breitbandausbau und Betreiber von Glasferringen investiert gezielt in unterversorgte Regionen und baut eigene Netzinfrastrukturen für HighSpeedInternet auf. Dabei wird auf regionale Kooperation gesetzt, Kommunen und Städte werden zukunftssicher mit Glasfaser erschlossen. Kontakt für Anfragen von Kommunen: glasfaserausbau@dns-net.de	Breitband
D-3		<b>goetel GmbH</b> Tuchmacherweg 8 D-37079 Göttingen Telefon: +49 (0) 551 / 384 88 0 Fax: +49 (0) 551 / 385 88 88 Hotline: +49 (0) 551 / 384 55555 E-Mail: info@goetel.de Website: www.goetel.de	Als regionaler Carrier versorgt die goetel GmbH seit 1998 private und Geschäftskunden aus Göttingen/Umgebung mit Tel. – und Internetprodukten versch. Bandbreiten. Durch den Ausbau des eigenen Netzes erweitert goetel kontinuierlich das Angebot und hat sich auf die Erschließung des ländlichen Raumes mit Glasfaserinfrastruktur spezialisiert.	Breitband
D-2		<b>Consultix GmbH</b> Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@consultix.net Internet: www.consultix.de/kommune	Digitale Transformation, Beratung und Betriebskonzepte für IT, webbasierte Kommunikation und zentrales Online-Formular-Management. ISO 27001/27018 und EuroPriSe-zertifizierte Plattformlösungen für das Management personenbezogener Daten. Rechtssicherheit und Compliance-Konformität aller bürgerzentrierten Lösungen dank eigener Rechenzentren in Deutschland.	Consulting
D-4		<b>best practice consulting AG</b> Ansprechpartner: Herr Pascal Gasch Am Mittelhafen 16, D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 163 / 6360760 Fax: +49 (0) 251 / 287798-1 E-Mail: Pascal.Gasch@bpc.ag Internet: www.bpc.ag	Über 20 Jahre Erfahrung in der IT-Beratung von Kommunen und unsere SAP S/4HANA Expertise sind die Basis unseres bpc S/4-Masters für Kommunen: Mit digitaler Haushaltsplanung, Drucklösung, mobilem Reporting und Fiori-basierter Prozessdigitalisierung begleiten wir Kommunen auf ihrem Weg zur intelligenten Verwaltung.	Consulting
D-1		<b>Girona Softwareentwicklung und Vertriebsgesellschaft mbH</b> Ansprechpartner: Philipp Jänsch Machnower Straße 21 D-14165 Berlin Telefon: 030 / 609 88 79 70 E-Mail: office@girona.de Internet: www.Girona.de/ www.Konsentas.de	Konsentas ist ein flexibles, für Sie maßgeschneidertes, Online-Termin-Management-System für die vielseitigen Aufgaben der Verwaltung. Perfekt zum Abwickeln von Veranstaltungen (u. a. IfSG, SEU). Inklusive E-Payment, Anbindung an Fachverfahren & OZG-Umsetzungen + ein modernes webbasiertes Aufrufsystem mit dynamischen Wartelisten.	Online-Termine
D-0		<b>Lecos GmbH</b> Ansprechpartner: Peter Kühne Prager Straße 8 D-04103 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 2538-0 Fax: +49 (0) 341 / 2538-100 E-Mail: info@lecos.de Internet: www.lecos.de	Die Lecos GmbH ist ein BSI-zertifiziertes Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für den Einsatz von Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Wir unterstützen unsere Kunden seit 2001 bei der Gestaltung moderner Verwaltungsprozesse – von der strategischen IT- und Organisationsberatung bis hin zu operativen Rechenzentrums- und IT-Leistungen.	Komplettlösungen
D-0		<b>procilon GmbH</b> Ansprechpartner: Andreas Liefeth Leipziger Straße 110 D-04425 Taucha bei Leipzig Telefon: +49 (0) 34298 / 4878-10 Fax: +49 (0) 34298 / 4878-11 E-Mail: info@procilon.de Internet: www.procilon.de	proGOV VPS – Die intelligente Middleware für den Öffentlichen Dienst – Sichere Kommunikation als virtuelle Poststelle (VPS) z.B. über OSCI, EGVP, De-Mail, autom. Archivbindung, Langzeitarchivierung gem. TR ESOR, Signatur, PKI, Fachverfahrensintegration, lückenlose Integration von Funktionalitäten des neuen Personalausweises – (nPA) in Online-Portale u.v.m.	Komplettlösungen
D-0		<b>GISA GmbH</b> Leipziger Chaussee 191 a D-06112 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 585-0 Fax: +49 (0) 345 / 585-2177 E-Mail: kontakt@gisa.de Internet: www.gisa.de	Als IT-Spezialist und Cloud Service Provider bietet GISA umfassende IT-Lösungen für öffentliche Auftraggeber: von der Strategie und Beratung über die Entwicklung und Implementierung bis hin zum Outsourcing kompletter Geschäftsprozesse und IT-Infrastrukturen. Wir unterstützen Sie dabei, Ihre Digitalisierung zu meistern!	Komplettlösungen

D-1		<b>Telecomputer Gesellschaft für Datenverarbeitung mbH</b> Ansprechpartnerin: Elke Wegener Wilhelm-Kabus-Straße 9, D-10829 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 1210012-0 E-Mail: info@telecomputer.de Internet: www.telecomputer.de	Seit über 40 Jahren Partner für Kommunen: Als einer der Marktführer im Bereich Verkehrswesen bieten wir flexible, zuverlässige IT- und eGovernment-Lösungen mit einem hohen Maß an Integration und Interoperabilität. Unser Service umfasst die Beratung, Entwicklung, Integration, Schulung, Pflege und den Support in verschiedenen Ausbaustufen.
D-2		<b>MACH AG</b> Ansprechpartner: Oliver Wunder Wielandstraße 14 D-23558 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 70647-217 E-Mail: oliver.wunder@mach.de Internet: www.mach.de	Digitale Akten, Transparenz im Finanzhaushalt, effiziente Personalprozesse – die MACH AG unterstützt seit 1985 kommunale Verwaltungen bei Digitalisierungsvorhaben. Wir leben den Anspruch, digital zu denken und menschlich zu handeln. Mit Expertise und eigener Software stärken wir nachhaltig unsere Kunden – und damit Deutschland.
D-2		<b>Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO)</b> Ansprechpartnerin: Tina Thüer Elsässer Straße 66, D-26121 Oldenburg Telefon: +49 (0) 441 / 9714-0 Fax: +49 (0) 441 / 9714-148 E-Mail: info@kdo.de Internet: www.kdo.de	Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Niedersachsen deckt die KDO das gesamte Anforderungsprofil öffentlicher IT ab: Individual- und Standard-Fachanwendungen, Hosting und zentraler Betrieb, Cloud- und E-Government-Lösungen, Datenschutz und vieles mehr. Wir sind Kompetenzzentrum für Kommunen – seit über 45 Jahren!
D-3		<b>GovConnect GmbH</b> Jathostraße 11b, D-30163 Hannover Geschäftstelle Oldenburg Ansprechpartner: Jörn Bargfrede Nadorster Straße 228, D-26123 Oldenburg Telefon: +49 (0) 441 / 97353-0 E-Mail: info@govconnect.de Internet: www.govconnect.de	Die GovConnect GmbH unterstützt den öffentlichen Sektor kompetent und zuverlässig bei der Verwaltungsdigitalisierung. Das Produktportfolio umfasst u. a. Lösungen aus den Bereichen Ordnungswidrigkeiten, Online-Bezahlverfahren, Datenschutz, Hund & Halter sowie einen umfassenden Modulbaukasten zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes.
D-3		<b>krz Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg / Lippe</b> Ansprechpartner: Lars Hoppmann Am Lindenhaus 19, D-32657 Lemgo Telefon: +49 (0) 5261 / 252-0 Fax: +49 (0) 5261 / 252-200 E-Mail: info@krz.de Internet: www.krz.de	Das krz ist der bundesweit erste BSI-zertifizierte Informatik-Dienstleister für Kommunen. Als erfolgreicher Projektpartner und Integrator bietet die kommunale Einrichtung modernste Fachverfahren im kostengünstigen ASP-Betrieb für alle Kunden an und leistet seit mehr als 50 Jahren einen wesentlichen Beitrag zu einer dienstleistungsorientierten Verwaltung.
D-3		<b>ekom21 – KGRZ Hessen</b> Ansprechpartnerin: Gabi Göpfert Carlo-Mierendorff-Straße 11 D-35398 Gießen Telefon: +49 (0) 641 / 9830-1220 Fax: +49 (0) 641 / 9830-2020 E-Mail: ekom21@ekom21.de Internet: www.ekom21.de	ekom21 steht für das größte BSI-zertifizierte kommunale IT-Dienstleistungsunternehmen in Hessen und für den drittgrößten kommunalen IT-Dienstleister in Deutschland. Mit einem umfassenden Produkt- und Dienstleistungsportfolio betreut die ekom21 über 700 Kunden mit 30.000 Anwendern und hat sich auf Komplettlösungen für den öffentlichen Dienst spezialisiert.
D-3		<b>KID Magdeburg GmbH</b> Ansprechpartnerin: Andrea Pape Alter Markt 15 D-39104 Magdeburg Telefon: +49 (0) 391 / 2 44 64-0 Fax: +49 (0) 391 / 2 44 64-400 E-Mail: info@kid-magdeburg.de Internet: www.kid-magdeburg.de	Die KID Magdeburg GmbH ist ein Systemhaus mit kommunalen Gesellschaftern. Zu ihnen gehören die Landeshauptstadt Magdeburg und weitere Kommunen über die Kommunale IT-UNION eG (KITU). Die Produkte und Dienstleistungen steuern die zentralen IT-Prozesse innerhalb der öffentlichen Verwaltung sowie in Unternehmen speziell des Public Sector.
D-4		<b>ab-data GmbH &amp; Co. KG Kommunale Systemlösungen</b> Friedrichstraße 55 D-42551 Velbert Telefon: +49 (0) 2051 / 944-0 Fax: +49 (0) 2051 / 944-288 E-Mail: info@ab-data.de Internet: www.ab-data.de	ab-data bietet als Marktführer webbasierter Finanzsoftware für Kommunen zukunfts- und investitionssichere Qualitätsprodukte an. Hierzu zählen auch webbasierte Systemlösungen und Services. Das ab-data Finanzwesen wird in allen Flächenbundesländern erfolgreich von Kleinstverwaltungen bis zu Landeshauptstädten eingesetzt.
D-4		<b>PROSOZ Herten GmbH</b> Ewaldstr. 261 D-45699 Herten Telefon: +49 (0) 23 66 / 188-0 Fax: +49 (0) 23 66 / 188-111 E-Mail: info@prosoz.de Internet: www.prosoz.de	PROSOZ Herten hat sich in über 30 Jahren vom Softwarehersteller für Kommunen zum Komplettlösungsanbieter in den Bereichen Soziales, Jugend sowie Bauen und Umwelt entwickelt. Mit Software- und Beratungsdienstleistungen sowie BI-Lösungen begleitet Prosoz Kommunen auf dem Weg der digitalen Transformation.
D-4		<b>JCC Software</b> Mendelstrasse 11 D-48149 Münster Telefon: +49 (0) 256 / 294539-99 E-Mail: info@jccsoftware.de Internet: www.jccsoftware.de	Besucherströme im Rathaus optimieren? Mit dem JCC-Besucherleit- und Terminvereinbarungssystem machen Sie den ersten wichtigen Schritt. Sie reduzieren die Wartezeit, steigern die Zufriedenheit von Mitarbeiter*innen und Besucher*innen und minimieren unerwünschten Begegnungskontakt in der Corona-Zeit. Jetzt kostenlose Demo anfordern.

## Komplettlösungen (Fortsetzung)

D-5		<b>Nagarro ES</b> Ansprechpartner: Dr. Norbert Rheindorf An der Schusterinsel 3 D-51379 Leverkusen Telefon: +49 (0) 611 / 71189202 E-Mail: info@nagarro-es.com Internet: www.nagarro-es.com	Nagarro ES ist ein führender deutscher IT-Full-Service-Provider für kritische Unternehmensapplikationen und komplexe ERP-Landschaften. Suite4Public: SAP-basierte Lösung für Städte, Landkreise und AöRs. Fit für die Zukunft mit Suite4Doppik – Abbildung des doppelten, kommunalen Finanzwesens und Suite4KA – Veranlagung von Steuern.
D-5		<b>Südwestfalen-IT (Kommunaler Zweckverband)</b> Sonnenblumenallee 3, D-58675 Hemer St. Johann-Straße 23, D-57074 Siegen Telefon: +49 (0) 271 / 30321-0 Fax: +49 (0) 271 / 30321-1010 (Hemer) Fax: +49 (0) 271 / 30321-1020 (Siegen) Internet: www.sit.nrw	Verwaltungen müssen sparen und gleichzeitig immer bürgerfreundlicher werden. Die Südwestfalen-IT (SIT) hat sich dieser Herausforderung angenommen. Sie ist Anfang 2018 aus dem Zusammenschluss der Citkomm und KDZ Westfalen-Süd entstanden. Im Fokus ihres Strebens steht die kundenspezifische Optimierung von Verwaltungsprozessen.
D-5		<b>Kommunix GmbH</b> Ansprechpartner: Joseph Buntén Friedrich-Ebert-Straße 74 D-59425 Unna Telefon: +49 (0) 2303 / 254700 Fax: +49 (0) 2303 / 40049 E-Mail: info@kommunix.de Internet: www.kommunix.de	Organisationswerkzeuge für Behörden: Das Besucherleit- und Terminmanagementsystem TEVIS. Effiziente und komfortable Bearbeitung von Ausländerfachverfahren mit ADVIS. Vom Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft bis zur Aushändigung der Urkunde mit EINBÜRGERUNG. Abwicklung von Verpflichtungserklärungen mit VISITVIS.
D-6		<b>LORENZ Orga-Systeme GmbH</b> Ansprechpartner: Christian Koch Eschborner Landstraße 75 D-60489 Frankfurt am Main Telefon: +49 (0) 69 / 78991-900 Fax: +49 (0) 69 / 78991-110 E-Mail: info@lorenz-orga.de Internet: www.lorenz-orga.de	Der Spezialist für kommunale Anwendungen in den Bereichen Archivierung, Dokumenten-Management und Workflow. Speziallösungen für KFZ-Wesen, Kasse, Steueramt, Bauaufsicht, Sozialwesen, Pass, Standesamt, Einwohner, Aktenplan-, Registratur- und Schriftgutverwaltung uvm. Verfügbar als Standalone- und Cloud-Nutzung.
D-6		<b>OrgaSoft Kommunal GmbH</b> Am Felsbrunnen 9 D-66119 Saarbrücken Telefon: +49 (0) 681 / 87004-0 Fax: +49 (0) 681 / 87004-90 E-Mail: vertrieb@o-s-k.de Internet: www.o-s-k.de	OrgaSoft Kommunal bietet mit KIS♦KRW den allumfassenden Lösungsansatz für das Rechnungswesen von Kommunen, Eigenbetrieben und Werken. Zahlreiche integrierte KIS♦Fachverfahren ergänzen das Angebot. KIS ist das Kommunale Integrierte System aus einer Hand – eine Eigenentwicklung mit der Erfahrung aus 40 Jahren kommunaler Datenverarbeitung.
D-7		<b>ISGUS GmbH</b> Ansprechpartner: Klaus Wössner Oberdorfstraße 18-22 D-78054 Villingen-Schwenningen Telefon: +49 (0) 7720 / 393-0 E-Mail: info@isgus.de Internet: www.isgus.de	ZEUS® Workforce Management von ISGUS beinhaltet die Module der Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Betriebsdatenerfassung und Unternehmenssicherheit. Ganz individuell auf Ihre Anforderungen und Ihre Branche zugeschnitten. Unsere Kunden nutzen die Lösungen vollkommen wahlfrei On-Premise oder als Software as a Service.
D-8		<b>AKDB - Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern</b> Hansastraße 12-16 D-80686 München Telefon: +49 (0) 89 / 5903-0 Fax: +49 (0) 89 / 5903-1845 E-Mail: mailbox@akdb.de Internet: www.akdb.de	Der Marktführer für kommunale Software: Die AKDB und ihre Partner bieten Entwicklung, Pflege und Vertrieb von IT-Lösungen für alle Bereiche der Kommunalverwaltung – inklusive Beratung und Schulung. Das Bürgerservice-Portal ist die bundesweit reichweitenstärkste E-Government-Plattform für Online-Verwaltungsdienste.
D-8		<b>Kolibri software &amp; systems GmbH</b> Ansprechpartner: Thomas Dietrich Nicolaus-Otto-Str. 11 D-82205 Gilching Telefon: +49 (0) 8105 / 3760-0 Fax: +49 (0) 8105 / 3760-20 E-Mail: vertrieb@kolibri-software.de Internet: www.kolibri-software.de	Branchenspezialist für Grundstücksinformationssysteme, Liegenschaftsverwaltung und Gebäudemanagementsysteme (CAFM) und Bauverwaltungslösungen. Die modular aufgebaute Softwarelösung hat Schnittstellen zu allen gängigen GIS- / Finanz- und DMS-Anwendungen, hat Web Module und kann gehostet werden. Wir beraten und implementieren.
D-8		<b>Axians Infoma GmbH</b> Ansprechpartnerin: Stephanie Eifert Hörvelsinger Weg 17-21 D-89081 Ulm Telefon: +49 (0) 731 / 1551-213 Fax: +49 (0) 731 / 1551-555 E-Mail: stephanie.eifert@axians-infoma.de Internet: www.axians-infoma.de	Axians Infoma ist führender Anbieter von Software-Lösungen und Dienstleistungen im kommunalen Markt. Mit der modularen Software Infoma newssystem steht eine einzigartige integrierte Komplettlösung für das Finanzwesen zur Verfügung, ergänzt um Fachverfahren und Lösungen rund um das Thema E-Government.

**Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 7071.855-6770.**

# Vorschau

Die nächste Ausgabe (6/2022) erscheint am 31.05.2022



## Gemeinsam innovativ

Im Rahmen einer Innovationspartnerschaft mit der Hochschule und dem ansässigen Energieversorger EWR hat sich die Stadt Worms auf den Weg zur Smart City gemacht. Die ersten Projekte zeigen bereits Wirkung.



## EfA-Prinzip in der Praxis

Die Vorgaben des Onlinezugangsgesetzes (OZG) müssen Ende dieses Jahres erfüllt sein. Wie weit ist die Umsetzung gediehen, und funktioniert die Nachnutzung einmal entwickelter digitaler Verwaltungsservices in der Praxis?



## IT-Schwerpunkte im Juni

In der Rubrik Informationstechnik zeigen wir unter anderem, worauf Behörden bei der Auswahl von Whistleblower-Systemen achten sollten. Weitere Themen lauten E-Rechnung und Formular-Management.



## Digitaler Aufbruch

Nach coronabedingter Pause lädt der 8. Zukunftskongress Staat & Verwaltung in diesem Jahr wieder live nach Berlin ein. Als Leitgedanke der Veranstaltung dienen zehn Zukunftsaufgaben, vor denen Deutschlands Verwaltungen bis 2025 stehen.

### Inserentenverzeichnis dieser Ausgabe

AKDB .....	2	ekom21 .....	5	Optimal Systems .....	45
Axiaris Infoma .....	7	Form-Solutions .....	21	PayPal .....	39
BBV Deutschland .....	23	G&W Software .....	49	regio iT .....	29
CC e-gov .....	3	Handelsblatt .....	55	Trinuts .....	41
CSG Systems .....	37	HSH .....	31	Vereon .....	33
Deutsche GigaNetz .....	9	ITEBO .....	51	Branchenindex IT-Guide ...	58 - 65
Deutsche Glasfaser .....	53	Kommunix .....	15, 17		
devolo .....	67	Nolis .....	68		

### Impressum

Verlag und Herausgeber: K21 media GmbH  
Olgastraße 7  
72074 Tübingen  
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6770  
Fax: +49 (0) 70 71 / 855 - 6773  
E-Mail: info@k21media.de  
Internet: www.k21media.de

Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Presserechts und Chefredakteur: Alexander Schaeff  
Olgastraße 7  
72074 Tübingen  
E-Mail: redaktion@kommune21.de

Redaktion: Bettina Weidemann (stellv. Chefredakteurin)  
Verena Barth  
Alexandra Braun  
Thomas Nolte (Volontär)  
Dr. Helmut Merschmann (Freier Mitarbeiter)

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Sara Ott  
Olgastraße 7  
72074 Tübingen  
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855-2787  
E-Mail: s.ott@k21media.de

Seit dem 1.1.2022 gilt die Preisliste Nr. 22 der Media Information 2022.

Erscheinungsweise: monatlich  
ISSN: 1618-2901

Einzelpreis Inland: 9,00 € (zzgl. Porto und Versand)  
Jahresabonnement Inland: 104,00 € (Abonnement frei Haus)  
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6770

Bankverbindung: Kreissparkasse Tübingen,  
BLZ 641 500 20  
Kontonr. 155 010

Layout: tebitron gmbh, Gerlingen

Druck: Druckerei Raisch GmbH & Co. KG  
Auchterstraße 14  
72770 Reutlingen

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Grafiken und Bilder wird keine Haftung übernommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Die Zustimmung zum Abdruck und zur Veröffentlichung wird vorausgesetzt. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zur deren Vervielfältigung und Verbreitung Online oder Offline sowie das Recht zur öffentlichen Zugänglichmachung im Internet ohne zusätzliche Vergütung. Honorare nach Vereinbarung.

Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die ausschließlichen urheberrechtlichen Nutzungsrechte für angenommene und veröffentlichte Beiträge liegen bei dem Verlag. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden oder in eine andere Sprache übersetzt werden.

Artikel, die mit Namen oder Signet des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

© Copyright 2022 K21 media GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

### Bildnachweis:

ANGA COM (56); auremar/stock.adobe.com (34); Barbara van Rey (18); B. Bertram (66); BBV Deutschland (48); BREKO Verband (57); Christian Schwier/stock.adobe.com (46); Congress Park Hanau (8); Designed by Freepik (40); Deutsche Glasfaser (50); Deutsche Telekom (45); devolo (54); Diiliberti13/stock.adobe.com (Titel); ekom21 GmbH (8); Imillian/stock.adobe.com (66); immimagery/stock.adobe.com (20); Jacob Lund/stock.adobe.com (30); janvier/stock.adobe.com (24); Jens Frank (52); Jürgen Altmann (3); Khunatorn/stock.adobe.com (4, 14); m3 management consulting GmbH (28); MQ-Illustrations/stock.adobe.com (22); pressmaster/stock.adobe.com (26); Screenshot www.opendata.sachsen.de (12); Sebastian/stock.adobe.com (Titel, 42); Stadt Augsburg (10); Stadtverwaltung Radolfzell (44); Stephanie Eichler/stock.adobe.com (66); terovesalainen/stock.adobe.com (38); Timly Software AG (32); Wegweiser Media & Conferences GmbH/Zöhre Kurc (66)

# Gigabit-Speed im ganzen Haus



Glasfaser-Erlebnis über Telefon- oder Koaxialleitungen

Glasfaser im Keller, Router im Wohnzimmer? Schließen Sie die Lücke!  
Die devolo Giga Bridge bringt die volle Glasfaser-Power vom ONT  
zum Router Ihres Kunden.

**Besuchen Sie uns  
auf der ANGA COM!**

10.-12. Mai 2022  
Halle 7, Stand B60

# Kita-Platzvergabe leicht gemacht



## NOLIS | Kita-Platz

- Übersichtlich: Alle Einrichtungen auf einen Blick
- Praktisch: Online-Voranmeldung für Wunsch-Kitas
- Effizient: Zentrale Vergabe von Betreuungsplätzen

[www.nolis-kitaplatz.de](http://www.nolis-kitaplatz.de) | [info@nolis.de](mailto:info@nolis.de) | 0 50 21 - 88 77 555

**NOLIS**